Nie gab es mehr zu tun

Wie es ist, darf es nicht bleiben

Wie es ist, darf es nicht bleiben. Das hat die Pandemie gezeigt. Gespürt haben wir es schon vorher.

Denn die Welt verändert sich rasant. Daraus erwachsen Chancen und Risiken. Wenn wir nichts

ändern, tragen wir die Risiken, und die Chancen ergreifen andere. Trotzdem wurde in Deutschland

zu lange das trügerische Bild vermittelt, dass alles bleiben könne, wie es ist. Viele haben dem

Versprechen vertraut, dass Deutschland das Land bleiben könne, in dem wir gut und gerne leben,

ohne dass wir etwas verändern müssen. Heute wissen wir: Das war falsch!

Das Ergebnis war eine Politik, die unseren Staat satt und träge gemacht hat, statt schlank und stark.

Das hat die Pandemie gezeigt. Während andere Staaten ihre Verwaltung digitalisiert haben, haben

wir an Formularen und Zettelwirtschaft festgehalten. Während andere Staaten ihr

Gesundheitssystem digitalisiert haben, haben sich unsere Gesundheitsämter gegenseitig

Faxe geschickt. Hochqualifizierte Beamte haben Listen abgetippt, statt mit Hilfe moderner digitaler

Technologien effektiv Infektionsketten nachzuverfolgen. Während andere Staaten per SMS zu

Impfungen einladen, haben wir Impftermine per Brief vergeben. Statt schützende Masken schnell

und pragmatisch an schutzbedürftige Menschen zu schicken, drucken wir aufwendig Bezugsscheine,

versenden sie per Post und nötigen gefährdete Menschen dazu, die Masken in belebten

Innenstädten abzuholen. Wir haben uns in der Krise an die Basistechnologie Papier geklammert, als

wären wir noch im 20. Jahrhundert. Schluss damit. Wir müssen unseren Staat umfassend

modernisieren, damit wir endlich im 21. Jahrhundert ankommen.

Die Bilanz dieser Politik ist ein Leben auf Kosten der Zukunft. Statt Wettbewerb, Unternehmertum

und Innovation zu fördern, setzte die Politik der Großen Koalition auf Altbekanntes und

Altmodisches. Statt Wohlstand und Nachhaltigkeit, Wachstum und Klimapolitik, wirtschaftliche

Stärke und ökologische Verantwortung zu verbinden, setzte sie auf Verbote und Dirigismus. Statt die

Sozialsysteme fit für die Zukunft zu machen, hat sie die Probleme des demographischen Wandels

verschärft. Statt für weltbeste Bildung zu sorgen, hat sie zugelassen, dass unser Bildungssystem

vielen Menschen keine fairen Aufstiegschancen bietet. Statt Eigeninitiative und die Übernahme

persönlicher Verantwortung jedes Einzelnen zu stärken, verzettelte sie sich in Bürokratie. Und statt

für einen handlungsfähigen Rechtsstaat zu sorgen, der die Sicherheit und Bürgerrechte

gleichermaßen schützt, hat die Politik die Freiheit der Sicherheit auf einer erschreckenden Art und

Weise untergeordnet.

Wie es ist, darf es nicht bleiben. Das wissen wir. Die gute Nachricht ist: Es muss auch nicht so bleiben.

Alles kann besser werden. Nichts ist Schicksal. Wir haben es selbst in der Hand. Das ist unsere

Mission: Nie gab es mehr zu tun!

Werden wir das Land, das in uns steckt

Die Kraft zur umfassenden Modernisierung Deutschlands steckt in uns. Sie steckt in den Menschen.

Sie steckt in den Kräften der freien Wissenschaft und der Sozialen Marktwirtschaft. Die schnelle

Entwicklung eines Impfstoffs gegen Covid-19 durch ein deutsches Forscherpaar zeigt: Harte Arbeit,

Entschlossenheit und Erfindergeist können Berge versetzen. Die Grundlage dafür ist Freiheit. Nie war

sie wichtiger! Holen wir uns unsere Freiheit mit einem Neustart der Politik zurück. Werden wir das

Land, das in uns steckt.

3Die richtige Richtung: durch die Mitte nach vorne

Wie es ist, darf es nicht bleiben. Veränderung ist nötig. Doch nicht jede Veränderung ist Fortschritt.

Alte Irrwege finden neuerdings immer mehr Zulauf. Rechte versuchen die Menschen durch

Merkmale wie Herkunft, Kultur, Religion, sexuelle Orientierung oder Hautfarbe zu spalten und

gegeneinander in Stellung zu bringen. Linke versuchen die Menschen durch Merkmale wie Erfolg,

Einkommen oder Vermögen zu spalten und gegeneinander in Stellung zu bringen. Beides sind

Irrwege. Fortschritt geht nur nach vorne durch die Mitte. Das ist für uns die richtige Richtung.

Durch die Mitte nach vorne heißt für uns:

• Werden wir fit für die Zukunft! Machen wir uns fit für den Aufholwettbewerb: Entfesseln wir die

Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft und weltbester Bildung für Wohlstand, Freiheit und

Aufstiegschancen. Nutzen wir die Agilität der Marktwirtschaft, um schnell aus der Krise zu

wachsen.

• Werden wir zum Vorreiter der Modernisierung! Gründen wir Deutschland neu. Nutzen wir die

Chancen der Digitalisierung für uns. Machen wir Modernisierung zum Pflichtprogramm: In der

Verwaltung, im Gesundheitswesen, beim Arbeitsmarkt.

• Werden wir ein Land der Chancen! Nutzen wir die Schubkraft der Freiheit, der Sozialen

Marktwirtschaft und der Modernisierung für die Bewältigung der großen Herausforderungen

unserer Zeit: Mehr Europa für mehr Freiheit und Menschenrechte weltweit. Mehr German Mut

für mehr Klimaschutz. Mehr Chancen zum Aufbau von Eigentum für mehr Zukunftssicherung.

Freie Demokraten setzen auf Freiheit und Verantwortung. Wir setzen auf die Kraft der Sozialen

Marktwirtschaft und wirtschaftliche Prosperität als Gegenmodell zum dirigistischen Staat, der sich im

Klein-Klein verzettelt und sich als Erziehungsberechtigter der Bürgerinnen und Bürger aufführt. Wir

stehen für eine lebendige Kulturszene und die Entfaltung individueller Kreativität. Wir wollen die

Gesellschaft zusammenhalten, ohne dass alle sich einem vorgegebenen Lebensentwurf anpassen

müssen. Wir respektieren die persönliche Entscheidung jedes und jeder Einzelnen, weil wir darin die

Grundlage für die Freiheit der Menschen erkennen. Wir Freie Demokraten setzen auf Freiheit,

Rechtsstaat und Bürgerrechte, die auch in Krisenzeiten gelten und nicht als "Privilegien" abgetan

werden dürfen, die uns nach Belieben zugeteilt oder vorenthalten werden können. Wir Freie

Demokraten setzen auf die Kraft der Eigenverantwortung, der Privatinitiative, der Freiheit des

Individuums. Wir wollen ein Land, das gemeinsam mit unseren Wertepartnern des globalen Westens

Freiheit und Menschenrechte weltweit entschlossen verteidigt. Wir Freie Demokraten setzen auf

Weltoffenheit, Toleranz und den Wettbewerb der besten Ideen: In einer lebendigen Demokratie

selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger. Das ist unser Ziel. Das ist die richtige Richtung.

Wir wollen gestalten

Nie gab es mehr zu tun, um unserem Land die richtige Richtung zu geben. Daran wollen wir Freie

Demokraten mitwirken. Wir wollen als Stimme des Fortschritts und der Freiheit gemeinsam mit den

Bürgerinnen und Bürgern die Krise bewältigen und Deutschlands Potentiale entfesseln. Wir legen

hier unser Programm vor, das aus Überzeugung gemacht ist. Es geht nicht um Taktik, es geht nicht

um Farbenspiele. Wir treten bei der Bundestagswahl nicht für Koalitionen an, sondern für unsere

Überzeugung: Wir wollen den richtigen Weg für unser Land. Wir wollen so stark werden, dass keine

seriöse Bundesregierung ohne die Freien Demokraten gebildet werden kann, damit der Wert der

Freiheit bei jeder politischen Entscheidung seine angemessene Bedeutung erhält. Das gibt uns die

Macht, um möglichst viele unserer Ideen umzusetzen. Wir wollen nicht gewählt werden, damit

4dieser Kanzler oder jene Kanzlerin wird. Wir stellen uns nicht zur Wahl, damit jemand etwas wird.

Wir stellen uns zur Wahl, damit es unserem Land besser geht: mit mehr individueller Freiheit und

persönlicher Verantwortung, mit mehr Sozialer Marktwirtschaft und umfassender Nachhaltigkeit.

Und mit einem Staat, der stark ist, weil er schlank und modern agiert statt selbstzufrieden,

altmodisch und träge.

5I.

Nie war es notwendiger, fit zu werden: Machen wir uns fit für den Aufholwettbewerb!

Wie es ist, darf es nicht bleiben: Große Demokratien wie die USA setzen wieder Kurs auf kräftiges

und anhaltendes Wirtschaftswachstum. Systemische Wettbewerber wie das autoritäre Regime

Chinas reklamieren für sich erfolgreichere Wege aus der Krise. Umso entschlossener müssen wir jetzt

das Fundament für einen Aufholwettbewerb legen: Werden wir Weltspitze bei der

Wettbewerbsfähigkeit statt bei Steuern und Abgaben. Investieren wir massiv in die Grundlagen von

Aufstieg und Wachstum: unser Bildungssystem. Lassen wir unsere Infrastrukturen nicht länger

verkommen, sondern bauen sie aus. Stärken wir die Kräfte der Sozialen Marktwirtschaft und des

Freihandels. Bringen wir das Verhältnis von Privat und Staat wieder in eine die Leistungsbereitschaft

fördernde Balance. Geben wir Mittelstand, Selbständigen und Startups mehr Raum für Erfolg und

kreative Lösungen! Ermutigen statt erschweren: Das ist unsere Mission.

Sicherung der Sozialen Marktwirtschaft und Stärkung der Wirtschaft

Bereits vor der Corona-Krise hat Deutschlands Wirtschaft an Fahrt verloren. Nun müssen wir trotz

Krise schnell wieder auf Wachstumskurs kommen. Dazu brauchen wir echte Modernisierungsimpulse

für einen zukunftsfähigen Standort und Arbeitsplätze. Wir Freie Demokraten setzen dabei auf die

Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft und eine Agenda für mehr Wachstum: Entlasten,

Entfesseln, Investieren.

Schnelle Hilfe durch „Negative Gewinnsteuer” in Wirtschaftskrisen

Wir Freie Demokraten fordern, dass kurzfristige Liquiditätshilfe direkt vom Finanzamt ausgezahlt

werden kann. Statt Steuervorauszahlungen von den Konten der Unternehmen abzubuchen,

überweisen die Finanzämter eine negative Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer als

Liquiditätssoforthilfe: die „Negative Gewinnsteuer“. Als Bemessungsgrundlage dient der letzte

Steuerbescheid. In einem zweiten Schritt, soll eine deutlich erweiterte Verlustverrechnung mit

Gewinnen vergangener oder künftiger Jahre eingeführt werden. Damit sorgen wir in wirtschaftlichen

Krisenzeiten für schnelle und unbürokratische Hilfen und verhindern unnötige Jobverluste und

Insolvenzen.

Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft

Wir Freie Demokraten fordern einen Entfesselungspakt für die deutsche Wirtschaft, in dem

Maßnahmen zur Bürokratieentlastung gebündelt und vorangetrieben werden. Der stetig wachsende

Bürokratiedschungel belastet die Bürgerinnen und Bürger sowie die deutschen Unternehmen und

bremst die wirtschaftliche Entwicklung. Initiativen wie das Bürokratieentlastunggesetz 4, die

Strategie Allgemeine Ansprechpartner 5.0 und eine Verlegung der Sozialversicherungsbeiträge in den

Folgemonat müssen zu einer Gesamtstrategie gebündelt werden. Das gilt auch für schlankere

Vergabe-, Register- und Informationsbestimmungen. Für jede neue Belastung durch geplante

Regelungen sollen im doppelten Umfang Belastungen abgebaut werden („One in, two out“) – auch

auf europäischer Ebene.

Unternehmenssteuerlast auf 25 Prozent senken

Wir Freie Demokraten wollen die steuerliche Belastung von Unternehmen auf den OECD-

Durchschnitt von rund 25 Prozent senken. Unser Ziel ist es, im Zuge der angestrebten

Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in Europa den deutschen Sonderweg der

Gewerbesteuer zu beenden. Das heißt zugleich, dass die Finanzierung der Kommunen auf eine neue

Grundlage gestellt werden muss, etwa durch einen kommunalen Zuschlag mit eigenem

6Hebesatzrecht auf die Körperschaftsteuer und auf die zuvor abgesenkte Einkommensteuer sowie

einen höheren Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer.

Forschung und Entwicklung steuerlich fördern

Wir Freie Demokraten wollen Forschung und Entwicklung steuerlich stärker fördern. Deutschland

kann dauerhaft nur dann Wohlstand und soziale Sicherheit gewährleisten, wenn die Unternehmen

innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln. Das Steuerrecht muss einen Beitrag hierzu

leisten, indem es Rahmenbedingungen für die Bereitstellung von Wagniskapital verbessert. Dadurch

schaffen wir bessere Bedingungen für Startups und geben Innovationen eine Chance. Gerade die

Corona-Krise hat gezeigt, dass der stete Wandel der Wirtschaft neue Ideen und Wege erfordert. So

muss Deutschland bei der Digitalisierung aufholen. Deshalb brauchen wir ein Steuerrecht, dass

innovative Unternehmen unterstützt.

Verbesserte Abschreibungsbedingungen

Wir Freie Demokraten wollen die Abschreibungsbedingungen verbessern. Hierzu sollen die

degressive Abschreibung (AfA) für bewegliche Wirtschaftsgüter verstetigt und für digitale Güter

einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen von höchstens drei Jahren festgesetzt werden. Die

Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wollen wir erhöhen. Um

Investitionen in den Wohnungsbau zu fördern, wollen wir hier die lineare Abschreibung von zwei auf

drei Prozent erhöhen.

Mittelstand in der Fläche halten

Wir Freie Demokraten wollen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen von der Industrie

über das Handwerk bis zum Handel Perspektiven auch in ländlichen Regionen schaffen.

Voraussetzung hierfür sind eine gute digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrswege und ein

starkes duales Bildungssystem. Abwanderung, Überalterung und Fachkräftemangel setzen dem

Mittelstand besonders hart zu. Deshalb brauchen wir moderne Ansätze insbesondere auch in den

ländlichen Regionen. Wir wollen unseren Mittelstand und unsere Hidden Champions stärken!

Zurück zur Marktwirtschaft – mit Wachstum Corona-Folgen überwinden

Wir Freie Demokraten fordern die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien. Der Weg zu immer

mehr Nothilfen und Rettungsschirmen lässt sich nicht aufrechterhalten. Er ist ineffizient und führt

nicht zum Ziel eines selbsttragenden Wirtschaftswachstums. Vielmehr reduzieren staatliche Eingriffe

die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der Betriebe wie auch von Gründerinnen und

Gründern. Außerdem wächst die Marktmacht einzelner Unternehmen, was zu weniger Innovation

und höheren Preisen für die Konsumenten führt. Wir wollen den Wettbewerb stärken.

Beteiligungsbremse für den Staat – Anteile an Post und Telekom verkaufen

Wir Freie Demokraten fordern eine Beteiligungsbremse für den Staat. Unnötige staatliche

Beteiligungen wie an der Deutschen Post und der Deutschen Telekom müssen verkauft werden. Der

Erlös kann in die digitale Infrastruktur investiert werden. Staatliche Beteiligungen müssen stärker auf

ihre Notwendigkeit überprüft und perspektivisch abgebaut werden. Neue Beteiligungen sollten nur

noch dann zulässig sein, wenn andere entsprechend reduziert werden.

7Europäische Wettbewerbsordnung

Wir Freie Demokraten wollen eine faire europäische Wettbewerbsordnung schaffen, die auch

internationale Standards setzt. Insbesondere für junge und mittelständische Unternehmen brauchen

wir bessere Wettbewerbsbedingungen, gerade im Bereich der Digitalwirtschaft. Die Konzentration

von Marktmacht auf etablierte und große Unternehmen behindert echten Wettbewerb und

Innovation. Das schadet insbesondere Verbraucherinnen und Verbrauchern und der

Zukunftsfähigkeit des Standorts. Wir wenden uns daher entschieden gegen die politische Förderung

von „nationalen Champions“. Derlei Alleingänge innerhalb des europäischen Binnenmarktes bremsen

Innovationen und Skalierbarkeit. Das senkt letztlich die Wettbewerbsfähigkeit europäischer

Unternehmen gegenüber amerikanischer und chinesischer Konkurrenz.

Wirksame Regulierung von Gatekeeper-Unternehmen

Wir Freie Demokraten wollen eine wirksame Kontrolle großer Unternehmen der Digitalwirtschaft

schaffen, die Zugänge zum Internet kontrollieren. Solche Gatekeeper-Unternehmen, die als Betreiber

einer Suchmaschine, als soziales Netzwerk oder als dominierende Handelsplattform die

Wettbewerbsbedingungen kleiner oder mittlerer Unternehmen entscheidend beeinflussen können,

müssen einer speziellen Regulierung unterworfen werden. Die Regulierung soll verhindern, dass

Gatekeeper den Wettbewerb verzerren, indem sie sich beispielsweise bei Suchergebnissen selbst

begünstigen, indem sie die Interoperabilität mit Angeboten anderer Unternehmen einschränken

oder indem sie die Geschäftsdaten ihrer Partner in unlauterer Weise zum eigenen Vorteil nutzen.

Eine wirksame Kontrolle global agierender Gatekeeper-Unternehmen kann nicht allein von der Ebene

des nationalen Rechts und der Behörden der EU-Mitgliedstaaten ausgehen. Wir unterstützen deshalb

die Pläne zur Schaffung eines Digital Markets Act auf Ebene der Europäischen Union, mit dem eine

das Kartellrecht ergänzende europäische Regulierung für Gatekeeper-Unternehmen geschaffen

werden soll.

Deutschland als Fürsprecher des Freihandels

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland sich international zum Fürsprecher des

regelbasierten Freihandels macht und den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreibt.

Hierfür muss die Bundesregierung innerhalb Europas und der Welt protektionistischen Tendenzen

entgegentreten und eine aktive Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und

fairen Investitionsbedingungen einnehmen. Zugleich muss sie die institutionelle Verankerung einer

regelbasierten Freihandelsordnung vorantreiben.

WTO reformieren – Freihandel stärken

Wir Freie Demokraten wollen den bewährten Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO)

weiterentwickeln. Der Reformprozess muss transparent und inklusiv sein. Nationale Alleingänge und

Willkürzölle lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, die Blockade der WTO-Streitbeilegung

schnellstmöglich zu lösen. Dies erfordert auch eine neue umfassende Verhandlungsrunde, in der ein

Interessenausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern erreicht wird.

Gründung eines transatlantischen Wirtschaftsraums

Wir Freie Demokraten wollen einen neuen Anlauf für ein umfassendes transatlantisches

Freihandelsabkommen und einen Transatlantischen Wirtschaftsraum erreichen. Eine Blaupause kann

das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) liefern, das 2017 abgeschlossen wurde und endlich

auch von Deutschland ratifiziert werden sollte.

8Entlastung und faire Steuern

Deutschland gehört bei Steuern und Sozialabgaben zur Weltspitze. Wir Freie Demokraten wollen die

Balance zwischen Privat und Staat wiederherstellen, ohne dabei eine seriöse Haushaltspolitik

aufzugeben. Wir fordern ein grundlegendes Umdenken in der Steuerpolitik: Wir wollen die

Bürgerinnen und Bürger spürbar entlasten und damit auch Impulse für die wirtschaftliche Erholung

unseres Landes setzen.

Abgabenquote unter 40 Prozent senken!

Wir Freie Demokraten wollen die Abgabenbelastung für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber

wieder auf unter 40 Prozent senken. Unter Angela Merkel als Bundeskanzlerin stieg die

Abgabenquote (Steuerquote plus Sozialbeitragsquote) in Deutschland auf 41,4 Prozent. Wir Freie

Demokraten wollen diesen Irrweg verlassen, denn die Leistungsträger unseres Landes dürfen nicht

durch immer höhere Abgaben daran gehindert werden, unseren Wohlstand zu sichern.

Neuen Schwung durch zielgerichtete Entlastungen

Wir Freie Demokraten wollen die Wirtschaft fördern und dazu auch im Steuerrecht gezielte Impulse

setzen: Indem wir Bürgerinnen und Bürgern entlasten und den Unternehmen Perspektiven eröffnen,

die ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum ermöglichen. Denn Deutschland nimmt bei der

Steuerbelastung von Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen weltweit inzwischen einen

Spitzenplatz unter den Industrienationen ein. Dies schadet dem Standort Deutschland und verhindert

notwendige Investitionen.

Chancentarif statt Mittelstandsbauch

Wir Freie Demokraten wollen beim Einkommensteuertarif den sogenannten Mittelstandsbauch

vollständig abschaffen und so einen leistungsgerechteren linearen Chancentarif gestalten. Die

Abschaffung wollen wir in drei Schritten in den Jahren 2022 bis 2024 erreichen. Heute steigt die

Steuerlast bei kleinen und mittleren Einkommen besonders schnell an. Von Gehaltserhöhungen greift

sich der Staat mehr als die Hälfte. Das ist leistungsfeindlich und ungerecht. Deshalb brauchen wir

mehr Fairness bei den Steuern.

Spitzensteuersatz nur für Spitzenverdiener

Wir Freie Demokraten wollen einen fairen Tarif bei der Einkommensteuer – den Chancentarif. Dazu

wollen wir den Spitzensteuersatz schrittweise „nach rechts verschieben“, mit dem Ziel, dass dieser

erst ab einem Einkommen von 90.000 Euro greift. Dadurch wird der Steuertarif zusätzlich für alle

Steuerzahler gestreckt. Die Belastung der Arbeitnehmer ist in Deutschland mittlerweile so hoch wie

kaum in einem anderen OECD-Staat. Steuerpflichtige, die das 1,4-fache des durchschnittlichen

Bruttogehalts aller Arbeitnehmer in Deutschland erhalten, zahlen momentan schon den

Spitzensteuersatz. Im Jahr 1965 lag dieser Wert noch beim 18-fachen. Für uns ist jedoch klar: Ein

Durchschnittsverdiener darf nicht fast schon den höchsten Steuersatz zahlen. Deshalb wollen wir die

Bürgerinnen und Bürger in Deutschland bei den Steuern und Abgaben nachhaltig und deutlich

entlasten. Wir lehnen auch eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab.

Tarif auf Rädern - Automatische Steuererhöhungen verhindern

Wir Freie Demokraten wollen den Einkommensteuertarif so ändern, dass der Staat nicht länger von

quasi automatischen Steuererhöhungen profitiert. Wir fordern deshalb eine regelmäßige Anpassung

des Steuertarifs einschließlich der Freibeträge, Freigrenzen und Pauschbeträge an die Entwicklung

9von Gehältern und Preisen. Der Tarif wird also „auf Räder gestellt“. Wenn eine regelmäßige

Korrektur des Einkommensteuertarifs unterbleibt, werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler

auch in den kommenden Jahren erhebliche Mehrbelastungen zu tragen haben.

Solidaritätszuschlag wie versprochen komplett abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen den Solidaritätszuschlag komplett abschaffen. Der Solidaritätszuschlag

war und bleibt eine nicht auf Dauer angelegte Sondersteuer. Ende 2019 lief der Solidarpakt aus.

Damit ist die Erhebung des Solidaritätszuschlags nicht mehr zu rechtfertigen. Durch die anhaltende

Erhebung auch 30 Jahre nach Wiederherstellung der Deutschen Einheit verspielt die Politik das

Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ist eine Frage der

politischen Glaubwürdigkeit. Nicht zuletzt geht es hierbei auch um die Entlastung der vielen

betroffenen mittelständischen Unternehmen. Die Abschaffung ist daher zugleich Wirtschafts- und

Arbeitsmarktpolitik.

Easy Tax – Einfache Steuererklärung

Wir Freie Demokraten wollen Easy Tax einführen – die vorausgefüllte Steuererklärung mit einem

umfassenden digitalen Service für die Steuerzahler. Im Besteuerungsverfahren muss umfangreicher

auf innovative Lösungen gesetzt werden. Für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer soll durch Easy

Tax immer eine so vollständige und korrekte Steuererklärung vom Finanzamt vorbereitet werden, die

nur noch bestätigt werden muss. Selbstverständlich muss dieses Ziel im Einklang mit dem Prinzip der

Datensouveränität jedes einzelnen Bürgers erreicht werden: freiwillige Angaben gegenüber dem

Finanzamt sollen auch mit Easy Tax freiwillig bleiben. Ziel muss es sein, innerhalb von wenigen Tagen

den Steuerbescheid zu erhalten.

Bagatell- und Lenkungssteuern abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen überflüssige Bagatell- und Lenkungssteuern wie die Schaumwein- und

Zwischenerzeugnissteuer, die Biersteuer oder die Kaffeesteuer abschaffen. Die Beibehaltung dieser

Steuern verursacht viel Bürokratie. Demgegenüber stehen nur geringe Einnahmen.

Steuerliche Erleichterungen für Homeoffice

Wir Freie Demokraten wollen für das zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarte

Homeoffice eine erhöhte Werbungskostenpauschale gewähren. Die vom Arbeitgeber gestellte

Büroausstattung soll vom Arbeitnehmer steuerfrei genutzt werden können.

Doppelbesteuerung von Renten verhindern

Wir Freie Demokraten wollen eine Doppelbesteuerung von Renten verhindern und die

Beweislastumkehr zugunsten der Steuerpflichtigen einführen. Dies gilt für alle Rentenbezieher,

besonders für Selbstständige, bei denen die Gefahr einer Doppelbesteuerung am größten ist. Die

Rentenkassen und die Finanzverwaltung sollen dazu detaillierte und individuelle Berechnungen

vorlegen. Damit soll ersichtlich werden, ob und wie es zu einer doppelten Besteuerung von

Renteneinkünften kommt.

Spekulationsfrist einführen – Sparerfreibetrag erhöhen

Wir Freie Demokraten wollen die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist von drei Jahren für

private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren. Den Sparerfreibetrag wollen wir deutlich anheben.

Sparer und Kleinanleger sollen entlastet werden. Wir wollen die langfristige Kapitalanlage in

10Unternehmen attraktiver gestalten, damit mehr Menschen beim Sparen und bei der Altersvorsorge

an den Wachstumsgewinnen teilhaben können.

Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Eigentumsturbo

Wir Freie Demokraten wollen die Mitarbeiterkapitalbeteiligung als Chance für den langfristigen

Vermögensaufbau etablieren. Aber auch für Startups sind Mitarbeiterbeteiligungsprogramme

unerlässlich, um gut qualifizierte Fachkräfte im internationalen Wettbewerb zu gewinnen. Um die

schlechten Rahmenbedingungen hierzulande zu verbessern, soll die Besteuerung erst bei der

Veräußerung einsetzen und der von Unternehmensbeteiligungen entsprechen. Zudem wollen wir

eine eigene Anteilsklasse für Mitarbeiterkapitalbeteiligungen schaffen, um den teuren und

administrativ aufwendigen Prozess der Übertragung von GmbH-Anteilen zu vereinfachen.

Investitionen in die Zukunft

Die Herausforderungen, die vor uns liegen, bergen die Chance für eine zukunftsorientierte

Neuausrichtung – für mehr Wachstum und Innovation. Wir sind überzeugt, dass anhaltendes

Wirtschaftswachstum den Weg aus der Krise in die neue Zeit ebnet. Wir Freie Demokraten wollen

daher neue Impulse durch Zukunftsinvestitionen entfachen.

INVEST IN GERMANY – 25 Prozent vom BIP

Wir Freie Demokraten wollen, dass im Jahr 2025 in Deutschland 25 Prozent des BIP investiert werden

– und zwar vor allem privat und nicht vorrangig vom Staat! Dafür wollen wir die nötigen

Rahmenbedingungen schaffen. Der Staat muss seine Investitionen sowie die sonstigen steuer- und

wirtschaftspolitischen Instrumente so einsetzen, dass auch private Unternehmen gern in

Deutschland investieren.

Höchstens 50 Prozent Sozialausgaben im Bundeshaushalt!

Wir Freie Demokraten wollen die Höhe der Sozialausgaben grundsätzlich bei 50 Prozent des

Bundeshaushalts deckeln. Die Bundesregierung bindet mehr als die Hälfte des Haushaltes für

Sozialausgaben – und das ist keine Folge der Corona-Krise, in der Hilfen für Betroffene richtig sind.

Investitionen in die Zukunft unseres Landes und originäre staatliche Kernaufgaben wie Bildung,

innere Sicherheit oder die Bereitstellung einer modernen Infrastruktur werden dadurch immer mehr

in den Hintergrund gedrängt.

Tilgungsturbo für die Corona-Schulden

Wir Freie Demokraten wollen die Schuldenstandsquote Deutschlands zügig wieder unter die 60-

Prozent-Marke gemäß den Maastricht-Kriterien senken. Auf die Corona-Krise konnte nur deshalb so

entschlossen reagiert werden, weil die deutsche Staatsverschuldung in den Jahren davor auf unter 60

Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gesunken war. Um auf zukünftige Krisen vorbereitet zu

sein, müssen die Corona-Schulden so schnell wie möglich abgebaut werden. Nur so bleibt

Deutschland handlungsfähig. Und nur so hinterlassen wir unseren Kindern solide Finanzen.

Zukunftsfonds zur Startup-Finanzierung ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen den Zukunftsfonds (Dachfonds) zur Startup-Finanzierung deutlich

ausbauen. Anstatt nur mehr staatliche Mittel bereitzustellen, wollen wir für privates Kapital die

Investition in Wagniskapital attraktiver gestalten. Der Dachfonds baut eine Brücke, um die

derzeitigen Hindernisse, wie zu hohe Eigenkapitalanforderungen oder zu kleine Investitionssummen,

11zu überwinden. Der Dachfonds steht institutionellen Investoren, Family Offices und erfahrenen

Privatanlegern offen. Er sammelt Geld ein und investiert es hauptsächlich in deutsche Venture-

Capital-Fonds. Zugleich profitieren die Bürgerinnen und Bürger über ihre Altersvorsorge an den

Gründungserfolgen hierzulande.

Gründungszuschuss in allen Lebenslagen

Wir Freie Demokraten fordern einen Gründungszuschuss, der entkoppelt von einer vorhandenen

Arbeitslosigkeit gewährt wird. Zum Beispiel auch während bzw. nach der Familienphase sollen sich

die Gründerinnen und Gründer einmalig um eine Förderung in der Startphase bewerben können.

Dazu muss ein tragfähiges Existenzgründungskonzept vorliegen. Vorbild kann hier das NRW-

Gründerstipendium sein. Zur sozialen Absicherung soll, befristet auf maximal 15 Monate, zudem eine

Pauschale von 300 Euro gewährt werden, die es ermöglicht, sich freiwillig in die gesetzlichen

Sozialversicherungen abzusichern. Damit fördern wir Gründungen in allen Lebenslagen.

Faire Regeln

Regeln müssen für alle gelten. Dazu gehört auch, dass vor allem große internationale Unternehmen

ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Wir Freie Demokraten setzen uns für faire

Regeln und ein gerechtes Steuersystem ein.

Klare internationale Regeln für fairen Steuerwettbewerb – keine Alleingänge

Wir Freie Demokraten wollen eine faire Besteuerung für alle Unternehmen weltweit. Große

internationale und digitale Unternehmen müssen ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens

leisten. Deshalb unterstützen wir entsprechende internationale Arbeiten auf OECD- und G20-Ebene.

Ein Alleingang der EU könnte dagegen zu Wettbewerbsverzerrungen und zum Verlust von

Arbeitsplätzen auch in Deutschland führen. Doppelbesteuerung wollen wir genauso verhindern wie

Steuerverluste durch Verlagerungen. Denn sonst drohen zusätzliche Steuerlasten für die schon stark

belasteten Arbeitnehmer.

Transparenter Steuerwettbewerb in EU

Wir Freie Demokraten fordern eine EU-einheitliche Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer.

Dadurch wird die Höhe der Besteuerung in den einzelnen Mitgliedstaaten besser vergleichbar.

Dementsprechend sind wir ausdrücklich gegen die Zulässigkeit sogenannter Tax-Deals, mit denen

große Unternehmen die Höhe ihrer eigenen Besteuerung mit den Behörden eines Mitgliedstaats

individuell aushandeln können. Damit stehen wir für einen transparenten Steuerwettbewerb

innerhalb der Europäischen Union.

Steuerhinterziehung weltweit abgestimmt bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen Steuerhinterziehung und unlauteres Steuerdumping mit wirksamen

und verhältnismäßigen Mitteln bekämpfen. Deutschland als Exportnation muss ein Interesse daran

haben, möglichst weltweit abgestimmte Regeln zur internationalen Verteilung der

Besteuerungsrechte auch in Zeiten digitaler Geschäftsmodelle zu erreichen. Diese müssen sowohl

ungerechtfertigte Nichtbesteuerung als auch schädliche Doppelbesteuerung von Erträgen

verhindern. Dabei ist sicherzustellen, dass das Steueraufkommen in Deutschland langfristig gesichert

wird.

12Bildung der Zukunft – Chancen für Aufstieg und Selbstbestimmung

Bildung ist die elementare Voraussetzung für individuelles Vorankommen und ein selbstbestimmtes

Leben. Die Chance zum sozialen Aufstieg hängt heute mehr denn je von der Bildung ab. Wir Freie

Demokraten wollen, dass jeder Mensch sein volles Potential ausschöpfen kann – und das ein Leben

lang. Deshalb arbeiten wir dafür, dass modernste Bildung in Deutschland zum Standard wird.

Ein Prozent der Mehrwertsteuereinnahmen zusätzlich in Bildung investieren

Wir Freie Demokraten fordern, einen Prozentpunkt des bestehenden Mehrwertsteueraufkommens

zusätzlich in Bildung zu investieren. Dazu sollen sich Bund und Länder unter Einbeziehung der

Kommunen in einem Staatsvertrag verpflichten. Das ermöglicht zusätzliche Investitionen von rund

2,5 Milliarden Euro in den Bildungssektor. Diese zusätzlichen Investitionen sind für die umfassende

Modernisierung unseres Bildungssystems dringend notwendig, um Deutschland in die TOP-5 der

OECD-Staaten zu bringen.

Zukunftsfähiger Bildungsföderalismus

Wir Freie Demokraten fordern bundesweite Abschlussprüfungen für die Mittlere Reife und das Abitur

sowie qualitativ hochwertige Bildungsstandards. Wir brauchen mehr Innovationen und

Qualitätssicherung durch Vergleichbarkeit in der Bildung. Wir fordern eine Reform des

Bildungsföderalismus und eine Grundgesetzänderung, damit Bund und Länder zusammen für die

Sicherstellung der Qualität, die Leistungsfähigkeit und die Weiterentwicklung des Bildungswesens

wirken können. Wir leisten uns 16 verschiedene Schulsysteme, Lehrpläne und Prüfungsordnungen,

aber stellen nicht sicher, dass die Schulbildung deutschlandweit höchste Qualität hat.

Autonomie der Schulen stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Autonomie der Schulen stärken und den Schulen mehr

pädagogische, personelle und finanzielle Freiheiten geben. Jede Schule soll ein eigenes Budget

erhalten, über dessen Verwendung sie autonom entscheidet. Auch Personalentscheidungen und die

Auswahl der Lehrmittel trifft die Schule vor Ort. Für Schulen in freier Trägerschaft fordern wir

gleichwertige Unterstützung. Wir werben für Schulfreiheitsgesetze in den Ländern, um den Schulen

mehr Möglichkeiten zur Profilentwicklung zu geben. Einheitliche Bildungsstandards geben das Ziel

vor, sich am Niveau der besten Bildungseinrichtungen der Welt zu orientieren. Um die Standards

erreichen zu können, müssen Schulen durch exzellente Fortbildungen bei der Schul- und

Unterrichtsentwicklung unterstützt werden. Die PISA-Studie zeigt, dass Kinder an Schulen mit

größerer Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit deutlich bessere Leistungen erzielen.

Schulen und Kitas finanziell stärken

Wir Freie Demokraten wollen Schulen und Kitas finanziell stärken, indem wir ihre Finanzierung auf

drei Säulen stellen: Ein Sockelbetrag entsprechend der Größe der Einrichtung, Bildungsgutscheine,

die pro Kind einen Zuschuss gewähren, und einen „German Dream“-Zuschuss für Kinder mit

niedrigem sozio-ökonomischem Status. Der feste Sockelbetrag garantiert die Überlebensfähigkeit

gerade von kleineren Schulen im ländlichen Raum. Die Finanzierung über das Modell der

Bildungsgutscheine garantiert eine bedarfsorientierte Finanzierung von Bildungseinrichtungen.

Zugleich wird ein gesunder Wettbewerb gefördert und die Wahlfreiheit der Eltern und Kinder

gestärkt. Schließlich können die Bildungseinrichtungen dank dem „German Dream“- Zuschuss

eigenverantwortlich individuelle Förderkonzepte für Kinder und Jugendliche mit mehr Förderbedarf

anbieten. Gleichzeitig verhindern wir ein Auseinanderdriften der Schulqualität.

13Mit Talentschulen soziale Nachteile überwinden

Wir Freie Demokraten wollen in ganz Deutschland Talentschulen mit modernster Pädagogik und

bester Ausstattung insbesondere in kinderreichen Stadtteilen mit großen sozialen

Herausforderungen aufbauen. Dabei orientieren wir uns am erfolgreichen Konzept der Talentschulen

in Nordrhein-Westfalen.

Frühkindliche Bildung stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Qualität der frühkindlichen Bildung stärken. Dazu müssen sich Bund

und Länder auf ambitionierte gemeinsame Standards für Betreuungsschlüsse und frühkindliche

Bildungsinhalte verständigen. Um die Attraktivität des Erzieherberufs zu stärken, schlagen wir vor,

dass die Ausbildung zur Fachkraft im Bereich der frühkindlichen Bildung bundesweit nicht nur

schulgeldfrei erfolgt, sondern auch vergütet wird. Qualitativ hochwertige Aus- und

Fortbildungsmöglichkeiten werten das Berufsbild von Erzieherinnen und Erziehern spürbar auf.

Sprache früh fördern

Wir Freie Demokraten fordern, dass jedes Kind mindestens ein Jahr vor der Einschulung an einem

Deutschtest teilnimmt. Werden Sprachdefizite früh erkannt, können sie auch frühzeitig durch

zielgerichtete Fördermaßnahmen ausgeglichen werden. So können wir jedem Kind gerechtere

Startchancen verschaffen. Zudem wollen wir die altersgerechte Vermittlung von Fremdsprachen im

Kindesalter erproben, indem wir entsprechende Pilotprojekte fördern. Das Potential von Kindern,

spielerisch Sprachen zu erlernen, wollen wir stärker fördern.

MINT-Bildung frühzeitig stärken – Mädchen und Frauen gezielt fördern

Wir Freie Demokraten fordern eine Offensive für die MINT-Bildung (Mathematik, Informatik,

Naturwissenschaften und Technik). Kinder müssen frühzeitige MINT-Bildung erhalten. Daher fordern

wir verpflichtende, qualitativ hochwertige und bundesweite Qualitäts- und Bildungsstandards in der

frühkindlichen MINT-Bildung. Pädagoginnen und Pädagogen müssen für experimentelles und

forschendes Lernen in allen Kitas ausgebildet werden. Wir fordern ein gezieltes Maßnahmenpaket

für die Förderung von Mädchen und Frauen im MINT-Bereich. Außerschulische Initiativen wie das

Haus der kleinen Forscher wollen wir dabei weiter stärken.

Experimentelles Lernen und Kreativzonen durch MakerSpaces

Wir Freie Demokraten fordern MakerSpaces an Schulen: Kreativzonen, in denen digitale Medien eine

zentrale Rolle spielen. Dabei setzen wir auch auf verstärkte Kooperationen mit außerschulischen

Initiativen. In einem ersten Schritt wollen wir ein Bund-Länder-Programm für die Errichtung von

1.000 MakerSpaces an Pilotschulen. Lehrkräfte müssen für MakerSpaces gezielt aus- und

weitergebildet werden. Durch experimentelles Lernen wollen wir die Kreativität und das Interesse an

unternehmerischen und selbstständigen Lebenswegen fördern.

Schulfach Wirtschaft und Informatik

Wir Freie Demokraten fordern die bundesweite Einführung der Schulfächer Wirtschaft und

Informatik. An deutschen Schulen werden sie noch immer nicht ausreichend angeboten, obwohl sie

heutzutage zum Basiswissen gehören sollten wie Rechnen, Lesen und Schreiben. Wir wollen den

Schülerinnen und Schülern Kenntnisse über unser Wirtschaftssystem mit auf den Weg geben und

ihren Gründergeist und die Innovationsfreude schon im Schulalter fördern. Um mit Desinformation,

14Hatespeech, Cyber Mobbing, Datenschutz und Online-Sucht richtig und autonom umgehen zu

können, müssen die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler gefördert werden.

Einbindung außerschulischer Akteure und Initiativen

Wir Freie Demokraten fordern Qualitätskriterien und Leitfäden für die Zusammenarbeit zwischen

Schulen und außerschulischen Initiativen. Engagierte Wissenschaftler und Experten jeden Alters

können Schülerinnen und Schüler lebens- und alltagsnah von ihrer Arbeit erzählen, zum

Ausprobieren einladen und die Bedeutung ihrer Forschung für die Gesellschaft erläutern. Dadurch

können Schülerinnen und Schüler unabhängig vom Elternhaus neue Perspektiven erhalten.

Zivilklauseln oder das pauschale Aussperren von Unternehmen, Parteien sowie der Bundeswehr

lehnen wir im Bildungsbereich ab.

Weltbeste Lehrkräfte

Wir Freie Demokraten fordern eine Stärkung des Lehrerberufs. Dazu braucht es attraktive

Arbeitsbedingungen, eine hochwertige Aus- und Fortbildung, transparente und anspruchsvolle

Aufstiegsmöglichkeiten, immaterielle Wertschätzung sowie eine Bezahlung, die individuelles

Engagement belohnt. Die Lehrerausbildung wollen wir bundesweit zu einem dualen

Lehramtsstudium weiterentwickeln, das von Beginn an Theorie- und Praxisphasen eng miteinander

verzahnt. Der Lehrkräftemangel ist noch immer allgegenwärtig. Deshalb wollen wir Anreize schaffen,

die junge Menschen wieder für den Beruf begeistern.

Exzellente Lehreraus- und -fortbildung

Wir Freie Demokraten fordern bundesweite Mindeststandards für eine exzellente Lehrerausbildung.

Wir brauchen eine gute Balance zwischen fachwissenschaftlicher und pädagogischer Bildung. Dabei

müssen Digitalkompetenzen, die Chancen der Künstlichen Intelligenz (KI) für Lernprozesse und

digitale Lern- und Lehrmethoden feste Bestandteile der Lehrerausbildung werden. Darüber hinaus

fordern wir die Einrichtung einer Deutschen Lehrerakademie, die Lehrerfortbildungen entwickelt und

anbietet. Die Fortbildungen sollen auf neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen basieren und die

regelmäßige Teilnahme daran für Lehrkräfte verpflichtend sein.

Digitalpakt 2.0

Wir Freie Demokraten fordern einen Digitalpakt 2.0, der die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten

der Kooperation von Bund und Ländern im Bildungsbereich vollständig nutzt. Zusätzlich zur Technik

muss auch in IT-Administratoren, Dienstgeräte für Lehrkräfte, digitales Lernmaterial und

Fortbildungen investiert werden können. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass die finanziellen Mittel für

WLAN und Hardware allein nicht ausreichend sind, um digitalen Unterricht im Notfall auch von zu

Hause aus zu ermöglichen. Die Digitalisierung von allgemeinbildenden, beruflichen und

sonderpädagogischen Schulen muss ganzheitlich von der Ausstattung bis zur Nutzung gedacht

werden. Schule muss digital gestütztes Lernen in Präsenz genauso anbieten wie Lernen auf Distanz.

Learning Analytics: Moderne Lernmethoden fördern

Wir Freie Demokraten fordern die Entwicklung klarer Standards zum Einsatz von Learning Analytics

an Schulen. Künstliche Intelligenz bietet eine Möglichkeit zur Individualisierung des Lernens und

Lehrens von Kindern und Jugendlichen. Dieses Potential von Learning Analytics soll genutzt werden.

Die Auswertung von Daten über Lernende verbessert das Lernen und die Lernumgebung. Dies muss

aber unter Wahrung des Datenschutzes geschehen.

15Midlife-BaföG ─ Ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben

Wir Freie Demokraten wollen ein „Midlife-BAföG“ von bis zu 1000 Euro im Jahr einführen. Darüber

hinaus soll in einem persönlichen Freiraumkonto unabhängig vom Arbeitgeber das steuer- und

abgabenfreie Ansparen für Weiterbildungsangebote und Bildungsauszeiten ermöglicht werden.

Damit schaffen wir ein zweites Bildungssystem für das ganze Leben. Zudem sollen auf einer zentralen

digitalen Plattform die Vielzahl von Bildungsangeboten für das lebenslange Lernen von öffentlichen

wie privaten Anbietern transparent und strukturiert einsehbar sein. Diese digitale Bildungsarena soll

den Zugang zu Weiterbildungen erleichtern und gleichzeitig die Anerkennung informell und non-

formal erworbener Kompetenzen ermöglichen.

Öffnung der Hochschulen für Weiterbildung

Wir Freie Demokraten wollen Hochschulen stärker für die akademische Weiterbildung und

Lehrangebote jenseits der Erstausbildung öffnen. Aufgrund rechtlicher und finanzieller Hürden

beschränken Hochschulen ihr Weiterbildungsengagement zumeist auf ausgewählte Ausgründungen

und Business Schools. Instrumente zur Studienfinanzierung stehen im Regelfall nur für jüngere

Altersgruppen zur Verfügung. Im fairen Wettbewerb mit den Angeboten privater Hochschulen

schaffen wir die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen, Hochschulen zu

Bildungseinrichtungen für das ganze Leben weiterzuentwickeln.

„Fünf Mal 1.000 Euro“ – Weiterbildung, Eigentum und Altersvorsorge

Wir Freie Demokraten wollen mit der Formel „fünf Mal 1.000 Euro“ Bildungs-, Sozial- und

Wirtschaftspolitik verbinden: Unser konkreter Vorschlag lautet: bis zu 1.000 Euro beim Midlife-

BAföG, 1.000 Euro steuerlicher Freibetrag für arbeitgeberfinanzierte Weiterbildungen, in einem

ersten Schritt zusätzliche 1.000 Euro Steuerfreibetrag für Mitarbeiterkapitalbeteiligung, ein

anfänglicher Startbonus von 1.000 Euro in der gesetzlichen Aktienrente, der perspektivisch weiter

steigt, für jedes neu geborene Kind und 1.000 Euro Sparer-Pauschbetrag. Damit stärken wir das

Eigentum in der Mitte der Gesellschaft und die Chancen auf Weiterbildung und Aufstieg für jede und

jeden.

Berufliche Bildung

Die berufliche Bildung in Deutschland ist weltweit ein Vorbild und Erfolgsfaktor für unseren

Wirtschaftsstandort. Die Verbindung von Praxis im Betrieb und Theorie in der Berufsschule bietet

jungen Menschen vielfältige Chancen in der Arbeitswelt. Zudem trägt sie in Zeiten des

demographischen Wandels zur Fachkräftesicherung etwa im Handwerk, in Industrie und Handel und

in den Freien Berufen bei. Wir Freie Demokraten wollen daher unser erfolgreiches berufliches

Bildungssystem stärken und fit für die Zukunft machen. Wer die berufliche Bildung stärkt, stärkt den

Mittelstand.

Exzellenzinitiative Berufliche Bildung

Wir Freie Demokraten fordern eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung, um die Attraktivität und

Innovationskraft der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu stärken. Um sich den Herausforderungen

der digitalen Arbeitswelt zu stellen, braucht das System der beruflichen Bildung ein Update. Ein

bundesweiter Exzellenzwettbewerb soll die besten Ideen zur Zukunft der beruflichen Bildung mit

hochrangigen Auszeichnungen und mehrjährigen Zuschüssen fördern. Ein Zentrum für digitale

Berufsbildung soll berufsbildende Schulen und ausbildende Betriebe in der Konzeption und

16Umsetzung digitaler Ausbildungsangebote unterstützen. Schulen der beruflichen Bildung wollen wir

um kreative MakerSpaces und offene Werkstätten (FabLabs) erweitern.

Begabtenförderung für Talente der beruflichen Bildung öffnen

Wir Freie Demokraten wollen Talenten der beruflichen Bildung den gleichwertigen Zugang zu den

Begabtenförderungswerken und zum Deutschlandstipendium ermöglichen. Neben einer finanziellen

Unterstützung ist die Öffnung der ideellen Förderung für Stipendiaten aus der beruflichen Aus- und

Weiterbildung von Bedeutung. Durch eine Öffnung der Förderung schaffen wir attraktive

Perspektiven für Talente aus der beruflichen Bildung. Auch sie sollen künftig von Seminar- und

Schulungsangeboten profitieren. So schaffen wir mehr Gleichwertigkeit zwischen akademischer und

beruflicher Bildung.

Internationaler Austausch in der beruflichen Bildung

Wir Freie Demokraten wollen bis 2030 mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden eine persönliche

Auslandserfahrung ermöglichen. Zugleich wollen wir mit einem Programm europäische Jugendliche

bei einer Ausbildung in Deutschland unterstützen. In einer globalisierten Arbeitswelt werden

sprachliche und interkulturelle Kompetenzen immer wichtiger. Analog zum Deutschen Akademischen

Austauschdienst (DAAD) braucht es einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst, der

Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen bei Auslandsaufenthalten unterstützt. Die Programme

Erasmus+ und Ausbildung Weltweit wollen wir ausbauen. Internationale Wahl- und

Zusatzqualifikationen sollen in Aus- und Fortbildungsordnungen verankert und neue internationale

Berufe geschaffen werden. Zudem müssen die in der Kopenhagener Erklärung vereinbarten Ziele wie

die Anerkennung von Qualifikationen innerhalb der EU konsequent umgesetzt werden.

Azubi-Botschafter und Aufstiegs-BAföG

Wir Freie Demokraten wollen eine praxisnahe Berufsorientierung mit Azubi-Botschaftern auch an

Gymnasien. Berufsorientierungsangebote und Praktika soll es in enger Kooperation mit der

Wirtschaft an allen Schulformen geben. Flächendeckend wollen wir Jugendberufsagenturen

ausbauen. Das Aufstiegs-BAföG soll Teilzeitfortbildungen und interdisziplinäre Bildungswege besser

fördern. Hybride Angebote und eine bessere Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen sollen

die Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung erhöhen. Der öffentliche Dienst

muss berufliche Qualifikationen für höhere Karrierewege gleichberechtigt anerkennen.

Menschen ohne Berufsabschluss unterstützen – Übergangssystem reformieren

Wir Freie Demokraten wollen deutlich mehr jungen Menschen eine berufliche Qualifizierung

ermöglichen. Das kleinteilige Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung soll auf ein

bundesweites Programm mit regionaler und individueller Ausgestaltung fokussiert und regelmäßig

evaluiert werden. Teilqualifizierung wollen wir ausbauen.

Hochschule und Forschung

Moderne Hochschulen und beste Forschungsbedingungen sind die Grundlage für Innovation und

Fortschritt in unserem Land und weltweit. Sie öffnen neue Chancen für unsere Gesellschaft und der

Bekämpfung globaler Herausforderungen. Sei es beim Klimawandel durch die Entwicklung

klimafreundlicher Kraftstoffe oder dem Schutz der Gesundheit durch neue Impfstoffe. Wir wollen für

eine moderne Forschungspolitik sorgen, die Chancen in neuen Technologien sieht und mit Gefahren

verantwortungsvoll umgeht.

17Gründung einer European Digital University (EDU)

Wir Freie Demokaten fordern die Gründung einer European Digital University (EDU). In vorrangig

digitalen Lehrformaten soll diese Hochschule in europäischer Trägerschaft Menschen in ganz Europa

einen ortsunabhängigen Zugang zu den besten Lehrangeboten ermöglichen. Eine solche EDU soll die

verbleibenden Grenzen der Bildungsmobilität überwinden und Menschen unabhängig von ihrer

persönlichen Lebenssituation, ihrer sozialen und geografischen Lage die Teilnahme an weltbester

Lehre und akademischer Weiterbildung ermöglichen. In Kooperation mit staatlichen und privaten

Hochschulen aller EU-Mitgliedstaaten bietet sie so eine einzigartige Plattform für Lehrende und

Lernende.

Elternunabhängiges Baukasten-BAföG

Wir Freie Demokraten wollen ein elternunabhängiges Baukasten-BAföG einführen. Die freie Wahl des

Studiums darf nicht länger von der Unterstützung der Eltern abhängen. Studierende sollen analog

zum bisherigen Kindergeld bzw. -freibetrag der Eltern einen monatlichen Sockelbetrag von 200 Euro

erhalten. Weitere 200 Euro sollen bei ehrenamtlichem Engagement oder Nebentätigkeiten als

Zuschuss gewährt werden. Darüber hinaus soll ein monatlich anpassbares, zinsfreies und erst bei

gutem Einkommen rückzahlbares Darlehen die notwendige finanzielle Flexibilität sichern. Die

Förderhöchstdauer soll künftig die Regelstudienzeit plus zwei Semester umfassen.

Studienfachwechsel sollen keinen Einfluss auf die Gesamtförderdauer haben. Höchstaltersgrenzen

werden aufgehoben und Zuverdienstgrenzen werden angehoben. Die Beantragung und Verwaltung

des BAföG wollen wir vollständig digitalisieren.

Qualitätsoffensive für die Hochschullehre

Wir Freie Demokraten fordern eine Qualitätsoffensive für die Hochschullehre. Mittelzuweisungen

des Bundes sollen künftig auch auf Basis qualitätsorientierter Kriterien erfolgen. Eine bundesweite

Beratung soll Hochschulen und Lehrende bei didaktischen, technischen, datenschutz- und

urheberrechtlichen Fragen zu digitaler Lehre unterstützen. Das starre Kapazitätsrecht, das die Zahl

der bereitgestellten Studienplätze regelt, wollen wir grundlegend reformieren, um Hochschulen

mehr Investitionen in digitale Lehrangebote, bessere Betreuungsquoten sowie berufs- und

lebensbegleitende Studienmodule zu ermöglichen.

Ausweitung des Erfolgsprogramms Erasmus+

Wir Freie Demokraten wollen das Erfolgsprogramm Erasmus+ weiterentwickeln. Die interkulturelle

Verständigung ist das beste Mittel gegen Populismus und nationale Engstirnigkeit. Großbritannien,

der Schweiz, den Beitrittskandidaten der EU, den Staaten der Östlichen Partnerschaft und den

Staaten der Europäischen Nachbarschaftspolitik wollen wir den Status eines Programmlands

anbieten. Auch Schülerinnen und Schüler sollen von Erasmus+ profitieren und unabhängig vom

Einkommen der Eltern sechs Monate der Schulzeit im europäischen Ausland absolvieren können. Die

Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen wollen wir

verbessern. Zudem wollen wir ein Erasmus für Lehrkräfte etablieren.

Wissenschaftsfreiheit verteidigen

Wir Freie Demokraten verteidigen die Freiheit von Forschung und Lehre. Wissenschaft lebt von einer

offenen Debattenkultur. Gesetzliche Zivilklauseln lehnen wir ab. Innerhalb der Grenzen des

Grundgesetzes müssen auch schwer erträgliche Meinungen geäußert werden können. Deshalb

wollen wir wissenschaftseigene Mechanismen der ethischen Selbstkontrolle stärken. Die politische

18Einflussnahme der chinesischen Regierung auf die Arbeit der Konfuzius-Institute soll aufgearbeitet

und staatliche Co-Finanzierungen der Institute beendet werden. Gemeinsam mit den Ländern,

Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir eine Nationale Strategie für Cybersicherheit

in der Wissenschaft auf den Weg bringen.

19II.

Nie war Modernisierung dringlicher: Modernisieren wir endlich unser Land!

Wie es ist, darf es nicht bleiben: Reformen für ein modernes Land wurden zu lange als Kür abgetan.

Es ist Zeit, dass sich das ändert. Modernisierung ist Pflichtprogramm: Die digitale Modernisierung

unserer Verwaltung und unseres Gesundheitswesens rettet im wahrsten Sinne des Wortes Leben.

Die Modernisierung unseres Sicherheitsapparates stärkt die Handlungsfähigkeit unseres

Rechtsstaats. Die Modernisierung des Arbeitsmarktes gibt den Beschäftigten und den Betrieben das

Rüstzeug für erfolgreiche Veränderungsprozesse an die Hand. Moderne Mobilität für jeden Einzelnen

stärkt die Selbstbestimmung und die Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen. Die Modernisierung

unseres Staatswesens macht wieder mehr Lust auf Demokratie und stärkt unsere demokratischen

Prozesse.

Unkomplizierter Staat

Sämtliche Bürgerservices online erledigen statt vor dem Amt Schlange stehen. Das darf keine

Zukunftsutopie bleiben. Wir Freie Demokraten wollen einen unkomplizierten Staat, der den Bürgern

das Leben erleichtert. Wir wollen daher den Weg frei machen für eine bürgernahe und digitale

Verwaltung.

Weitreichende Föderalismus- und Verwaltungsreform

Wir Freie Demokraten wollen durch eine umfassende Föderalismus- und Verwaltungsreform einen

modernen und handlungsfähigen Staat schaffen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unklare

Zuständigkeiten, eine erdrückende Bürokratie und digitale Defizite bei den Behörden schnelle und

pragmatische Lösungen verhindern. Auch in Bildungs- und Sicherheitsfragen sind 16 verschiedene

Systeme nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen deshalb die Kompetenzverteilung zwischen den

staatlichen Ebenen neu regeln und die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben. Der Staat soll

sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentrieren und die Stärke des marktwirtschaftlichen

Wettbewerbs nutzen.

Vorsorge für funktionierende Wirtschaftshilfen treffen

Wir Freie Demokraten fordern für den Fall der Fälle bei Wirtschaftshilfen und Hilfen für

Selbstständige in Zukunft besser gerüstet zu sein. Die Corona-Krise hat gezeigt, welche Instrumente

es im Falle großer Krisen mit außergewöhnlichen Verhältnissen in der gesamten Wirtschaft und auf

dem gesamten Arbeitsmarkt braucht. Für solche Fälle brauchen wir eine negative Gewinnsteuer, bei

der Verluste aus dem aktuellen Jahr mit Gewinnen der Vorjahre verrechnet werden können. Und wir

brauchen dann ebenso Hilfen für Selbstständige mit und ohne Angestellte, um einen ausreichenden

Unternehmerlohn zu gewährleisten.

Behörde zu One-Stop-Shops machen

Wir Freie Demokraten wollen Behörden konsequent zu One-Stop-Shops ausbauen. Daten werden

einmalig an die Verwaltung weitergegeben und dann an entsprechender Stelle verarbeitet. Zur

Funktionsfähigkeit des Systems fordern wir einheitliche Standards. Damit lassen sich Prozesse der

Verwaltung beschleunigen. Wir bauen Bürokratie ab und erleichtern das Gründen. Darüber hinaus

kann ein One-Stop-Shop die Vernetzung und den Austausch mit privaten und öffentlichen Akteuren

vorantreiben.

20Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand

Wir Freie Demokraten wollen eine Zahlungsmoral-Offensive der öffentlichen Hand. Zugleich fordern

wir die Vergabeschwellenwerte für 2020 und 2021 erhöhen, damit Investitionen schneller umgesetzt

werden. Investitionen der öffentlichen Hand haben in Krisenzeiten einen wichtigen

Stabilisierungseffekt. Offene Rechnungen können Liquidität und Arbeitsplätze besonders im

Mittelstand massiv gefährden. Das wollen wir verhindern.

Vorfälligkeit der Beiträge rückgängig machen – Unternehmen entasten

Wir Freie Demokraten wollen die Vorfälligkeit bei der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen

wieder rückgängig machen. Sie führt nicht nur zu bürokratischer Mehrbelastung, sondern entzieht

den Unternehmen Kapital. Anstelle von 24 Monatsabrechnungen müssen Unternehmen wieder nur

noch 12 Abrechnungen tätigen und können auf Regelungen zum Schätzen verzichten. Dies entlastet

von erheblichem bürokratischem Aufwand.

Innovation Nation

Der Buchdruck, das Auto, der Computer. Deutschland war schon immer ein Land, in dem der

Fortschritt gemacht wurde. Fortschritt bietet viele Chancen, das Leben und den Alltag der Menschen

besser und einfacher zu machen. Ebenso ist Innovation Voraussetzung für Wohlstand, Wachstum

und Arbeitsplätze. Wir brauchen jetzt die richtigen Ideen, um im globalen Rennen aufzuholen und

wieder eine Spitzenposition einzunehmen. Dazu braucht es neues Denken. Ein Denken, das nach

vorne gerichtet ist und nicht im Status Quo verharrt.

Innovationsprinzip bei politischen Entscheidungen

Wir Freie Demokraten wollen für politische Entscheidungen das Innovationsprinzip ergänzend zum

Vorsorgeprinzip. Bei der Folgenabschätzung soll nicht nur auf mögliche Risiken einer Maßnahme

geschaut werden. Genauso intensiv muss ermittelt werden, welche Chancen bei Unterlassung

verloren gehen. Damit sichern wir die Zukunft.

Deutsche Transfergemeinschaft (DTG) – Innovationen fördern

Wir Freie Demokraten wollen die Gründung einer Deutschen Transfergemeinschaft (DTG) auf den

Weg bringen. Sie soll unabhängig agieren und als Selbstverwaltungseinrichtung sowohl

technologische als auch soziale Innovationen unterstützen. Förderfähig sind Projekte unter

Beteiligung einer Hochschule einerseits und einem Unternehmen aus Wirtschaft oder

Zivilgesellschaft andererseits. Die DTG wäre ein One-Stop-Shop, der Transfer-Know-how bündelt und

kostenneutral durch bislang auf mehrere Ministerien verteilte Transferfördergelder finanziert wäre.

Software- und Hightech-Unternehmen sowie Startups werden so in ihrer Leistungs- und

Innovationskraft gestärkt.

Mittel an Zielerreichung binden – Echte Innovationsstrategie entwickeln

Wir Freie Demokraten wollen die Mittelfreigabe für Bundesprogramme stärker an deren

Zielerreichung binden, in einem ersten Schritt mindestens 15 Prozent des Aufwuchses an

Bundesmitteln rückwirkend ab 2020. Wird der Nachweis nicht ausreichend erbracht, sollen die frei

werdenden Mittel in einem wettbewerblichen Verfahren an die anderen Akteure gegeben werden,

die bei ihrer Zielerreichung erfolgreicher waren. Für die vielen Milliarden Euro teuren Strategien der

Bundesregierung (KI, Hightech, FONA etc.) fehlen bislang Zielhierarchien und Erfolgsindikatoren. Wir

wollen Fortschritte messen und aus vielen Einzelstrategien eine echte Innovationsstrategie machen.

21Digitale Freiheitszonen schaffen

Wir Freie Demokraten wollen digitale Freiheitszonen zur Förderung digitaler und innovativer

Geschäftsmodelle einführen. Um die Entstehung von Clustern insbesondere bei IT-

Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz und Blockchain zu begünstigen, wollen wir

bestimmte Regionen als digitale Freiheitszonen ausweisen. Dort sollen weniger Regularien gelten.

Steuerliche Forschungsförderung, bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Startups und weniger

Bürokratie sollen Gründungen erleichtern.

Bioökonomie: Wohlstand und Nachhaltigkeit zusammenbringen

Wir Freie Demokraten wollen mit der Bioökonomie Antworten auf globale Herausforderungen

unserer Zeit finden: Klimawandel, Schutz natürlicher Lebensgrundlagen, Sicherstellung der

Welternährung und die Endlichkeit fossiler Rohstoffe. Bioökonomie ist die nachhaltige und

innovative Nutzung biologischer Ressourcen und die Weiterentwicklung biologischer Prozesse.

Klebstoff aus Pflanzen, Smartphone-Displays aus Zucker oder T-Shirts aus Kaffeesatz – das alles ist

möglich. Wir wollen innovative Forschung zur effizienteren Nutzung von Ressourcen voranbringen

und einen Beitrag für eine zukunftsorientierte, nachhaltige Wirtschaft leisten. Damit verbinden wir

Ökologie und Ökonomie.

Moderne Recyclingmethoden statt Produktverbote

Wir Freie Demokraten wollen technologieoffenes Recycling in Deutschland ermöglichen und Abfälle

zu neuen Rohstoffen machen, um letztlich eine EU-weite Kreislaufwirtschaft aufzubauen. Wir wollen

das chemische Recycling als gleichwertige Möglichkeit des Recyclings von Verpackungen zulassen

und somit die rechtliche Diskriminierung dieser vielversprechenden Technologie beenden.

Ressourcenschonung bedeutet dabei nicht nur Verzicht, sondern kann auch durch innovative

Wiederverwertungstechnologien erreicht werden.

Kunststoff – Der Werkstoff der Zukunft

Wir Freie Demokraten werden uns bei der ökologischen Bewertung von Produkten aus Kunststoff

und alternativen Materialien, wie Papier und Glas, konsequent an Ökobilanzen orientieren.

Kunststoffe sind vielfältig einsetzbar und günstig. Durch ihr geringes Gewicht wird CO2 eingespart.

Ökobilanzen machen die Umweltwirkung von Produkten transparent und ermöglichen eine

wissenschaftsbasierte Bewertung, auf deren Basis notwendige Regulierungen erfolgen können.

Mobilität

Eine innovative, ökologische und bezahlbare Mobilität ist angewiesen auf eine zukunftsweisende

Verkehrspolitik ohne ideologische Scheuklappen. Nur mit technologischen Innovationen, einem

funktionierenden Emissionshandel, moderner Infrastruktur und einer technologieoffenen

Verkehrspolitik kann sichere, saubere und bezahlbare Mobilität für Alle gewährleistet werden.

Mobilität ist Freiheit – Innovationen statt Verbote

Wir Freie Demokraten sind gegen unverhältnismäßige Verbote in der Mobilität. Wir setzen auf

Innovationen, Vernunft und Freiheit. Tempolimits, Diesel- oder Motorradfahrverbote sind weder

progressiv noch nachhaltig. Wir setzen auch auf umwelt- und klimafreundliche Motoren und

alternative Kraftstoffe. Ein pauschales Verbot von Verbrennungsmotoren lehnen wir ab. Nur durch

Innovationen und eine bessere Infrastruktur können Verkehrssicherheit und ein umweltfreundlicher

22Verkehrsfluss vorangebracht werden. Einschränkungen des Individualverkehrs sind keine Lösung.

Intelligente und innovative Verkehrslenkung bietet enorme Möglichkeiten.

Bahnverkehr privatisieren – mehr Wettbewerb auf der Schiene

Wir Freie Demokraten wollen bei der Schiene Infrastruktur und Bahnbetrieb trennen und den Betrieb

privatisieren. Das Netz soll im Eigentum des Bundes bleiben. Ziel ist es, mehr Personen und Güter auf

der Schiene zu transportieren. Das gelingt aber nicht mit einer Staatsbahn, sondern nur mit mehr

Wettbewerb, mehr Digitalisierung und niedrigeren Trassenpreisen für die Nutzung der

Schienenwege. Durch eine organisatorische Trennung kann sich der Bund voll auf die Bereitstellung

und Modernisierung der Infrastruktur konzentrieren. Auf der Schiene können Bahnunternehmen

wiederum in Wettbewerb miteinander treten. Kunden profitieren hierdurch von niedrigeren Preisen,

mehr Service und einem besseren Angebot im Bahnverkehr.

Deutschland beschleunigen

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland seine Ideen schneller umsetzen kann und die dafür

notwendige Infrastruktur bekommt. Für alle Verkehrswege - von der Schiene über die Straße bis zum

Radweg - muss der Aufwuchs der Investitionsmittel verlässlich fortgesetzt und zügig verbaut werden.

Sanierung und Modernisierung haben dabei für uns Priorität. Hohe Anforderungen an moderne

Energie- und Mobilitätspolitik sowie die sich schnell entwickelnde Wirtschaft erfordern ein hohes

Maß an Flexibilität. Daher wollen wir alle Planungsverfahren beschleunigen, indem wir Verfahren

straffen und Doppeluntersuchungen abschaffen, die Möglichkeiten der Digitalisierung in allen

Bereichen der Planung nutzen und eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen.

Faire Rahmenbedingungen für Luftverkehr mit Zukunft

Wir Freie Demokraten wollen die Luftverkehrssteuer abschaffen, die Luftsicherheitsgebühren neu

ordnen und eine Ausweitung von Nachtflugverboten verhindern. Wir brauchen einen einheitlichen

europäischen Luftraum. Deutschland muss sich für ein widerstandsfähiges, nachhaltiges und

effizientes Flugverkehrsmanagement einsetzen. Hoheitliche Aufgaben wie die innere Sicherheit oder

die Drohnenabwehr müssen von der öffentlichen Hand getragen und effektiv organisiert werden.

Deutschland benötigt faire Rahmenbedingungen für einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen

Luftverkehr.

Seehäfen und Binnenwasserstraßen nutzen

Wir Freie Demokraten wollen die Seehäfen und deren Hinterlandanbindung umweltverträglich

weiter ausbauen. Im Binnenwasserstraßennetz wollen wir vorhandene Kapazitäten besser nutzen, so

dass Beförderungen umweltfreundlich von der Straße aufs Wasser verlagert werden und das

Bahnnetz entlastet wird. Die Norddeutschen Seehäfen stellen nicht nur Knotenpunkte für die

maritime Wirtschaft dar, sie sind auch der Einstiegs- und Sammelpunkt eines weiterverzweigten

Binnen- und Küstenwasserstraßennetzes.

Technologieoffenheit im Fahrzeugbau

Wir Freie Demokraten fordern technologieoffene Gesetze und Verordnungen im Fahrzeugbau.

Einseitige Subventionen und Vorgaben müssen beendet werden. Dafür werden wir die von der EU

festgelegten CO2-Flottengrenzwerte und die aktuellen Subventionen im Fahrzeugbau auf den

Prüfstand stellen und eine ganzheitliche Betrachtung der Fahrzeuge vornehmen. Wir wollen

alternative Mobilitätskonzepte erkunden, ohne bestimmte Antriebstechnologien zu bevorzugen. Wir

setzen auch beim Umwelt- und Klimaschutz auf den Entwicklergeist von Firmen und Ingenieuren. Wir

23wollen ihnen die Freiheit zurückgeben, die bestmöglichen Antriebe und Anwendungen zu entwickeln

und zu vertreiben. Nur so lassen sich die Möglichkeiten von Wasserstoff, Batterie oder alternativen

Kraftstoffen optimal nutzen.

Infrastruktur für E-Mobilität ausbauen – Teure Subventionen streichen

Wir Freie Demokraten wollen den flächendeckenden Ausbau von Schnellladesäulen und

interoperablen Bezahlstrukturen für die E-Mobilität. Auf teure Subventionen wie die Kaufprämie für

E-Autos wollen wir verzichten. Auf dem Weg zu einem emissionsärmeren Verkehr setzen wir zudem

auf weitere Anpassungen der Regulierung für Plug-In-Hybride, die sowohl über ein Elektro- als auch

ein Verbrennungsmotor betrieben werden können. Für uns ist E-Mobilität wesentlicher Bestandteil

des Verkehrsmix der Zukunft.

Taxigewerbe entlasten und öffnen – Mobilität für alle

Wir Freie Demokraten wollen neue, innovative Mobilitätsdienste auf digitaler Basis in der

Personenbeförderung ermöglichen und dafür faire Wettbewerbsbedingungen für alle

Mobilitätsdienstleister schaffen. Die besondere Rolle des ÖPNV haben wir dabei beständig im Blick.

Hierzu muss die Rückkehrpflicht für Mietwagen und der Mindestabstand von 50 km zwischen zwei

Haltestellen für Fernbusse vollständig abgeschafft werden.

Mobilität der Zukunft „Made in Germany“

Wir Freie Demokraten wollen die Zulassungs- und Testverfahren für neue Ideen vereinfachen und die

Innovationsförderung voranbringen. Sprunginnovationen wie das autonome Fahren, das

Hochgeschwindigkeitssystem Hyperloop, Drohnen oder Flugtaxis wollen wir gezielt fördern und den

rechtlichen Rahmen dafür schaffen. Besonders der ländliche Raum hat Chancen auf schnellere und

kostengünstigere Versorgung.

Zukunftsthema Autonomes Fahren etablieren

Wir Freie Demokraten fordern eine langfristig angelegte Strategie für das Autonome Fahren, die

nicht nur die Entwicklung der eigentlichen Technologie, sondern auch rechtliche und regulatorische

Rahmenbedingungen und das Schaffen positiver Wachstumsfaktoren umfasst. Dabei muss die

europäische und internationale Kooperation zur Schaffung einheitlicher Standards ebenso

Schwerpunkt sein wie die Schaffung innovationsfreundlicher und rechtssicherer Vorgaben in

Deutschland selbst.

Europa besser verbinden – Transportnetze ausbauen

Wir Freie Demokraten fordern eine ganzheitliche Infrastrukturstrategie für Europa und den Ausbau

transeuropäischer Transportnetze. Ein gut ausgebautes (Hochgeschwindigkeits-)Schienennetz gehört

genauso dazu wie leistungsstarke Hafenanlagen, Flugplätze und Fernstraßen. Ziel ist die noch engere

Verknüpfung europäischer Metropolen und Warenumschlagsplätze.

Begleitetes Fahren ab 16 - Mehr Mobilität für junge Generation

Wir Freie Demokraten wollen das Mindestalter zum Erwerb eines PKW-Führerscheins senken und

begleitetes Fahren bereits ab 16 Jahren ermöglichen. Das Mindestalter zum Erwerb eines

Mopedführerscheins (Führerscheinklasse AM) wollen wir auf 15 Jahre senken. Zudem fordern wir,

die Höchstgeschwindigkeit von Kleinkrafträdern von 45 auf 55 km/h zu erhöhen und setzen uns für

eine Modifizierung der Fahrzeugklassifizierung auf EU-Ebene ein.

24Digitalisierung

Die digitale Transformation ist eine der größten Chancen und Herausforderung unserer Zeit. Wie wir

sie gestalten, wird unser Leben für lange Zeit prägen. Deshalb wollen wir Deutschlands Digitalpolitik

neu ausrichten. Denn bisher ist sie unkoordiniert, ziellos und chaotisch. Das kann sich unser Land

nicht mehr leisten. Deutschland braucht endlich Tempo bei der Digitalisierung, um seine Chancen auf

Fortschritt nicht zu verspielen.

Digitalministerium

Wir Freie Demokraten fordern ein Ministerium für Digitale Transformation.

Flächendeckende und hochleistungsfähige Mobilfunkabdeckung

Wir Freie Demokraten fordern eine flächendeckende und hochleistungsfähige Mobilfunkabdeckung

durch echten Wettbewerb auf dem Mobilfunkmarkt, ein Glasfasernetz und eine konsequente

Hochrüstung bestehender 4G-Netze. Mit einem effizienten Auktionsdesign und durch ein starkes und

zeitnahes Controlling des Bundes sollen die Ausbauziele erreicht werden. Ein hochleistungsfähiger

Mobilfunk ist eine Grundvoraussetzung für die Zukunftsfähigkeit des Standortes Deutschland.

Schneller Netzzugang durch Gigabit-Gutscheine

Wir Freie Demokraten wollen Gigabit-Gutscheine für Privathaushalte und kleine und mittlere

Unternehmen. Mit den Gutscheinen wird ein Teil der Kosten erstattet, die bei der Umstellung auf

Gigabit entstehen. So wollen wir nachfrageorientiert und kosteneffizient den Ausbau von

Hochgeschwindigkeitsnetzen beschleunigen. Damit schaffen wir einen wirksamen Anreiz für

Investitionen in den Gigabit-Netzausbau.

Digitale Verwaltung als Dienstleister

Wir Freie Demokraten wollen echte „Virtuelle Verwaltungen". Wir wollen das Once-Only-Prinzip

einführen: Bürgerinnen und Bürger müssen bestimmte Daten der öffentlichen Verwaltung nur noch

einmal mitteilen und nicht jeder Behörde einzeln. Alle notwendigen Amtsgänge sollen virtuell

möglich und alle Dienstleistungen mit digitalen, medienbruchfreien Verfahren durchführbar sein.

Auch in die nächste technologische Innovation in den Behörden wollen wir einsteigen: Die

Entwicklung von Virtual Reality bzw. Augmented Reality in der Verwaltung. So wollen wir vom

Nachzügler beim E-Government zum Vorreiter beim Virtual Government werden.

Digitaler Binnenmarkt für Europa

Wir Freie Demokraten wollen den europäischen digitalen Binnenmarkt. Geschäftsmodelle sollen

europaweit einfacher skalierbar werden. Regulierungsbedingte Barrieren wollen wir abbauen, ohne

die Vertragsfreiheit in Frage zu stellen. So schaffen wir auch ein Europa, das digital unabhängig ist,

ohne jedoch in einen digitalen Protektionismus zu verfallen. Wenn wir grundlegende europäische

Werte wie Freiheit, Demokratie und Bürgerrechte auch in einer zunehmend digitalisierten und

datengetriebenen Welt aufrecht erhalten wollen, brauchen wir eine europaweit einheitliche

Regulierung.

Cybersicherheit stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Cybersicherheit stärken. Denn Cybersicherheit ist die Achillesferse

des Informationszeitalters. Deshalb brauchen wir eine tatsächlich umsetzbare und agile

Cybersicherheitsstrategie. Bestandteile davon müssen ein wirksames Schwachstellenmanagement,

25und ein Recht auf Verschlüsselung sein. Ebenfalls gehören dazu die Vorgabe von security-by-design

inklusive Haftung der Hersteller für Schäden, die fahrlässig durch IT-Sicherheitslücken verursacht

werden, und eine Verpflichtung der Hersteller, während der üblichen Nutzungsdauer eines Produktes

Updates zur Verfügung zu stellen. Effiziente Schutz- und Verteidigungssysteme müssen in der

Cybersicherheit stets Vorrang haben. Deshalb sollen Unternehmen, die umfangreichen

Einflussmöglichkeiten autoritärer Regime unterliegen, beim Ausbau kritischer Infrastruktur wie etwa

beim 5G-Netz nicht beteiligt werden.

KI-Roadmap

Wir Freie Demokraten wollen eine KI-Roadmap. Jedes Ministerium soll bis 2025 zehn konkrete

Anwendungsfälle für KI identifizieren und umsetzen. Von Fördermitteln sollen nicht nur große

Forschungsinstitute profitieren, sondern insbesondere Startups und Gründer. Damit möglichst viele

neue Technologien praktisch getestet werden können, brauchen wir regulatorische

Erprobungszonen, sogenannte „regulatory sandboxes“. Um das Potential neuer Technologien wie KI,

Machine Learning und Robotik voll auszuschöpfen, ist ein europäischer Rechtsrahmen notwendig,

der Rechtssicherheit im gesamten europäischen digitalen Binnenmarkt gewährleistet.

Netzneutralität und fairer Wettbewerb im Internet

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Netzneutralität. Alle Datenpakete im Internet müssen

gleichberechtigt sein. So ist sichergestellt, dass keine Meinung diskriminiert wird und neue

Unternehmungen Marktzugang erhalten. Diese Chancengleichheit wollen wir schützen und zugleich

neue qualitätsgesicherte Dienste ermöglichen. Spezialdienste mit Network-Slicing für zeitkritische

Anwendungen, beispielsweise medizinische Tele-Operationen oder autonomes Fahren, wollen wir

dabei ermöglichen. Die diskriminierungsfreie Ausgestaltung ist wettbewerbsrechtlich abzusichern.

Moderne Arbeitswelt

Die moderne Arbeitswelt bietet vielfältige Chancen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,

Selbstständige und Unternehmen. Sie ermöglicht vor allem ein Mehr an individueller Freiheit und

Selbstbestimmung. Allerdings stammen viele Regelungen noch aus einer Zeit in der Daten auf

Disketten abgespeichert und Telefonate per Wählscheibentelefon geführt wurden. Hier brauchen wir

dringend ein Update. Zudem wollen wir gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung schaffen –

unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder

Religion.

Flexible Arbeitszeiten und Mobile Arbeit

Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität im Arbeitszeitgesetz und wollen eine wöchentliche

statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Niemand soll weniger Pausen machen oder mehr arbeiten als

bisher, aber die Einteilung der Arbeitszeit muss flexibler möglich sein. Die Summe der täglich

notwendigen Ruhezeit bleibt bestehen. Hierbei werden flexible Regelungen in einem Tarifvertrag

oder in einer Betriebsvereinbarung rechtssicher ermöglicht. Bei mobiler Arbeit und im Home Office

soll das Arbeitsschutzgesetz, nicht aber die Arbeitsstättenverordnung gelten. Denn bei mobiler Arbeit

kann der Arbeitgeber nicht für den richtigen Lichteinfall und Ähnliches verantwortlich sein.

Mobiles Arbeiten durch Rechtsanspruch auf Erörterung stärken

Wir Freie Demokraten fordern, mobiles Arbeiten und Home Office nach niederländischen Vorbild zu

stärken. Dabei muss der Arbeitgeber den Antrag von Beschäftigten auf mobiles Arbeiten und Home

Office prüfen und mit dem oder der Beschäftigten erörtern. Nicht jede Tätigkeit kann außerhalb des

26festen Arbeitsplatzes ausgeführt werden. Auch können betriebliche Belange gegen eine

Vereinbarung zur mobilen Arbeit sprechen und bestehende Vereinbarungen müssen anlassbezogen

widerrufen werden können. Aber ein Erörterungsanspruch fördert den Kulturwandel und Akzeptanz

für mobiles Arbeiten.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Wir Freie Demokraten wollen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern. Dazu wollen wir

Betriebskindergärten auch steuerlich fördern, den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch in der

Praxis und perspektivisch ab dem Ende des Mutterschutzes garantieren, die Betreuungszeiten

flexibilisieren und die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten ermöglichen. Vorständen und

anderen Führungskräften wollen wir eine zeitlich begrenzte Auszeit ermöglichen. In Fällen wie

Geburt, Elternzeit, Pflege Angehöriger oder eigener schwerer Erkrankung soll es möglich sein, das

Mandat für einen begrenzten Zeitraum ruhen lassen zu können, ohne das Mandat niederzulegen.

Zudem wollen wir auch bessere Voraussetzungen für die Vereinbarung von Weiterbildung und

Familie schaffen. Familienfreundliche Weiterbildungen steigern die Karrierechancen insbesondere

für Frauen.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Wir Freie Demokraten setzen uns für mehr Vielfalt in Unternehmen und im öffentlichen Dienst ein

und damit auch für mehr Frauen in Führungspositionen. Gleiches soll auch für politische Positionen

gelten. Arbeitsmodelle wie geteilte Führung („Jobsharing“ und „Topsharing“) müssen

selbstverständlich werden. Außerdem treten wir dafür ein, dass sich Arbeitgeberinnen und

Arbeitgeber besser vergegenwärtigen müssen, bei gleichen Funktionen genauso viele weibliche wie

männliche Angestellte für Weiterbildungen zu berücksichtigen. Transparenz der Maßnahmen für

mehr Diversität und Talentmanagement in Gleichstellungsberichten erhöht den öffentlichen Druck

hin zu einem Kulturwandel in Unternehmen und Verwaltung. Statt starrer Quoten setzen wir uns für

Selbstverpflichtungen ein, in denen sich größere Unternehmen dazu verpflichten, dass sich der Anteil

von Frauen einer Unternehmensebene in der Führung der jeweiligen Ebene widerspiegelt. Für die

Vorstandsebene sollten sich Unternehmen ebenfalls zu einer Verbesserung des Frauenanteils

verpflichten.

Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung – Transparenz für mehr Gerechtigkeit

Wir Freie Demokraten wollen gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung von Frauen

und Männern. Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten sollen ihren unternehmensinternen

Gender Pay Gap auswerten und veröffentlichen. Es sollen sowohl der durchschnittliche als auch der

mittlere Verdienstunterschied und der prozentuale Anteil von Frauen und Männern in den jeweiligen

Gehaltsgruppen angegeben werden. Durch diese Mechanismen wollen wir Transparenz schaffen. Sie

ist ein wichtiger Grundstein für die eigenverantwortliche Lösung des Problems durch Arbeitgeber

und Beschäftigte.

Diversity Management in der Arbeitswelt

Wir Freie Demokraten wollen in der Arbeitswelt ein ganzheitliches Diversity Management als Teil

ökonomischer Modernisierung und sinnvolle Alternative zu Quoten voranbringen. So schaffen wir

gleiche Chancen für Aufstieg durch Leistung – unabhängig von Geschlecht, Alter, ethnischer

Herkunft, Behinderung, sexueller Orientierung oder Religion. Gerade der Mittelstand soll bei der

Entwicklung von Konzepten unterstützt werden. Im öffentlichen Dienst sind die Strukturen der

27Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragten in ein ganzheitliches Diversity Management

einzubinden.

Ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen öffnen

Wir Freie Demokraten wollen eine bessere Beratung und Arbeitsvermittlung für Menschen mit

Behinderungen. Die Vorbereitung muss bereits in der Schule beginnen. Wir wollen die

praxistauglichere Ausgestaltung des Budgets für Arbeit und eine praxisnahe aktive

Arbeitsvermittlung und Begleitung. Die über 300.000 Beschäftigten in einer Werkstatt für Menschen

mit Behinderungen bilden ein großes und bisher ungenutztes Potential für den ersten Arbeitsmarkt.

Wir wollen ihre Chancen auf eine reguläre Beschäftigung verbessern.

Fairness für Selbstständige

Wir Freie Demokraten fordern Fairness für Selbstständige. Ob Freie Berufe, Handwerk, Kultur- und

Kreativwirtschaft oder Dienstleistungsbranche: Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter

Klasse. Mit unterschiedlichen Reformansätzen wollen wir die Selbstständigkeit erleichtern, sie als

Selbstbestimmung ernstnehmen und für mehr öffentliche Wertschätzung von Selbstständigen

sorgen. Ungleichbehandlungen wollen wir abbauen und zum Beispiel die Beiträge für Selbstständige

zur gesetzlichen Krankenversicherung endlich an den tatsächlichen Einnahmen orientieren.

Statusfeststellung für Selbstständige reformieren

Wir Freie Demokaten fordern eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens. Über das

Statusfeststellungsverfahren muss sich zweifelsfrei klären lassen, ob eine abhängige Beschäftigung

oder eine selbständige Tätigkeit vorliegt. Klare gesetzliche Positivkriterien gewährleisten

Rechtssicherheit, indem bei Vorliegen bestimmter Kriterien eine Selbstständigkeit rechtssicher und

verbindlich feststellt wird. Zudem soll die Prüfung durch eine unabhängige Stelle, statt durch die

Rentenversicherung vorgenommen werden.

Freie Wahl bei der Altersvorsorge für Selbstständige

Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbständige bei der Altersvorsorge. Auch

die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten

Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein. So verhindern wir auch, dass

Personen mit Zick-Zack-Lebensläufen beim Wechsel in die Selbständigkeit ihre Riester-Förderung

verlieren. Für die Gründungsphase wollen wir Karenzfristen. Dabei halten wir eine Pflicht zur

Altersvorsorge wie bei der Krankenversicherung für angemessen. Die Wahlfreiheit soll für alle

Selbstständigen ohne obligatorisches Alterssicherungssystem gelten, sowie für Selbstständige, die

bisher in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind.

Mini- und Midi-Job-Grenzen an Mindestlohn koppeln

Wir Freie Demokraten wollen die Minijob-Grenze und die Midijob-Grenze erhöhen und dynamisch an

den gesetzlichen Mindestlohn koppeln. Mit jeder Anpassung des Mindestlohns reduzieren sich heute

die Stunden, die ein Beschäftigter im Rahmen eines Mini- bzw. Midijobs arbeiten darf. Damit sind

Mini- oder Midijober von Erhöhungen durch die allgemeine Lohnentwicklung abgeschnitten. Das

wollen wir ändern und für mehr Leistungsgerechtigkeit sorgen.

Gesundheit

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Gesundheitssystem ist. Wir

wollen allen Menschen eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung

28sichern. Zugleich wollen wir die Chancen des medizinischen und digitalen Fortschritts nutzen und das

Gesundheitssystem an die demografische Entwicklung und mögliche Pandemien in der Zukunft

anpassen.

Krankenhäuser finanziell absichern

Wir Freie Demokraten fordern eine nachhaltige Verbesserung der Investitionsfinanzierung für

maximalversorgende und kleinere spezialisierte Krankenhäuser. Nur so können wir die

bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

Höhere Qualität muss durch das Vergütungssystem belohnt werden. Die Strukturreform im

stationären Sektor muss verantwortungsvoll weiterentwickelt und Fehlanreizen für eine

Überversorgung und ein Überangebot an Krankenhausleistungen bereinigt werden.

Unabhängigkeit des Robert Koch-Instituts sichern

Wir Freie Demokraten wollen dem Robert Koch-Institut (RKI) politische Unabhängigkeit garantieren.

Der Präsident und ein neu zu schaffender Vorstand sollen in fachlichen Fragen weisungsunabhängig

sein. Der Staat muss auf pandemische Notlagen mit verhältnismäßigen Maßnahmenreagieren

können. Dazu bedarf es einer klaren rechtlichen Definition. Das RKI darf keine politikabhängige

Behörde sein, sondern ist nach dem Vorbild der Deutschen Bundesbank zu einer unabhängigen

Institution umzuwandeln.

Versorgungssicherheit mit Arzneimitteln gewährleisten

Wir Freie Demokraten wollen die Versorgung mit Arzneimitteln und Impfstoffen jederzeit

gewährleisten. Engpässe in der Versorgung müssen vermieden und bekämpft werden. Dazu sind

Maßnahmen zu ergreifen, die das Ziel haben, die Herstellung von Arzneimitteln nach Deutschland

oder die EU zurück zu verlagern. Im Mittelpunkt stehen dabei der Abbau von Bürokratiepflichten, die

Prüfung von Investitionsbezuschussungen für Produktionsstätten, sowie die Prüfung von Zuschüssen

zur Gewährung der Versorgungssicherheit.

Gesundheitswesen digitalisieren

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung im Gesundheitswesen durch klare und transparente

Rahmenbedingungen voranbringen. Dazu benötigen wir offene Standards, Interoperabilität und

Datensicherheit. Die Vernetzung zwischen allen Gesundheitsakteuren und Patienten muss digital

ausgestaltet sein. Nur so ist eine schnelle Verfügbarkeit der Patientendaten sicherzustellen. Die

Digitalisierung ist kein Wert an sich, sondern hat das Potential den Arbeitsalltag von allen

Gesundheitsakteuren zu erleichtern. Krankenhäuser sind Innovationsmotoren in der

Krankenversorgung. Digitale Infrastruktur und robotische Assistenzsysteme wollen wir hier gezielt

fördern.

Gesundheitswesen entbürokratisieren

Wir Freie Demokraten wollen die Entbürokratisierung des Gesundheitswesens vorantreiben. Dazu

fordern wir eine „Bepreisung" der Bürokratie- und Berichtspflichten. Bezahlen soll sie künftig

derjenige, der sie anfordert. Dies schärft den Fokus auf die Behandlung und Pflege von Patienten und

verhindert kleinteilige Gesetze und Verordnungen. Seit Jahren klagen sämtliche Akteure im

Gesundheitswesen über zunehmende bürokratische Auflagen, die nicht zu einer Verbesserung der

Versorgung führen. Im Gegenteil: Es bleibt weniger Zeit für die Patientinnen und Patienten.

29Präventionsgesetz reformieren

Wir Freie Demokraten wollen das Präventionsgesetz reformieren. Wir setzen auf Überzeugung statt

Bevormundung. Wir wollen bereits Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Schulen und in der

Ausbildung einen gesunden Lebensstil vermitteln und damit die Verhütung von Krankheiten

ermöglichen. Im Sinne eines lebenslangen Gesundheitslernens sollen aber auch Erwachsene

entsprechende Informationen erhalten können. Der Prävention, Krankheitsfrüherkennung und

Gesundheitsförderung kommen eine wichtige Bedeutung zu, die nicht nur das Gesundheitswesen

umfasst, sondern altersunabhängig die gesamte Gesellschaft.

Kontrollierte Freigabe von Cannabis

Wir Freie Demokraten fordern eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Wir setzen uns dafür ein,

den Besitz und Konsum für volljährige Personen zu erlauben. Nur mit einem Verkauf in lizenzierten

Geschäften kann die Qualität kontrolliert und die Weitergabe von verunreinigten Substanzen

verhindert sowie der Jugendschutz gewährleistet werden. Wenn Cannabis ähnlich wie Zigaretten

besteuert wird, können jährlich bis zu einer Milliarde Euro eingenommen werden. Zu beachten bleibt

jedoch, dass eine zu hoch angesetzte Steuer und damit ein entsprechend hoher Preis nicht zur

effektiven Eindämmung des Schwarzmarktes führen wird. Das zusätzliche Geld soll für Prävention,

Suchtbehandlung und Beratung eingesetzt werden. Das Verbot von Cannabis kriminalisiert unzählige

Menschen, bindet immense Polizeiressourcen und erleichtert durch illegalen Kontakt zu Dealern den

Einstieg zu härteren Drogen.

Faire Rahmenbedingungen für Innovation im Gesundheitswesen

Wir Freie Demokraten fordern mehr Anstrengungen für Innovationen bei Arzneimitteln,

Medizintechnik und Digitalisierung, denn das benötigen wir für ein gutes Leben und für

zukunftsfähige Arbeitsplätze. Sie müssen ein Schwerpunkt in der Forschungsförderung sein, mit

unbürokratischer Vergabe von Fördergeldern, gerade an Startups. Damit private Investitionen

mobilisiert werden, muss geistiges Eigentum im Patentrecht strikt geschützt bleiben, auch bei

Arzneimitteln für seltene Erkrankungen.

Der Freie Beruf ist das Fundament einer liberalen Gesundheitsversorgung

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass auch weiterhin die freien Berufe im

Gesundheitswesen gestärkt werden. Niedergelassene Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Apotheker,

Heilmittelerbringer und Hebammen müssen in medizinischen Fragen autonom und frei von

Weisungen Dritter entscheiden können. Denn die Therapiefreiheit der Behandlung ohne

Budgetierungszwang kommt den Patienten zugute. Freiheit und Verantwortung sind die Basis der

Vertrauensbeziehung zwischen Arzt und Patient.

Selbstbestimmung auch am Lebensende

Wir Freie Demokraten fordern ein liberales Sterbehilfegesetz. Es soll klar regeln, unter welchen

Voraussetzungen Menschen Hilfe zur Selbsttötung in Anspruch nehmen und leisten dürfen. Es muss

auch die Möglichkeit geben, ein letal wirkendes Medikament zu erhalten. Voraussetzung muss sein,

dass der Wunsch frei und eigenverantwortlich, sowie im Vollbesitz der geistigen Kräfte gebildet

wurde. Für uns gilt das Selbstbestimmungsrecht auch am Lebensende.

30Medizinische Versorgungsstrukturen gemeinsam planen

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass jede Patientin und jeder Patient die beste

Versorgung sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich erhält. Dafür muss die

Gesundheitsversorgung durch eine bessere Verzahnung und Vernetzung aller Versorgungsbereiche

patientenzentriert weiterentwickelt und die ambulant-stationäre Sektorengrenze abgebaut werden.

Integrierte Gesundheitszentren sichern die regionale Grundversorgung mit ambulanten und

kurzstationären Behandlungen. Dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ muss weiterhin konsequent

Rechnung getragen werden. Die Bedürfnisse des ländlichen Raums mit seiner besonderen

Versorgungsstruktur sollen durch entsprechende Programme berücksichtigt werden. Die gesetzlichen

Vergütungsregelungen erschweren es derzeit, Behandlungsmethoden aus dem Krankenhaus in den

ambulanten Sektor zu überführen. Für die Dauer der Entscheidungsverfahren muss die stationäre

Vergütung erhalten bleiben, damit kein Patient unversorgt bleibt.

Psychische Gesundheit fördern - weniger Wartezeiten

Wir Freie Demokraten wollen die Wartezeiten auf einen Therapieplatz reduzieren, Prävention und

Aufklärung stärken sowie die Ausbildung der psychologischen Psychotherapeuten weiterentwickeln.

Psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und

soziale Teilhabe. Durch die Förderung von psychischer Gesundheit und der Prävention wird die

Gesellschaft sensibilisiert und Einzelnen kann schnell geholfen werden.

Mehr Wettbewerb zwischen Krankenkassen ermöglichen

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen qualitäts-, effizienz- und innovationssteigernden

Wettbewerb unter den Kassen ein. Dieser sorgt dafür, dass Patientinnen und Patienten gut versorgt

werden und schneller vom medizinischen Fortschritt profitieren. Dazu wollen wir den gesetzlichen

Spielraum für Verträge zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern ausweiten, um innovative

Versorgungsformen zu stärken. Krankenkassen sollen ihren Versicherten finanzielle Anreize wie

bspw. Selbstbeteiligungen, Bonuszahlungen oder Beitragsrückerstattungen anbieten dürfen. Dadurch

kann Nachfrage gesteuert, Bürokratie abgebaut und Wirtschaftlichkeitsreserven erhöht werden.

Mündige Bürger auch in der Krankenversicherung

Wir Freie Demokraten wollen den Wechsel zwischen gesetzlicher (GKV) und privater (PKV)

Krankenversicherung vereinfachen. Wir stehen für ein solidarisches und duales Gesundheitssystem,

in dem die Wahlfreiheit des Versicherten durch Krankenkassen- und Krankenversicherungsvielfalt

gewährleistet ist. Dazu gehört neben einer starken privaten auch eine freiheitliche gesetzliche

Krankenversicherung. Diese soll Versicherten- und Patienteninteressen in den Mittelpunkt rücken

und Möglichkeiten bieten, aus verschiedenen Modellen zu wählen.

Faire Wettbewerbsbedingungen für Apotheken

Wir Freie Demokraten wollen die flächendeckende Versorgung mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln,

sowie eine qualifizierte Beratung von Patientinnen und Patienten. Wir fordern faire

Rahmenbedingungen zwischen inländischen Apotheken und in- und ausländischen

Versandapotheken. Ein pauschales Versandhandelsverbot für rezeptpflichtige Arzneimittel lehnen

wir ab, denn alle Patienten sollten eine Wahlfreiheit haben. Außerdem muss jederzeit die freie

Apothekenwahl gewährleistet haben.

31Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Wir Freie Demokraten fordern die vollständige und umfassende Barrierefreiheit im öffentlichen

Raum. Barrierefreie Mobilität ist Bewegungsfreiheit. Von ihr profitieren Menschen mit

Behinderungen, Familien mit Kindern, ältere Menschen und wir alle, denn Einschränkungen der

Mobilität erfährt zeitweise jeder Einzelne.

Freie Wahl beim Wohnen – mehr Selbstbestimmung für Menschen mit Behinderungen

Wir Freie Demokraten wollen Wahlfreiheit für Menschen mit Behinderungen. Unabhängig von der

Wohnform und vom Wohnort sollen sie Anspruch auf alle Leistungen aus der Sozialversicherung

haben. Damit jeder selbst über seine Angebote bestimmen kann, wollen wir das persönliche Budget

einfach und unbürokratisch nutzbar machen. Damit ermöglichen wir mehr Selbstbestimmung für

Menschen mit Behinderungen.

Pflege

Jeder kann im Alter oder durch eine Krankheit in die Situation geraten, dass er seinen Alltag nicht

mehr alleine bewältigen kann. Wir setzen uns für eine menschliche und qualitativ hochwertige Pflege

in Deutschland ein. Die Realität ist allerdings: In Deutschland haben wir einen zunehmenden Mangel

an Pflegefachkräften und zu viel Bürokratie. Die Pflegefachkräfte sind oftmals überlastet und die

individuelle Zuwendung kommt viel zu kurz. Wir Freie Demokraten wollen mehr Zeit für Zuwendung

ermöglichen – durch einen umfassenden Bürokratieabbau, bessere Arbeitsbedingungen und

Digitalisierung im Pflegebereich.

Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern

Wir Freie Demokraten wollen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern. Eine Einschränkung

oder ein pauschales Verbot der Zeitarbeit lehnen wir ab. Immer mehr Pflegekräfte haben sich für

einen Wechsel in die Zeitarbeit entschlossen, um selbst darüber entscheiden zu können, welche

Dienste sie übernehmen. Zeitarbeit ist ein Teil der Realität in der Pflege. Wir setzen uns für einen

besseren Ausgleich zwischen Arbeit und Privatleben ein.

Reform der Pflegeausbildung

Wir Freie Demokraten fordern eine Reform der Pflegeausbildung. Wir wollen mehr digitale Inhalte,

eine Stärkung der pflegerischen Kompetenzen und eine leistungsgerechte Durchlässigkeit in

Pflegeberufen. Auch für Haupt- und Gesamtschüler kann der Weg von der Pflegeassistenz zur Pflege-

Professur Realität werden, wenn die Ausbildungsgänge aufeinander aufbauen. Nach einer

erfolgreichen Ausbildung zum Pflegeassistenten soll der Zugang zur Pflegefachkraft-Ausbildung offen

sein.

Bedarfsgerechte Pflege statt starrer Quoten

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine bedarfsgerechte Versorgung ein und fordern die Abkehr

von den Pflegepersonal-Untergrenzen. Pflege muss sich am Bedarf der Menschen orientieren, nicht

an starren Regeln. Wir brauchen ein geeignetes Instrument wie die Pflegepersonal-Regelung 2.0. Die

Pflegeaufgaben sollen fach- und ausbildungsgerecht sowie am Bedarf des Pflegeempfängers

orientiert übernommen werden. Im Bereich der pflegerischen Versorgung im Krankenhaus muss eine

bedarfsgerechte Versorgung vorangetrieben werden.

32Digitalisierungsschub und Entbürokratisierung für die Pflege

Wir Freie Demokraten wollen die Arbeit in der Pflege durch digitale Anwendungen, Automatisierung

und Robotik entlasten. Von elektronischer Patientenkurve über automatisierte

Medikamentenausgabe bis hin zu robotischen Lagerungshilfen ist vieles denkbar. Digitale

Anwendungen können maßgeblich zur Erleichterung des Arbeitsalltags Pflegender beitragen. Sie

helfen auch Risiken für die Pflegebedürftigen, z.B. bei Medikationsänderungen, zu vermeiden. Die

Arbeitszeit der Pflegenden sollte der Zuwendung vorbehalten sein und nicht der Bewältigung von

bürokratischen Anforderungen.

Pflegende Angehörige entlasten

Wir Freie Demokraten wollen ein Online-Register für freie Kurzzeitpflegeplätze und eine ständig

erreichbare Beratungshotline einführen, um pflegende Angehörige zu entlasten. Insbesondere zur

Unterstützung der Betreuung von Menschen mit Demenz braucht es mehr aufsuchende Beratung

und den Ausbau demenzfreundlicher Quartiere. Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule der

pflegerischen Versorgung in unserem Land. Sie benötigen dringend mehr Unterstützung und

niedrigschwellige Beratungsangebote.

Liberales Pflegebudget einführen

Wir Freie Demokraten fordern die Einführung des Liberalen Pflegbudgets. Jede Person soll selbst

entscheiden, welche Hilfe und Leistungen bei der Gestaltung des Alltags am besten sind. Dazu wollen

wir alle Leistungsansprüche der jeweiligen Pflegegrade in ein monatliches Budget überführen, über

das unbürokratisch und transparent verfügt werden kann. Damit leisten wir auch einen Beitrag gegen

Altersarmut.

Drei-Säulen-Modell für Pflege

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine nachhaltige, generationengerechte Finanzierung der Pflege

ein. Wir wollen mittelfristig analog zur Rente ein Drei-Säulen-Modell für die Pflege bestehend aus

Umlagefinanzierung, privater und betrieblicher Vorsorge einführen. Eine Pflege-Vollversicherung

lehnen wir ab, ebenso eine Bürgerversicherung. Eigenverantwortung endet nicht bei der

Pflegebedürftigkeit. Mit Blick auf den demographischen Wandel sowie die Entwicklung der

Sozialabgaben ist es unvertretbar, die Pflegefinanzierung allein auf zukünftige Generationen

abzuwälzen.

Modernes Recht für starke Familien

Die wichtigsten Entscheidungen sind oft die persönlichsten. Wen wir lieben, wie wir lieben, wie wir

leben, wie wir Kinder erziehen und aufziehen – darin müssen alle frei sein. Für uns ist Familie überall

dort, wo Menschen dauerhaft und verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Wir Freie

Demokraten wollen eine moderne Familienpolitik für Deutschland, in der jede Familie ihre

Entscheidungen selbst treffen kann. Wir setzen uns für ein modernes Sorge-, Adoptions-

Reproduktions- und Abtreibungsrecht ein.

Kinderchancengeld einführen

Wir Freie Demokraten wollen ein Kinderchancengeld. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und

nichtmateriellem Chancenpaket. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe werden

ausgeweitet und können von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein Kinderchancenportal

33kinderleicht abgerufen werden. Das Kinderchancengeld ist einfach, digital und ermöglicht echte

Aufstiegschancen.

Update für das Elterngeld

Wir Freie Demokraten wollen das Elterngeld entbürokratisieren und digitalisieren und den

Partnerschaftsbonus flexibilisieren. Ungerechtigkeiten wie beim Insolvenzgeld oder bei

Mischeinkünften wollen wir abbauen. Auch das ElterngeldPlus und den Partnerschaftsbonus passen

wir der Lebensrealität der Familien an.

Rechtsanspruch auf Partnermonate verlängern – Familien stärken

Wir Freie Demokraten wollen den Rechtsanspruch auf „Partnermonate“ beim Elterngeld auf drei

Monate verlängern. Damit erhöht sich die Bezugsdauer auf maximal 15 Monate. Das gilt auch für

Alleinerziehende. Die Mindest- und Maximalbeträge wollen wir erhöhen, auch als Inflationsausgleich.

Dadurch wollen wir Anreize für eine ausgewogenere Aufteilung der Familienarbeit zwischen den

Elternteilen schaffen.

Höhere Freibeträge für Familien und Alleinerziehende

Wir Freie Demokraten wollen Familien und Alleinerziehende entlasten. Dazu wollen wir den Kinder-

und Auszubildendenfreibetrag sowie den Freibetrag für Alleinerziehende anheben. Auch die

steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten, gesetzlichen Unterhaltsleistungen und

haushaltsnahen Dienstleistungen wollen wir verbessern. Am Splittingverfahren für Ehe- und

eingetragene Lebenspartnerschaften wollen wir festhalten. Ebenso kann es sinnvoll sein, künftig

stärker mit - von der Steuerschuld abzuziehenden - Steuergutschriften zu arbeiten. Dadurch wirken

Freibeträge besser für die niedrigen und mittleren Einkommen.

Heim- und Pflegekinder bei Ausbildung unterstützen

Wir Freie Demokraten wollen das Angebot an Berufs- und Studienberatung in

Jugendpflegeeinrichtungen erweitern. Heim- und Pflegekinder müssen ihr selbstständig verdientes

Geld behalten können. Sie dürfen nicht mehr zur Finanzierung ihrer Unterbringung herangezogen

werden. Zudem muss eine Verlängerung der Unterbringung im Jugendheim oder bei Pflegefamilien

auch über das 18. Lebensjahr hinaus unkompliziert möglich sein, solange die Jugendlichen noch zur

Schule gehen oder sich in einer Berufsausbildung befinden. So erleichtern wir den Betroffenen die

Erlangung von Berufs- und Schulabschlüssen, einschließlich der Hochschulreife.

Modernes Fortpflanzungsmedizingesetz schaffen

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Fortpflanzungsmedizingesetz. Wir fordern die

Legalisierung der Eizellspende sowie die Klarstellung, dass die Embryonenspende zulässig ist. Wir

wollen außerdem die nichtkommerzielle Leihmutterschaft ermöglichen und fordern hierfür einen

klaren Rechtsrahmen. Die Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin sollen allen Menschen

unabhängig vom Familienstand und der sexuellen Orientierung zugänglich sein.

Ungewollt Kinderlose unterstützen

Wir Freie Demokraten wollen eine bessere finanzielle Förderung von Kinderwunschbehandlungen.

Die Bundesförderung darf nicht mehr von einer Landesbeteiligung abhängig sein. Langfristig sollen

die gesetzlichen Krankenkassen die Kosten bei Vorlage einer medizinischen Indikation wieder

vollständig übernehmen. Auch Paare ohne Trauschein und Alleinstehende sollen einen Anspruch auf

Förderung haben.

34Mehrelternschaft und Elternschaftsvereinbarungen rechtlich anerkennen

Wir Freie Demokraten wollen Mehrelternschaften rechtlich anerkennen und rechtswirksame

Elternschaftsvereinbarungen bereits vor der Empfängnis ermöglichen. Bis zu vier Elternteile sollen im

Interesse des Kindeswohls rechtliche Eltern sein können. Eine Überforderung des Kindes im

Erwachsenenalter kann durch Quotierungen von unterhaltsrechtlichen Ansprüchen vermieden

werden. Die Ehefrau der leiblichen Mutter soll von Geburt an automatisch rechtlich zweite Mutter

sein, wenn das Kind mit Hilfe einer nicht-gerichteten Samenspende gezeugt wurde oder der leibliche

Vater anderweitig Einvernehmen erklärt hat.

Adoptionsrecht für alle

Wir Freie Demokraten wollen Adoptionen auch unverheirateten Paaren ermöglichen. Unverheiratete

Paare sollen verheirateten Paaren im Adoptionsrecht gleichgestellt werden. Zur Vermeidung von

Diskriminierung soll das Adoptionsverfahren solange wie möglich anonym sein. Bei

Stiefkindadoptionen soll das Verwandtschaftsverhältnis zu beiden leiblichen Elternteilen erhalten

bleiben können, sofern dies einvernehmlich gewünscht wird und es dem Kindeswohl nicht

widerspricht.

Hebammen entlasten

Wir Freie Demokraten wollen eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Hebammen sowie

innovative Möglichkeiten für altersgerechtes Arbeiten. Von fachfremden Tätigkeiten wollen wir

Hebammen entlasten. Engagierten Schulabsolventen, die die EU-Mindestvorgaben zum Erlernen des

Hebammenberufes nicht erfüllen, wollen wir bezüglich des Ziels einer solide finanzierten 1:1-

Betreuung dennoch ermöglichen, in der Geburtshilfe tätig zu werden. Dafür schlagen wir vor, den

ergänzenden Beruf der „Mütterpflegekraft“ für die Vor- und Nachsorge im Wochenbett einzuführen.

Abschaffung § 219a Strafgesetzbuch

Wir Freie Demokraten fordern § 219a StGB ersatzlos zu streichen. Es ist abwegig, dass sachliche

Informationen auf der Homepage einer Ärztin oder eines Arztes über einen legalen ärztlichen Eingriff

strafbares Unrecht sein sollen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Deutschland nach der Maßgabe

des § 218 StGB legal. Die sachliche Information darüber kann daher kein strafbares Unrecht sein.

Frauen sind vielmehr in einer schwierigen Lage auf genau diese Informationen angewiesen, um

schnell Zugang zu einer seriösen Beratung gerade durch Ärztinnen und Ärzte zu erhalten, die den

Eingriff selbst anbieten. Es ist wichtig, dass Ärztinnen und Ärzte verlässliche Regeln haben, wie sie

informieren dürfen und Frauen ein flächendeckendes und objektives Beratungsnetzwerk zur

Verfügung steht. Eine Konfliktberatung soll auch online durchgeführt werden können.

Selbstbestimmungsgesetz schaffen - geschlechtliche Identität schützen

Wir Freie Demokraten wollen das Transsexuellengesetz abschaffen und durch ein

Selbstbestimmungsgesetz ersetzen. Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand müssen

ohne diskriminierende Hürden grundsätzlich per Selbstauskunft möglich sein. Ein erweitertes

Offenbarungsverbot soll vor Diskriminierung schützen. Aufklärungs- und Beratungsangebote wollen

wir stärken. Die Kosten geschlechtsangleichender Behandlungen müssen vollständig von den

Krankenkassen übernommen werden. Medizinisch nicht notwendige genitalverändernde

Operationen an intergeschlechtlichen Kindern sind wirksam zu verbieten, um deren

Selbstbestimmung zu stärken.

35Verantwortungsgemeinschaft einführen

Wir Freie Demokraten wollen die Verantwortungsgemeinschaft neben der Ehe gesetzlich verankern.

Dabei soll die Ausgestaltung der Rechte und Pflichten innerhalb einer Verantwortungsgemeinschaft

stufenweise variiert werden können. Zwei oder mehr volljährige Personen, die sich persönlich

nahestehen, aber nicht miteinander verheiratet, verpartnert oder in gerader Linie verwandt sind,

sollen eine Verantwortungsgemeinschaft möglichst unbürokratisch gründen können. Die Belange der

Kinder und das Namensrecht bleiben davon unberührt. Auch sollen keine Aufenthaltsberechtigungen

oder eine Arbeitserlaubnis begründet werden. In einer Zeit, in der traditionelle Familienstrukturen

gerade im Alter nicht immer tragen, wächst der Bedarf an neuen Formen gegenseitiger Absicherung.

Der Grundgedanke einer solchen Verantwortungsgemeinschaft ist größtmögliche Flexibilität bei

maximaler Selbstbestimmung.

Wechselmodell zum Leitbild machen

Wir Freie Demokraten wollen das sogenannte „Wechselmodell“ zum gesetzlichen Leitbild bei der

Betreuung minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern machen. Beide Eltern

sollten berechtigt und verpflichtet sein, sowohl für den Unterhalt als auch für die Betreuung mit

einem substantiellen Anteil zu sorgen. Viele Eltern möchten auch nach der Trennung die Kinder

gemeinsam erziehen. Die Politik muss die gesetzlichen Rahmenbedingungen hierfür schaffen und

insbesondere vorsehen, dass die Erziehungsverantwortung gemeinschaftlich ausgeübt wird, wenn

nicht das Kindeswohl entgegensteht.

Umgangsrecht der Großeltern mit Enkelkindern verbessern

Wir Freie Demokraten wollen den für das Kindeswohl wichtigen Umgang von Großeltern mit ihren

Enkelkindern rechtlich auf eine bessere Grundlage stellen. Wir wollen die juristischen und

psychologischen Spielräume nutzen, um Kindern in Notlagen durch ihren möglichst ungehinderten

persönlichen Kontakt mit ihren Großeltern Chancen zur Bewältigung ihrer Krisensituation zu sichern.

Der Umgang der Großeltern mit ihren Enkelkindern ist insbesondere in prekären Familiensituationen,

etwa bei Trennungen oder Scheidungen, für das Kindeswohl von entscheidender Bedeutung.

Schutz der Privatsphäre

Der Schutz der Privatsphäre ist ein Kernanliegen für uns Freie Demokraten. Statt immer

weitergehender Überwachungsbefugnisse wollen wir Polizei und Justiz von unnötiger Bürokratie

befreien sowie besser und moderner ausstatten. Sicherheit muss nicht zulasten der Grundrechte

unbescholtener Bürgerinnen und Bürger gehen.

Selbstbestimmung und Transparenz beim Datenschutz

Wir Freie Demokraten wollen mehr Selbstbestimmung und Transparenz beim Datenschutz.

Personenbezogene Daten dürfen grundsätzlich nur nach Zustimmung oder auf einer eindeutigen

gesetzlichen Grundlage verarbeitet werden. Es muss klar sein, zu welchem Zweck und von wem

Daten verwendet werden. Die informationelle Selbstbestimmung wollen wir erleichtern, zum Beispiel

durch technische Gestaltung (privacy by design and default) oder die Möglichkeit, Assistenz-Systeme

(Personal Information Management Systems (PIMS)) zu nutzen. Personenbezogene Daten sind heute

ein Wirtschaftsgut. Deshalb sollte die informationelle Selbstbestimmung auch im AGB-Recht und

durch zeitliche Grenzen einer Nutzungseinwilligung gestärkt werden. Wir brauchen eine faire und

funktionierende Datenwirtschaftsordnung. Selbstbestimmung über die eigenen Daten ist Grundlage

dafür.

36Datenschutzrecht weiterentwickeln

Wir Freie Demokraten wollen Datenschutz konsequent weiterentwickeln. Wir werden darauf achten,

dass die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen, deren Kerngeschäft nicht der Umgang

mit personenbezogenen Daten ist, stärker berücksichtigt werden. Der bürokratische Aufwand der

Verpflichtungen muss überprüft werden. Datenschutzrechtlich ebenso wirksame, aber weniger

aufwendige technische Lösungen müssen nutzbar gemacht werden. Schon bei der Konstruktion von

Hard- und Software muss der Datenschutz von Herstellern mitgedacht und die Ausübung des Rechts

auf informationelle Selbstbestimmung erleichtert werden. Wir brauchen zielgenauere

datenschutzrechtliche Regelungen etwa beim Schutz von Telekommunikationsdaten oder der

Datenverarbeitung durch Drohnen, um Unternehmen und betroffenen Personen mehr

Rechtssicherheit zu bieten, ohne das Schutzniveau der Datenschutz-Grundverordnung zu

unterschreiten.

Für eine liberale Datenpolitik

Wir Freie Demokraten fordern eine Datenpolitik, die den Prinzipien von Selbstbestimmung über die

eigenen Daten und Wettbewerb dient sowie Innovationen ermöglicht. Für einen echten Wettbewerb

brauchen die Bürgerinnen und Bürger Entscheidungsfreiheit. Diese setzt voraus, dass sie ihre Daten

leicht zu anderen Anbietern mitnehmen können (Datenportabilität). Mittelfristig wollen wir – wie im

Telefonnetz – eine Interoperabilität zwischen Diensten verschiedener Anbieter (zum Beispiel sozialer

Netzwerke) erreichen und die Anbieter dazu verpflichten, die notwenigen Schnittstellen

bereitzuhalten. Wir wollen einen EU-weiten Rechtsrahmen für nicht-personenbezogene Daten

schaffen. Die Nutzer sollen ein Nutzungsrecht an den Daten erhalten, an deren Erzeugung sie

mitgewirkt haben. Eine generelle Datenteilungspflicht lehnen wir ab, denn auch die Kosten der

Sammlung und Aufbereitung nicht-personenbezogener Daten müssen sich amortisieren können.

Stattdessen wollen wir den Zugang zu Datenbeständen sektorbezogen und gegen Entgelt

ermöglichen, wenn ein Wettbewerber keine Chance hat, selbst entsprechende Datenbestände

aufzubauen.

Recht auf Verschlüsselung einführen

Wir Freie Demokraten setzen uns für ein Recht auf Verschlüsselung ein, und fordern eine

grundsätzliche Verschlüsselung elektronischer Kommunikation. Jede Einschränkung des Einsatzes von

Kryptographie und jede Verpflichtung zum Offenhalten von IT-Sicherheitslücken lehnen wir ab. Bei

der Verschlüsselung von Daten und des Netzverkehrs geht es um den Schutz des Eigentums, der

Privatsphäre und der Vertraulichkeit der Kommunikation.

Keine Totalüberwachung mittels Online-Durchsuchung und Quellen-TKÜ

Wir Freie Demokraten lehnen die potentiell lückenlose digitale Überwachung der Menschen durch

den Einsatz von „Staatstrojanern“, insbesondere zur nachrichtendienstlichen Aufklärung, ab. Solange

nicht sichergestellt ist, dass der Kernbereich der privaten Lebensgestaltung der Menschen geschützt

ist, hat ihr Einsatz zu unterbleiben. Für Quellen-TKÜ und Online-Durchsuchung muss derselbe

Maßstab gelten. Statt der Ausnutzung von Sicherheitslücken fordern wir ein

Schwachstellenmanagement für Sicherheitslücken und Priorität für IT-Sicherheit.

Quick Freeze statt Vorratsdatenspeicherung

Wir Freie Demokraten lehnen die anlasslose Speicherung personenbezogener Daten ab. Dies gilt

insbesondere für die anlasslose Speicherung aller Telekommunikationsverbindungsdaten auf Vorrat.

37Eine solche Vorratsdatenspeicherung stellt alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Nach

Ansicht des Europäischen Gerichtshofs verstößt sie daher gegen die europäischen Grundrechte.

Stattdessen schlagen wir Quick-Freeze-Verfahren als grundrechtsschonende Alternative vor. Dabei

können im Verdachtsfall bestimmte Daten auf richterliche Anordnung gesichert werden.

Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum

Wir Freie Demokraten fordern ein Recht auf Anonymität im öffentlichen Raum und lehnen den

Einsatz der automatisierten Gesichtserkennung ab. Videoüberwachung ist kein Ersatz für Beamte und

kein Allheilmittel. Durch den Einsatz von Software zur automatisierten und massenhaften

Gesichtserkennung im öffentlichen Raum droht eine Totalüberwachung. Eine flächendeckende

Videoüberwachung lehnen wir daher ab und sehen auch die Ausweitung privater

Videoüberwachung, die dann für staatliche Zwecken nutzbar gemacht wird, kritisch. Eine intelligente

Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten kann aber eine sinnvolle Maßnahme zur

Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sein, wenn sie verantwortungsvoll eingesetzt wird.

Überwachungsgesamtrechnung einführen – Moratorium für Sicherheitsgesetze

Wir Freie Demokraten fordern eine Überwachungsgesamtrechnung bei jedem

Gesetzgebungsverfahren im Sicherheitsrecht. Bis zu ihrer Einführung fordern wir ein

Sicherheitsgesetz-Moratorium. Die Auswirkungen von neuen Überwachungs- und

Informationserhebungsmaßnahmen müssen im Zusammenhang mit bereits bestehenden

Befugnissen bewertet werden. Dies leistet die Überwachungsgesamtrechnung. Angesichts der

Vielzahl bestehender Überwachungsbefugnisse und zunehmender Überwachungsmöglichkeiten

durch den Einsatz vernetzter Geräte im Alltag ist eine Bilanz dringend geboten.

Bargeld erhalten, Krypto-Währungen fördern

Wir Freie Demokraten setzen uns für die uneingeschränkte Nutzbarkeit von Bargeld als

Zahlungsmittel ein. Bargeld sollte als Alternative zu digitalen Zahlungsformaten bestehen bleiben.

Zugleich wollen wir die Weiterentwicklung von Krypto-Währungen unterstützen. Bargeld ermöglicht

uns, ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren. Zudem setzt die Möglichkeit

jedes Bürgers, auf Bargeld auszuweichen, der Negativzinspolitik der EZB enge Grenzen. Wir begrüßen

zudem alternative Tauschmittel wie Kryptowährungen und wollen sie durch Schaffung eines

verlässlichen und attraktiven rechtlichen Rahmens ebenso wie die Blockchain-Technologie fördern

und weiterentwickeln.

Handlungsfähiger Rechtsstaat

Extremismus und Terrorismus sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene und

freie Gesellschaft. Der Rechtsstaat muss daher besser organisiert sein als das Verbrechen. Wir

brauchen einen handlungs- und durchsetzungsstarken Rechtsstaat, der Sicherheit und Freiheit

gleichermaßen sichert. Dazu wollen wir Freie Demokraten Polizei und Justiz besser ausstatten,

unsere Sicherheitsarchitektur erneuern und den Feinden des Rechtsstaats entschieden

entgegentreten.

Strafprozess effektiver, schneller, moderner und praxistauglicher machen

Wir Freie Demokraten wollen Strafprozesse effektiver, schneller, moderner und praxistauglicher

machen – ohne dass sich dies einseitig zu Lasten der Rechte des Beschuldigten und dessen

Verteidigung auswirkt. Dazu wollen wir den deutschen Strafprozess, dessen Grundstruktur noch aus

dem Kaiserreich stammt, grundlegend modernisieren. Der Rechtsstaat muss auch in komplexen und

38exponierten Verfahren seine Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. So muss der Strafprozess

digitaler und kommunikativer werden. Vernehmungen und Hauptverhandlung müssen in Bild und

Ton aufgezeichnet werden – das ist international Standard. Hauptverhandlungen könnten

konzentrierter und schneller durchgeführt werden, wenn das Gericht mit Verteidigung und

Staatsanwaltschaft Gespräche über die Verfahrensgestaltung führen könnte.

Gerichtsverfahren modernisieren und beschleunigen

Wir Freie Demokraten wollen Gerichtsverfahren modernisieren und beschleunigen. In einem

Digitalpakt für die Justiz soll sich der Bund daran beteiligen, die technische Ausstattung der Justiz in

den Ländern deutlich zu verbessern, um z.B. virtuelle Verhandlungen zu ermöglichen. Wir wollen

außerdem den Zugang zum Recht erleichtern, indem geringfügige Forderungen in einem vollständig

digitalen, kostengünstigen und schnellen Verfahren geltend gemacht werden können. Auch

international wollen wir den Justizstandort Deutschland stärken. Wir Freie Demokraten fordern

einen eigenen Internationalen Handelsgerichtshof für Deutschland.

Legal Tech nutzen: Anwaltliches Berufsrecht modernisieren

Wir Freie Demokraten wollen einen Rechtsrahmen für Legal Tech-Unternehmen schaffen und auch

das anwaltliche Berufsrecht modernisieren. Wir wollen das Verbot von Erfolgshonoraren abschaffen

und das Fremdbesitzverbot lockern. Wir erleichtern die Durchsetzung kleiner Forderungen, für die

der Rechtsweg bislang zu teuer oder zu mühsam ist. Der Rechtsrahmen soll klare Anforderungen an

Qualität und Sachkunde von Legal Tech-Unternehmen festlegen. Damit stärken wir Wettbewerb und

Verbraucherschutz.

Föderalismusreform III: Klare Zuständigkeiten in der Sicherheitsarchitektur

Wir Freie Demokraten fordern eine Föderalismuskommission III von Bund und Ländern. Die

Kommission soll Vorschläge für eine Reform der Sicherheitsarchitektur unterbreiten, etwa durch eine

Reduzierung der Anzahl der Landesämter für Verfassungsschutz. Zuständigkeiten,

Verantwortlichkeiten und Verfahren müssen klarer werden. Die parlamentarische Kontrolle und

Datenschutzaufsicht muss auch in den Kooperationsplattformen der Sicherheitsbehörden

sichergestellt sein, insbesondere im Gemeinsamen Terrorabwehrzentrum (GTAZ) und im

Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ). Dazu fordern wir für diese

Kooperationsplattformen eine gesetzliche Grundlage, die den Datenaustausch zwischen den

Behörden regelt. Wir wollen hierbei die Aufgaben von Nachrichtendiensten und Polizei voneinander

getrennt halten und dieses Trennungsgebot im Grundgesetz verankern.

Europäisches Kriminalamt schaffen

Wir Freie Demokraten fordern, Europol zu einem echten Europäischen Kriminalamt auszubauen. Die

eigenen operativen Möglichkeiten von Europol müssen ausgedehnt werden. Terrorismus,

organisierte Kriminalität und Cyberkriminalität machen nicht an Landesgrenzen halt. Die

Erkenntnisse der nationalen Sicherheitsbehörden zu grenzübergreifenden Sachverhalten sollen

gemeinsam ausgewertet und Einsätze der Mitgliedstaaten koordiniert werden. Gefährder-

Definitionen und Datenbanken müssen auf europäischer Ebene vereinheitlicht werden und

kompatibel sein.

Kontrolle der Nachrichtendienste durch 3-Säulen-Modell

Wir Freie Demokraten fordern eine umfassende Neuordnung der Kontrolle der Nachrichtendienste

nach einem 3-Säulen-Modell: Die Genehmigung der Überwachung und die

39Gesetzmäßigkeitskontrolle der Nachrichtendienste soll in richterlicher Unabhängigkeit erfolgen. Die

parlamentarische Kontrolle soll verbessert und die Rechte der Parlamentsminderheit gestärkt

werden. Ein unabhängiger Parlamentarischer Nachrichtendienstbeauftragter soll dabei unterstützen,

die Nachrichtendienste zu kontrollieren und auch Einblick in sensible Informationen anderer Dienste

erhalten können. Die Rechtsgrundlagen der Kommunikationsüberwachung durch die

Nachrichtendienste sind weitestgehend anzugleichen, da sich die verschiedenen

Kommunikationsverkehre nicht mehr auseinanderhalten lassen. Weil der Einsatz

nachrichtendienstlicher Mittel für die Betroffenen einen massiven Eingriff in ihre Grundrechte

darstellt, ist den betroffenen Personen sowie den Telekommunikationsunternehmen effektiver

Rechtsschutz zu gewähren und eine praktisch wirksame Klagebefugnis gegen

Überwachungsmaßnahmen einzuräumen. Eine Überwachung muss dem Betroffenen nach Abschluss

der Maßnahmen mitgeteilt werden. Schon vor einer Entscheidung ist ein Bürgeranwalt anzuhören,

der die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger vertritt.

Innere Führung bei der Polizei

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schaffung eines Beirats Innere Führung bei der Polizei ein,

der Kriterien für Fehlerkultur und Selbstreflexion in der Polizeiarbeit erarbeiten soll. Das

Fehlverhalten einzelner Beamter einschließlich der Bedingungen, die zu dem Fehlverhalten geführt

haben, müssen aufgeklärt werden. Damit wollen das Vertrauen in die Polizei stärken. Denn die große

Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten leistet eine hervorragende Arbeit. Es darf daher keinen

Generalverdacht gegenüber unserer Polizei geben. Auch die deutsche Polizeiausbildung ist im

internationalen Vergleich besonders gut. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu Radikalisierung,

Extremismus und Rassismus müssen in der Ausbildung dennoch ebenso wie die Sensibilität für

Diskriminierung eine stärkere Rolle spielen. Wir verurteilen Angriffe auf Einsatzkräfte scharf. Deshalb

fordern wir eine bessere Dokumentation von Gewalt und Übergriffen gegen Polizeibeamtinnen und -

beamte sowie andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Polizeiliches Handeln muss immer

nachvollziehbar sein, wir fordern daher eine pseudonyme Kennzeichnungspflicht für Beamtinnen und

Beamte

Bessere Ausstattung und Ausrüstung der Polizei

Wir Freie Demokraten fordern eine bessere Personal- und Sachausstattung für die Polizei. Dafür

wollen wir entsprechende Mittel bereitstellen. Insbesondere wollen wir mit einem Digitalpakt dafür

sorgen, dass Polizistinnen und Polizisten in Deutschland hier mit dem neusten Stand der Technik

ausgerüstet sind. Denn die schärfsten Gesetze helfen nicht weiter, wenn sie mangels Personal oder

fehlender Ausrüstung nicht durchgesetzt werden können. Zusätzlich wollen wir die Polizei durch eine

Aufgabenkritik entlasten. Wir wollen beispielsweise prüfen, ob die Zuständigkeit bei Ruhestörungen,

Objektschutz oder der Aufnahme von Verkehrsunfällen ohne Verletzte auch auf andere Behörden

verlagert werden kann. Damit stärken wir unseren Rechtsstaat und erleichtern den Kampf gegen das

Verbrechen.

Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz

Wir Freie Demokraten stehen für ein Waffenrecht mit Augenmaß und Konsequenz. Dabei muss

zwischen den Besitzern von Legalwaffen wie Sportschützen und Jägern und zwischen dem illegalen

Waffenbesitz sowie dem Waffenbesitz durch gefährliche Personen strikt unterschieden werden. Die

jüngsten Verschärfungen des Waffenrechts haben die Besitzer von Legalwaffen wie Sportschützen

und Jäger mit zusätzlicher unnützer Bürokratie überzogen. Der Bund sollte eine Generalrevision des

40Waffenrechts unternehmen, um Praktikabilität und Praxisnähe zu verbessern. Gefährder und

Extremisten dürfen keine Waffen besitzen. Dazu muss der Datenaustausch der beteiligten Behörden

verbessert und der illegale Waffenhandel auf europäischer Ebene stärker bekämpft werden.

Starker Verbraucherschutz orientiert am Leitbild der mündigen Verbraucherinnen und Verbraucher

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen Verbraucherinnen- und Verbraucherschutz ein, der den

mündigen Verbraucherinnen und Verbrauchern Optionen und eine informierte und souveräne

Entscheidung ermöglicht. Wir vertrauen auf die Selbstbestimmung der Verbraucherinnen und

Verbraucher. Deshalb lehnen wir eine bevormundende Verbraucherpolitik ab, die zum Beispiel die

Dauer bestimmter Verträge schematisch begrenzt. Selbstbestimmung setzt aber eine freie und

informierte Entscheidung voraus, die auch die Zwänge und Grenzen berücksichtigt, denen

Verbraucherinnen und Verbraucher unterliegen. Dies wollen wir ermöglichen, indem wir uns

insbesondere zur besseren Vergleichbarkeit bei Langzeitverträgen für die Ausweisung monatlicher

Durchschnittspreise aussprechen. Zudem wollen wir die Durchsetzung von Verbraucherrechten

vereinfachen, zum Beispiel durch SmartContracts, die eine automatische Entschädigung von

Verbraucherinnen und Verbrauchern bei Verspätungen vorsehen.

Presse- und Meinungsfreiheit schützen

Presse- und Meinungsfreiheit sind Grundpfeiler unserer liberalen und offenen demokratischen

Gesellschaft. Denn unsere Gesellschaft lebt von einem freien und unbefangenen Wettstreit der

Meinungen. Leider nehmen Straftaten, Hass und Hetze im Internet weiter zu. Der Staat steht hier in

der Pflicht, entschieden zu handeln – und Persönlichkeitsrechte sowie die freie Meinungsäußerung

effektiv zu schützen.

Netzwerkdurchsetzungsgesetz abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) abschaffen und durch

einen Regulierungsmix ersetzen, der den Schutz der Meinungsfreiheit in vollem Umfang

gewährleistet. Wir setzen uns für eine effektivere Verfolgung von Straftaten im Netz ein. Das NetzDG

setzt bisher einseitig einen Anreiz zur Löschung von Inhalten und legt die Entscheidung über die

Grenzen der Meinungsfreiheit allein in die Hände sozialer Netzwerke. Deren Einfluss wollen wir

durch Einrichtungen der Selbstregulierung als Beschwerdeinstanz verringern. Es ist primär Aufgabe

des Staates, gegen strafbare Handlungen im Netz vorzugehen.

Opferschutz bei Straftaten und Persönlichkeitsrechtsverletzungen im Internet stärken

Wir Freie Demokraten wollen Opfer von Straftaten im Internet in die Lage versetzen, sich zu wehren,

indem sie – wie im Urheberrecht – einen Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internetprovider

erhalten. Bleibt die Täterin oder der Täter anonym und reagiert nicht auf eine Kontaktaufnahme,

sollte auch eine Sperrung des Accounts in Betracht kommen. Soziale Netzwerke sollen zudem

umfassend zuständige Zustellungsbevollmächtigte im Inland benennen müssen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine Auftrags- und Strukturreform

Wir Freie Demokraten wollen einen moderneren und schlankeren öffentlich-rechtlichen Rundfunk

(ÖRR), der sich primär auf Nachrichten, Kultur, politische Bildung und Dokumentationen

konzentrieren soll. Dies wirkt sich dämpfend auf den Rundfunkbeitrag aus. Die Zahl der Fernseh- und

Hörfunkkanäle, die von den Rundfunkanstalten betrieben werden, ist kritisch zu überprüfen. Nicht

erforderliche Parallelangebote sind zu vermeiden. Im Internet sollte der ÖRR auf Bereiche begrenzt

sein, die mit klassischem Rundfunk vergleichbar sind oder in direktem Zusammenhang mit ihm

41stehen. Ein funktionierendes duales Mediensystem braucht Ausgewogenheit. Die

Verhältnismäßigkeit zwischen Rundfunkbeitrag und Wettbewerb muss gewahrt sein. Konkurrenz zu

jedem Internet-Angebot privater Presse- und Medienhäuser ist nicht Aufgabe des ÖRR. Wir wollen

die Medien- und Meinungsvielfalt stärken.

Presseauskunftsgesetz und Schutz der Arbeit der Presse

Wir Freie Demokraten fordern ein Presseauskunftsgesetz auf Bundesebene und die Erfassung von

Angriffen auf Medien in der polizeilichen Kriminalstatistik. Whistleblower sollten nicht strafrechtlich

belangt werden, wenn sie Straftaten oder rechtswidriges Verhalten offenbaren. Voraussetzung ist,

dass sie vorher den Dienstweg ausgeschöpft haben oder dieser unzumutbar war. Whistleblower

sollen auch vor der Strafverfolgung durch ausländische Staaten geschützt werden.

Demokratie und Parlamentarismus

Unsere Demokratie und unsere Freiheit sind bedroht durch Extremismus, durch Populismus und

durch Gleichgültigkeit. Für uns Freie Demokraten ist es daher eine Kernaufgabe, die liberale

Demokratie mit Leben zu erfüllen, sie fortzuentwickeln und zu verteidigen.

Amtszeitbegrenzung für Bundeskanzler

Wir Freie Demokraten wollen die Amtszeit von Bundeskanzlerinnen und Bundeskanzlern auf maximal

zwei volle Wahlperioden beziehungsweise maximal zehn Jahre beschränken. Demokratie lebt auch

vom Wechsel der verantwortlichen Persönlichkeiten. Ämter in einer Demokratie sollten deshalb

grundsätzlich immer Ämter auf Zeit sein.

Legislaturperiode auf 5 Jahre verlängern, Wahlen bündeln

Wir Freie Demokraten wollen die Legislaturperiode des Deutschen Bundestages von vier auf fünf

Jahre verlängern. Die Wahltermine der Länder sollen stärker gebündelt werden. Eine

Legislaturperiode wird zu Beginn wesentlich durch die Zeit für Sondierungsgespräche und

Koalitionsverhandlungen, zum Ende hin durch den Wahlkampf bestimmt. Angesichts der Komplexität

vieler Gesetze ist es sinnvoll, die Legislaturperiode und damit auch die Regierungszeit zu verlängern.

Zugleich würden weniger Wahltermine den Dauerwahlkampf verhindern.

Bundestag verkleinern

Wir Freie Demokraten wollen einen immer weiter wachsenden Bundestag verhindern. Durch

Überhang- und Ausgleichsmandate überschreitet der Bundestag mit 709 Abgeordneten aktuell die

vom Bundeswahlgesetz vorgesehene Zahl von 598 Abgeordneten deutlich. Das erschwert nicht nur

die Arbeit im Parlament, sondern ist auch kostspielig. Wir schlagen deshalb vor, die Anzahl der

Wahlkreise und damit der Direktmandate auf 250 zu beschränken. Damit reduzieren wir die

Wahrscheinlichkeit von Überhangmandaten. Außerdem wollen wir das sogenannte

Mindestsitzzahlverfahren abschaffen, weil es zu einer erheblichen Vergrößerung des Bundestages

führen kann. Der Grundsatz, dass jede Stimme gleichviel zählt, darf im Zuge einer Reform des

Wahlrechts nicht angetastet werden.

Wahlrecht ab 16

Wir Freie Demokraten fordern eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum

Deutschen Bundestag und Europäischen Parlament. Als Voraussetzung dafür ist die politische Bildung

an allen Schulformen zu verstärken. Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Partizipation. Es

ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des

42gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen

Verantwortung wahr, werden aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dabei sind sie

diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Das Wahlrecht ab 16

ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Tolerante und weltoffene Gesellschaft

Wir Freie Demokraten treten für eine Gesellschaft ein, in der jede und jeder unabhängig von

Herkunft, Aussehen, Religion oder politischer Ansichten, frei leben und sich frei äußern kann.

Menschenrechte, Meinungsfreiheit und der Schutz von Minderheiten sind für unser Zusammenleben

unverzichtbar. Wir Freie Demokraten machen uns daher stark für unsere freiheitliche Gesellschaft

und gegen Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus und Homophobie.

Für einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gegen jede Form von Extremismus

Wir Freie Demokraten verurteilen jede Form des Extremismus. Politischen Extremismus von Rechts-

bis Linksextremismus lehnen wir ebenso ab wie religiös oder nationalistisch motivierten

Extremismus. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die Überhöhung der eigenen Gruppe oder

Nation und die Herabwürdigung anderer sowie Drohungen und Gewalt verfügen niemals über eine

moralische Überlegenheit. Die wissenschaftliche Expertise in den Sicherheitsbehörden bei der

Bekämpfung verschiedener Extremismusformen muss ausgebaut werden. Der Bund sollte die

Präventionsarbeit und funktionierende Aussteigerprogramme zu unterschiedlichen

Extremismusformen auf eine verlässliche finanzielle Grundlage stellen.

Gemeinsam gegen Rechtsextremismus und Rassismus

Wir Freie Demokraten erkennen die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus als

besondere Herausforderung an. Wir stellen uns Diskriminierung und gruppenbezogener

Menschenfeindlichkeit aktiv entgegen. Rechtsextreme Vereinigungen müssen konsequent verboten

werden. Die Beobachtung rechtsextremer Gefährder muss zügig intensiviert werden. Die

Sicherheitsbehörden müssen sich besser um den Schutz besonders gefährdeter Gruppen und ihrer

Einrichtungen kümmern. Für Menschen mit gefährlichen rechtsextremen Einstellungen ist im

Öffentlichen Dienst kein Platz.

Null Toleranz gegenüber Antisemitismus

Wir Freie Demokraten fordern ein entschiedenes Vorgehen gegen jede Form des Antisemitismus.

Jüdisches Leben in Deutschland und Europa ist für uns eine Bereicherung. Politik und

Sicherheitsbehörden müssen die spezifische Gefährdung jüdischen Lebens ernst nehmen und sich ihr

entschieden entgegenstellen. Es darf keine Toleranz gegenüber irgendeiner Form des Antisemitismus

geben. Jüdische Einrichtungen müssen durch staatliche Maßnahmen effektiv geschützt werden.

Dabei muss auf die Sicherheitsbedenken der Gemeinden eingegangen werden. In Polizei und Justiz

braucht es Ansprechpartner, um antisemitisch motivierte Gefahren und Taten aufzuarbeiten. In der

Schule braucht es Lehrer und Lernmaterialien, um Alltags-Antisemitismus zu entlarven und um

antisemitischen Vorurteilen und Hass vorzubeugen. Dabei sollte die Definition des Antisemitismus

der International Holocaust Remembrance Alliance Orientierungspunkt sein.

Nationaler Aktionsplan gegen Homo- und Transfeindlichkeit

Wir Freie Demokraten fordern die Erweiterung des Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz um den Schutz vor

Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität und ein vollständiges Verbot sogenannter

„Konversationstherapien“. Wir wollen das Blutspende-Verbot für homo- und bisexuelle Männer

43endlich abschaffen. Für die Eignung ist nicht die sexuelle Identität maßgeblich, sondern das

individuelle Risikoverhalten eines jeden Menschen. Wir setzen uns für einen Nationalen Aktionsplan

gegen Homo- und Transfeindlichkeit ein. Dieser soll Diskriminierungen, Beleidigungen und Gewalt

wirksam entgegentreten. Bundes- und Länderpolizeien sollen LSBTI-feindliche Straftaten bundesweit

einheitlich erfassen, sie in ihrer Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit berücksichtigen, die

Ermittlungsdienste entsprechend schulen und LSBTI-Ansprechpersonen benennen. Homo- und

transfeindliche Gewalt muss im Strafgesetzbuch genauso behandelt werden wie rassistische Gewalt.

Beratungs- und Selbsthilfeangebote sowie die schulische und öffentliche Aufklärung über sexuelle

und geschlechtliche Vielfalt wollen wir stärken. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die vor 10

Jahren von den Freien Demokraten initiiert wurde, soll dauerhaft im Bundeshaushalt abgesichert

werden.

Islamismus: Prävention und Deradikalisierung stärken

Wir Freie Demokraten fordern eine gemeinsame Präventionsstrategie von Bund und Ländern gegen

islamistische Radikalisierung. In einem ersten Schritt wollen wir alle bestehenden Präventions- und

Deradikalisierungsprogramme bewerten lassen. Auf Basis der Ergebnisse fordern wir klare und

verbindliche Standards für die Prävention und Deradikalisierung im Bereich des Islamismus,

insbesondere in Gefängnissen. Ebenso ist eine verlässliche Finanzierung von Präventionsprojekten

notwendig. Mit einer solchen Strategie können wir islamistische Radikalisierung verhindern und

nachhaltig bekämpfen.

Vom Staatskirchenrecht zum Religionsverfassungsrecht

Wir Freie Demokraten wollen das Staatskirchenrecht zu einem Religionsverfassungsrecht

weiterentwickeln. Es soll einen passenden rechtlichen Status bieten für alle Religionsgemeinschaften,

die das Gleichheitsgebot und die Glaubensvielfalt, die Grundrechte sowie die Selbstbestimmung ihrer

Mitglieder anerkennen. Im Zuge dessen muss der Verfassungsauftrag der Ablösung der

Staatsleistungen vollzogen werden. Ebenso müssen kirchliche Privilegien im Arbeitsrecht abgeschafft

werden, soweit sie nicht Stellen betreffen, die eine religiöse Funktion ausüben. Wir wollen liberalen

und progressiven Muslimen, die weniger in den muslimischen Verbänden organisiert sind, ein

stärkeres Gewicht einräumen. Ziel muss es sein, dass Glaubensgemeinschaften nicht aus dem

Ausland gesteuert und finanziert werden, sondern von ihren Mitgliedern in Deutschland. Ein

wichtiger Schritt hierzu ist die Ausbildung von Imamen in Deutschland.

Kommunen, Sport und Ehrenamt stärken

Die Kommunen in Deutschland brauchen mehr Freiräume – für Zukunftschancen, Vielfalt und

Zusammenhalt. Wir Freie Demokraten wollen die Lebensqualität in städtischen und ländlichen

Räumen verbessern. Ehrenamt und Sport wollen wir durch gute Rahmenbedingungen unterstützen.

Der Tourismus muss in Krisenzeiten besser unterstützt und für die Zukunft gestärkt werden. In vielen

Regionen Deutschlands sind Tourismusbetriebe wie Hotels und Gaststätten Eckpfeiler für

Wirtschaftswachstum und Beschäftigung.

Entschuldung der Kommunen und Reformen miteinander verbinden

Wir Freie Demokraten sind offen für eine Entschuldung besonders überlasteter Kommunen, die aus

eigener Kraft keine finanzielle Perspektive haben. Viele Kommunen haben durch einen Sparkurs und

strukturelle Reformen in den vergangenen Jahren ihre Schulden zurückbezahlt. Diese Gemeinden

dürfen nicht die Leidtragenden sein, wenn der Bund andere Kommunen in einzelnen Ländern

44entschuldet. Ein mögliches Entschuldungsprogramm des Bundes muss daher in den zulässigen

verfassungsrechtlichen Grenzen mit Infrastrukturprojekten, regionaler Wirtschaftsförderung und

einer grundsätzlichen Reform der Gemeindefinanzen verbunden werden.

Wer bestellt, bezahlt! Wer sich verschuldet, haftet!

Wir Freie Demokraten wollen ein echtes Konnexitätsprinzip im Grundgesetz verankern. Wenn Bund

und Länder neue Aufgaben schaffen, müssen sie diese auch bezahlen. Selbst wenn Mittel des Bundes

für die Kommunen vorgesehen sind, verbleiben diese häufig auf der Ebene der Länder und werden

nicht weitergeleitet. Gleichzeitig sollen Bund, Länder und Kommunen durch eine Insolvenzordnung

für ihre eigenen Schulden haften. Hierzu möchten wir eine Insolvenzordnung für

Gebietskörperschaften schaffen. Heute stehen die Gebietskörperschaften in einer Haushaltsnotlage

als Ultima Ratio füreinander ein. Diejenigen, die gut wirtschaften, müssen die Risiken derjenigen

mittragen, die schlecht wirtschaften. Eigenverantwortung für die Schulden führt zu solideren

öffentlichen Finanzen.

Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale erhöhen

Wir Freie Demokraten wollen die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale angemessen erhöhen.

Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement gehören zu den Grundfesten unserer

Gesellschaft. Von Sport und Kultur über Wohlfahrts- und Sozialarbeit bis hin zu Umweltschutz und

Kommunalpolitik – tausende Menschen erfüllen in ihrer Freizeit elementare Funktionen in unserem

Land. Sie wollen wir unterstützten.

Ehrenamt von Bürokratie und Haftungsrisiken entlasten

Wir Freie Demokraten wollen das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten.

Den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine wollen wir vereinfachen – etwa in den

Bereichen Akquise und Verwaltung Ehrenamt ist mehr als nur Freizeit. Das freiwillige Engagement

tausender Bürgerinnen und Bürger bringt Menschen unabhängig ihres sozialen und kulturellen

Hintergrundes zusammen, stiftet Gemeinschaft und fördert Toleranz.

Bundesfreiwilligendienst (BFD) attraktiver machen

Wir Freie Demokraten wollen die Attraktivität des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) erhöhen. Dazu

fordern wir ein mit dem Freiwilligen Wehrdienst vergleichbares Entgelt, die Eröffnung von

Teilzeitmodellen für den BFD, die Öffnung für neue Zielgruppen sowie die weitere Stärkung des

Freiwilligen Digitalen Jahres. Während wir das freiwillige Engagement junger Menschen begrüßen

und stärker fördern wollen, lehnen wir einen Zwangsdienst ab. Wir wollen junge Menschen selbst

über ihre Zukunft entscheiden lassen und sie nicht gegen ihren Willen zu einem Gesellschaftsjahr

oder einer Dienstpflicht verpflichten. An der Aussetzung der Wehrpflicht halten wir fest.

Werte im Sport schützen

Wir Freie Demokraten wollen Werte im Sport schützen. Fairplay, Respekt, Gewaltfreiheit und

Antidiskriminierung müssen zu selbstverständlichen und gesellschaftlich anerkannten Leitlinien des

Verhaltens aller am Sportleben Beteiligten werden. Dazu erwarten wir neben den Beiträgen der

Politik vor allem zielführende Beiträge der beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) neu

gegründeten unabhängigen Ethik-Kommission. In Zeiten der Corona-Pandemie ist der Zusammenhalt

der Gesellschaft an vielen Stellen gewachsen. Gerade im Sport besteht die Chance, soziale

Kompetenzen, Integrationsbereitschaft und Inklusion nachhaltig zu vermitteln.

45Sport-Großveranstaltungen

Wir Freie Demokraten wollen an Bewerbungen der Bundesrepublik Deutschland für die Ausrichtung

von Sport-Großveranstaltungen festhalten.

E-Sport anerkennen und unterstützen

Wir Freie Demokraten wollen E-Sports als Sport anerkennen. Entsprechende Angebote wollen wir

fördern. Die Gemeinnützigkeit von E-Sports-Vereinen soll anerkannt werden. Die Verbindung aus

sportlicher Betätigung, technischer Innovation und Digitalisierung eröffnet neue Möglichkeiten für

viele Menschen unterschiedlicher Altersklassen. Wir wollen die Innovationswirkung der Games-

Branche nutzen, die Integration und Vernetzung mit dem organisierten Sport fördern und die

Nutzung möglicher positiver Effekte in den Bereichen Prävention und Gesundheit weiter

vorantreiben.

Doping bekämpfen – Schutz für Kronzeugen und Whistleblower

Wir Freie Demokraten wollen das Anti-Doping-Gesetz um eine Regelung zum Schutz von Kronzeugen

und Whistleblowern zu ergänzen. Die Anti-Doping-Arbeit muss von den Sportfachverbänden

losgelöst werden. Auf diese Weise wird der Kampf gegen Doping unabhängiger und schlagkräftiger.

Neben dem technischen Knowhow muss den Zuständigen der Nationalen Anti Doping Agentur

(NADA) ein angemessenes Budget bereitgestellt werden. Damit bekämpfen wir Doping im Sport

effektiver als heute.

Tourismus stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Tourismuswirtschaft nachhaltig stärken. Der Tourismus ist eine

unserer wichtigsten Wirtschaftszweige und braucht Perspektiven für die Zeit nach der Krise. Denn ob

Gaststätten, Hotels oder Reisebüros – sie alle hat die Corona-Pandemie hart getroffen. Zusätzlich

stellen der Fachkräftemangel sowie zahlreiche Bürokratiepflichten gerade kleine und mittlere

Unternehmen vor große Herausforderungen. Unser Ziel ist es, pandemiesicheres Reisen für die

Zukunft zu ermöglichen. Digitale Anwendungen und nachhaltige Hygienekonzepte können hier einen

zentralen Beitrag leisten. Wir wollen daher Anreize für Investitionen schaffen und überflüssige

Bürokratie abschaffen.

Kultur

Deutschland kann auf eine lange Tradition als Kulturnation blicken. Wir Freie Demokraten wollen die

Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens sichern und für alle Menschen in unserem Land zugänglich

machen. Dazu gehört für uns die Stärkung der Kulturförderung sowie der kulturellen Bildung. Wir

setzen uns auch für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaftals als wichtigen Wirtschaftszweig

unseres Landes ein, der von der Corona-Krise besonders hart getroffen wurde.

Kulturförderung nachhaltig stärken

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine Erhöhung des Bundeshaushalts für die nationale und

internationale Kulturförderung ein. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern eine Investition in

die Zukunft unseres Landes. Für eine freie Entwicklung brauchen die Künste Förderung, weil sich

gerade das Neue und Originelle oft jenseits der selbsttragenden Vermarktung findet. Wir wollen

einen Anstieg der institutionellen Förderung zur Stärkung der Institutionen in ihrer Unabhängigkeit.

Damit wird Deutschland seiner Rolle als Kulturnation gerecht.

46Förderung für Selbständige in Kultur- und Kreativwirtschaft

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine starke Kultur- und Kreativwirtschaft als wichtigen

Wirtschaftszweig in Deutschland ein. Wir wollen Förderprogramme auch für kleinere Unternehmen

und Solo-Selbstständige der Kultur- und Kreativwirtschaft öffnen. Förderanträge wollen wir

vereinfachen.

Kultur als Staatsziel

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Kultur als Staatsziel im Grundgesetz durch Aufnahme des

Artikels 20b mit dem Satz „Der Staat schützt und fördert Kultur" festzuschreiben. Ein tief verankertes

Selbstverständnis Deutschlands als Kulturnation würde durch diese Ergänzung bekräftigt. Wir

betrachten dies als eine Werte-Entscheidung, denn es geht um den Schutz geistig-kreativer Arbeit als

Lebensgrundlage vieler tausend Bürgerinnen und Bürger.

Kulturelle Bildung stärken

Wir Freie Demokraten wollen zehn Prozent des jährlichen Budgets öffentlicher und öffentlich

geförderter Kulturorganisationen in kulturelle Bildung investieren. Das kulturelle (Vermittlungs-

)Angebot soll Menschen aller Altersgruppen und unabhängig von sozialer und kultureller Herkunft

offenstehen. Erst kulturelle Bildung öffnet den Zugang zu Kultur für alle.

Erinnerungs- und Gedenkkultur stärken – Gedenkstättenkonzept modernisieren

Wir Freie Demokraten wollen das Gedenkstättenkonzept modernisieren. Die Aufarbeitung und

Vermittlung des Unrechts der beiden deutschen Diktaturen des Nationalsozialismus sowie der DDR

bleibt eine kontinuierliche Aufgabe. Durch die Auseinandersetzung mit der Geschichte kann eine

Sensibilisierung für den Wert der Freiheits- und Bürgerrechte geleistet werden. Die Stärkung der

historischen Orte mit mehr digitalen Angeboten und innovativen Vermittlungskonzepten ermöglicht

es, Brücken zu jüngeren Generationen zu bauen, um einen Beitrag zur Stärkung des Bewusstseins für

die Freiheit zu leisten.

Kulturgutschutzgesetz überarbeiten – Eigentumsrechte stärken

Wir Freie Demokraten wollen eine Rücknahme jener Teile des Kulturgutschutzgesetzes (KGSG), die

nicht illegal verbrachtes Kulturgut betreffen. Für den Ankauf wichtiger Kunstwerke durch die

öffentliche Hand ist ein Ankaufsfonds einzurichten. Illegaler Handel mit Kulturgut muss wirksam

bekämpft werden. Hierzu sind Zoll und Polizei in die Lage zu versetzen. Wir lehnen jeden unnötigen

staatlichen Eingriff in das Eigentumsrecht ab. Die Regelungen zum „Abwanderungsschutz von

nationalem Kulturgut” greifen massiv in die Eigentumsrechte privater Sammler und in die

unternehmerische Freiheit von Kunsthäusern und Auktionshäusern ein. Nur so kann eine freie

Fluktuation von Kunstwerken und ein freier kultureller Austausch ermöglicht werden. Die

Bekämpfung des illegalen Handels mit Kulturgut krankt nicht an rechtlichen Regelungen, sondern an

mangelnden Kapazitäten bei den zuständigen Behörden.

Auswärtige Kulturpolitik stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Auswärtige Kulturpolitik als Aushängeschild Deutschlands in der

Welt stärken. Die Arbeit von Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut und dem Institut für

Auslandsbeziehungen soll weiter gefördert und mit Blick auf digitale Angebote ausgebaut werden.

Gleichzeitig unterstützen wir die freiwillige Zusammenarbeit der nationalen Kulturinstitute der EU-

47Mitgliedstaaten in Drittländern. Der Europäische Auswärtige Dienst sollte eine Arbeitseinheit für

internationale Kulturbeziehungen einrichten.

„European Heritage Trust“ gründen

Wir Freie Demokraten wollen die Gründung eines EU-weiten Kulturfonds nach dem Vorbild des

„National Trust Europe“ in Großbritannien zum Schutze des europäischen Kulturerbes. Dieser Fonds

soll als Dachorganisation die Gründung und Weiterentwicklung von sich für den Denkmalschutz

engagierenden Organisationen fördern und diese EU-weit miteinander vernetzen. Langfristiges Ziel

soll es sein, mit dem „European Heritage Trust“ eine sich zu großen Teilen über Mitgliedsbeiträge,

Einnahmen aus Eintritten und gewerblichen Betrieb selbst finanzierende Institution zu schaffen.

Urheberrecht stärken

Alternative 1: Urheberrecht stärken

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Urheberrecht, das die Urheberpersönlichkeitsrechte und

die Nutzungsrechte an geistigem Eigentum schützt, zugleich aber den Interessen der Nutzer an einem

einfachen und kostengünstigen Werkzugang mit transparenten und einfachen Bezahlsystemen

entgegenkommt. In einer Welt, in der Wissensvermittlung, Informationsaustausch und

Kommunikation vor allem durch den digitalen Datenverkehr geschehen, ist das Urheberrecht ein

wichtiges Regulativ einer sich gerade stärker ausformenden digitalen Marktordnung. Das

Urheberrecht schützt Eigentumsrechte, schafft und begrenzt zugleich aber auch den Zugang zu

Wissen und Information. Es muss gerade auch in der digitalen Welt gewährleisten, dass geistige

Werke leicht zugänglich, die Erträge aus der Verwertung kreativer Leistungen aber auch den

Urhebern und den weiteren Berechtigten zufließen.

Alternative 2: Urheberrecht: Fairen Interessenausgleich und Grundrechte im Internet sichern

Das geltende Urheberrecht hinkt hier der gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung

hinterher und bremst Innovationen. Wir Freie Demokraten wollen das Urheberrecht nach dem

Vorbild des amerikanischen „Fair Use Prinzips“ maßvoll weiterentwickeln und hierzu die bisherigen

Schranken des Urheberrechts durch eine Bagatellklausel für private Nutzungen, die keine

wirtschaftlichen Folgen haben und - wie viele inzwischen alltägliche Nutzungen wie Memes und

Remixes - keine kommerziellen Interessen verfolgen. Das Leistungsschutzrecht für Presseverleger

wollen wir wieder abschaffen. Das Verhältnis zwischen Kunstfreiheit und dem Schutz geistigen

Eigentums muss im digitalen Zeitalter neu gedacht werden und gleichzeitig den Urheber eines

Werkes in seinen wirtschaftlichen und ideellen Rechten schützen. Dies ist Grundvoraussetzung für

eine lebendige Kultur- und Kreativwirtschaft. Den Einsatz von Uploadfiltern lehnen wir als immense

Gefahr für Meinungs- und Kunstfreiheit im Netz jedoch weiterhin ab. Zudem setzen wir uns dafür ein,

dass staatliche Informationen nicht länger mit Verweis auf das Urheberrecht, quasi als Geheimschutz

durch die Hintertür, der Öffentlichkeit vorenthalten werden können.

48III.

Nie waren die Chancen größer: Bewältigen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit!

Wie es ist, darf es nicht bleiben: Nur ein freiheitlich-demokratischer, ein wirtschaftlich starker und

ein moderner Staat wird die großen globalen Herausforderungen wie den Klimawandel, Pandemien,

Terrorismus, Handelskonflikte und Migration gemeinsam mit unseren internationalen Partnern

bewältigen können. Setzen wir dabei auf die Handlungsfähigkeit einer starken Europäischen Union,

auf eine deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem Guss, auf Innovation statt

auf Verbote, auf Technologie statt auf Ideologie, auf Erfindergeist statt auf Bürokratie: Auch den

Klimawandel bewältigen wir mit German Mut, nicht mit German Angst! Die Herausforderungen des

demographischen Wandels lösen wir durch ein zeitgemäßes Einwanderungsrecht, eine enkelfitte

Rentenpolitik und mehr Chancen für alle Bürgerinnen und Bürger, Eigentum und Wohlstand

aufzubauen.

Klima- und Umweltschutz durch Innovation

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Packen wir es richtig an, kann

er aber auch zu einer unserer größten Chancen werden. Wir brauchen Forschung, Wissenschaft,

Innovationen und die vielen klugen Ideen der Menschen. Neue Technologien führen dazu, Energie

bezahlbar umwandeln und gleichzeitig das Klima schützen können. Auch bei der Lösung für komplexe

Umweltprobleme setzen wir auf die Kreativität der Vielen und den Wettbewerb der besten Ideen.

Emissionshandel schnellstmöglich auf alle Emissionen ausweiten

Wir Freie Demokraten wollen den EU-Emissionshandel (EU-ETS) schnellstmöglich auf alle Sektoren

und geografisch ausweiten. Die Politik gibt vor, wieviel CO2 im Jahr ausgestoßen werden darf. Für

den Ausstoß müssen Zertifikate erworben werden, die von Jahr zu Jahr weniger und damit teurer

werden. Wer hingegen besonders viel CO2 spart, muss weniger Zertifikate kaufen und spart Geld. So

schaffen wir Anreize für Investitionen in klimafreundliche Technologien. Wir bekennen uns

ausdrücklich zu dem Ziel aus dem Pariser Abkommen, die Erderwärmung auf maximal 2, möglichst

1,5 Grad Celsius, zu begrenzen. Deutschland und Europa haben sich zur Klimaneutralität bis zum Jahr

2050 verpflichtet. Dieses Ziel wollen wir durch ein striktes CO2-Limit durch ein umfassendes

Emissionshandelssystem erreichen. Damit setzten wir Zugleich das 13. Ziel der Agenda 2030 um. Den

Weg dorthin überlassen wir dem Erfindergeist von Ingenieurinnen, Technikern und

Wissenschaftlerinnen. So können wir Klimaschutz marktwirtschaftlich und wissenschaftlich sicher

erreichen. Der Weg kann und muss in Deutschland und Europa starten, er ist aber erst beendet,

wenn alle Emissionen weltweit einen einheitlichen marktwirtschaftlichen CO2-Preis haben.

Internationale Maßnahmen anrechnen – Klimaschutz effizient umsetzen

Wir Freie Demokraten wollen die Möglichkeit nutzen, Projekte in anderen Staaten zu finanzieren und

die entsprechenden Treibhausgasreduktionen auf die eigenen Ziele anzurechnen. Artikel 6 des

Pariser Abkommens sieht das ausdrücklich vor. Eine Doppelanrechnung ist dabei ausgeschlossen und

der Artikel 6 dient dazu gemeinsam mehr zu erreichen. Bislang verzichtet die EU jedoch freiwillig auf

die Nutzung dieser Möglichkeit. Da es für das Klima irrelevant ist, an welcher Stelle CO2 eingespart

wird, wollen wir bei höheren Zielen künftig die Möglichkeit eröffnen, diese im Sinne einer

ökonomisch effizienten Klimapolitik auch über Maßnahmen nach Artikel 6 des Pariser Abkommens zu

erreichen.

49Weltweit mehr Wald für Klimaschutz

Wir Freie Demokraten wollen mehr Aufforstungen und den Schutz bestehender Wälder. Die

Regenwälder müssen wir erhalten. Dafür müssen negative Waldbilanzen global geächtet werden.

Denn Wälder und Moore sind Hüter von Biodiversität und wirksame Kohlenstoffspeicher. Neben

Emissionsminderungen sind Aufforstungen und die Wiedervernässung von Mooren zurzeit ein

verfügbares und bezahlbares Mittel, um den Wettlauf gegen die Erwärmung des Planeten zu

gewinnen. Mehr Wald und Moore bedeuten auch bessere Lebens-, Ernährungs- und

Einkommenschancen. Sowohl weltweit für Millionen Menschen in Entwicklungsländern aber auch in

Deutschland und Europa.

Klimaschutz im Verkehr – Emissionshandel ausweiten

Wir Freie Demokraten fordern die Ausweitung des Europäischen CO2-Emissionshandels auf den

gesamten Verkehrssektor. Dadurch können die bestehenden Maßnahmen zur CO2-Reduktion im

Verkehr beendet werden. Viele der beschlossenen Verbote, Subventionen und Fördermaßnahmen

zur Senkung des CO2-Ausstoßes im Verkehr führen nicht zu einer Reduktion, sondern lediglich zu

steigenden Kosten und Marktverzerrung. Nur der Emissionshandel garantiert eine Deckelung des

Gesamtausstoßes an Klimagasen.

Alternative Kraftstoffe – Klimaschutz durch Innovation

Wir Freie Demokraten wollen mehr alternative Kraftstoffe. Die Zertifizierung muss vereinfacht

werden. Deutschland kann die vereinbarten Klimaziele bis 2030 nur erreichen, wenn auch Kraftstoffe

ihren Beitrag leisten. Klimafreundliche synthetische Kraftstoffe sind eine bereits heute verfügbare

Alternative für alle Verkehrsarten, die ohne technische Umrüstung in herkömmlichen

Verbrennungsmotoren verwendet werden können.

Speichertechnologien als Schlüssel für klimaneutrale Energiewirtschaft

Wir Freie Demokraten wollen den Ausbau von Speichern vorantreiben. Denn vor allem

Stromspeicher sind eine Voraussetzung für den Erfolg der Energiewende. Wir wollen Speicher daher

als eigenständige Säule des Energiesystems neben Produzenten, Netzen und Verbrauchern rechtlich

definieren und für einen wirtschaftlichen Betrieb von Abgaben und Umlagen befreien.

Geo-Engineering ermöglichen - ein Kohlenstoffkreislaufwirtschafts- und Speicherungsgesetz schaffen

Wir Freie Demokraten wollen Geo-Engineering ermöglichen, um Risiken durch den Klimawandel zu

minimieren und neue Chancen zu schaffen. Maßnahmen, die unter den weiten Begriff Geo-

Engineering fallen, unterliegen in Deutschland strenger Regulierung. Dabei geht es uns nicht um den

direkten Einfluss auf unser Klima etwa durch Solar Radiation Management, sondern beispielsweise

durch das gezielte nutzen von Biomasse zur Speicherung von CO2. Technologiefeindlichkeit wollen

wir aufbrechen. Wir sehen in CDR (Carbon Direct Removal)-Technologien, durch die CO2 der

Atmosphäre direkt entzogen wird, eine große Chance für den Klimaschutz. Dazu braucht es ein

eigenes Gesetz. Für uns gilt: Wer künftig CO2 aus der Atmosphäre entfernt und bindet, muss dafür je

Tonne gebundenes CO2 ein europäisches CO2-Zertifikat erhalten. Das muss dann wie jedes andere

Zertifikat frei am Markt handelbar sein, ohne dass sich die Gesamtmenge der jährlich ausgegebenen

Zertifikate erhöht. Um CDR zu fördern wollen wir das 55% Ziel um ein 5% Negativemissionsziel

ergänzen.

50Fairen Wettbewerb sichern – Carbon Leakage verhindern

Wir Freie Demokraten wollen deutsche Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch

klimapolitische Maßnahmen schützen. Ziel muss ein international abgestimmtes Vorgehen beim

Klimaschutz mit einheitlichem CO2-Preis für alle sein. Nur so kann ein echter Wettbewerb um

Innovationen für mehr Klimaschutz gelingen. Damit verhindern wir Carbon Leakage. Denn dem

Klimaschutz ist nicht geholfen, wenn CO2-intensive Produktionsprozesse in Regionen mit geringeren

Auflagen außerhalb Deutschlands und Europas verlagert werden und die Produkte anschließend

importiert werden.

Luftqualität: Kluge Lösungen statt Fahrverbote

Wir Freie Demokraten setzen zur Verbesserung der Luftqualität auf innovative Lösungen vor Ort:

intelligente Verkehrsführung zur Stauvermeidung und Verbesserung des ÖPNV. Durch eine Zulassung

synthetischer Kraftstoffe (e-Fuels) können wir zudem die Luftqualität auch in den Bestandsflotten

verbessern. Fahrverbote lehnen wir ab. Denn sie führen zu Umgehungsverkehr und damit zu einer

größeren Klima- und Luftbelastung.

Artenschutz bei uns und weltweit

Wir Freie Demokraten wollen das Artensterben bestmöglich verhindern. Der Erhalt der Artenvielfalt

ist eine Menschheitsaufgabe und ethische Verpflichtung. Sie ist zugleich wissenschaftlich,

wirtschaftlich und medizinisch sinnvoll. Denn unzählige wichtige Errungenschaften in Technik und

Medizin kommen aus der Natur.

Zoonosen – Prävention durch Austausch und Registrierungspflicht

Wir Freie Demokraten wollen Human- und Veterinärmediziner sowie Halter von Wildtieren für den

Umgang mit Zoonosen schulen. Durch eine Registrierungspflicht sollen Tierhalter im Infektionsfall

schnell und unkompliziert informiert werden. Der One-Health-Ansatz, der einen Austausch und die

Zusammenarbeit von Akteuren der Humanmedizin, Veterinärmedizin und Umweltwissenschaften

vorsieht, kann einen zentralen Beitrag zur Prävention leisten.

Umweltpolitik als Innovationsmotor

Wir Freie Demokraten wollen eine ideologiefreie umweltpolitische Gesetzgebung und die Förderung

einer lebendigen, innovativen Startup-Kultur. Erfindergeist muss Entfaltungsmöglichkeiten

bekommen, sodass alle von den Ideen profitieren und ungewöhnliche Ideen zur Marktreife gebracht

werden können. Diese dürfen sich dann im marktwirtschaftlichen Wettbewerb beweisen. Besonders

im Bereich der Mikrobiologie gibt es noch unzählige Möglichkeiten. Dazu zählen beispielsweise

Lebensmittel oder Treibstoffe auf Algenbasis, sowie die Aufbereitung und Reinigung von Abwasser

und Böden durch Bakterien. Aber auch Pflanzen und Pilze bieten noch großes Potential für Lösungen.

Nicht der Weg zu umweltfreundlicheren Technologien, sondern deren Nutzen für die Umwelt ist

entscheidend. Wir unterstützen daher auch alle Innovationen in Züchtung, Pflanzenschutz,

Digitalisierung und anderen Bereichen, die dazu beitragen, die Belastung der Umwelt durch ihre

Nutzung zu minimieren.

Meeresschutz als Zukunftsaufgabe

Wir Freie Demokraten wollen die Meeresforschung ausbauen und stehen für eine nachhaltige

Meerespolitik, die wirtschaftliche Nutzung, Umweltschutz und Sicherheit in Einklang bringt.

Deutschland muss international seine Vorreiterrolle ausbauen. Wir wollen – analog zu den

51flächendeckenden transnationalen Vereinbarungen zum Schutz der Antarktis – auf europäischer

Ebene einen Schutz der Arktis schaffen. Meerespolitik ist für uns eine Zukunftsaufgabe. Die Folgen

des Klimawandels wie auch Überfischung, Plastikmüll, Meeresverschmutzung und Piraterie stellen

eine Gefahr für den größten Lebensraum der Erde dar. Zudem befinden sich tonnenweise

Munitionsaltlasten und andere Kampfstoffe auf dem Meeresgrund.

Zukunftsfähige und starke Europäische Union

Europa muss bereit sein, die großen Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen - die Folgen der

Corona-Pandemie, den Klimawandel, Terrorismus und Migration. Wir Freie Demokraten wollen eine

außenpolitisch starke EU, die ihre Werte, ihre Interessen und Souveränität schützt sowie sich

autokratischem Machtstreben entgegenstellt. Mit mutigen Reformen ihrer Aufgaben, Arbeitsweise

und Institutionen wollen wir die EU nach innen demokratisch und wirtschaftlich stark sowie nach

außen handlungsfähig machen. So wird die EU zu einem echten Global Player.

Zukunftskonferenz für neuen Schwung in Europa nutzen

Wir Freie Demokraten unterstützen die Konferenz zur Zukunft Europas. In diesem politischen

Gremium sollen in einem einjährigen Prozess alle Europäischen Institutionen zusammenkommen, um

mit Bürgerinnen und Bürgern aus allen Mitgliedstaaten die Prioritäten für die EU zu diskutieren. Wir

wollen, dass sich die Konferenz auf zentrale Politikfelder konzentriert, die für unsere gemeinsame

Zukunft langfristig von Relevanz sind. Dafür müssen Leitlinien, Ziele und Prioritäten definiert werden.

Für uns geht es darum, die EU bei der Bewältigung von Pandemien robuster aufzustellen, Europa als

Chancenkontinent zu entwickeln und als Fortschrittsmotor zu mobilisieren. Außerdem wollen wir die

EU bürgernäher und handlungsfähiger machen und dafür institutionell reformieren. Das schließt

auch Vertragsänderungen ein. Diese müssen anschließend von den Mitgliedstaaten und von den EU-

Institutionen angemessen umgesetzt werden.

Für eine gemeinsame Verfassung der Europäischen Union als Bundesstaat

Wir Freie Demokraten wollen nach Abschluss der Konferenz zur Zukunft Europas einen

Verfassungskonvent einberufen. Dieser Konvent sollte einer dezentral und föderal verfassten Union

eine rechtsverbindliche Verfassung mit einem Grundrechtekatalog und starken Institutionen geben.

Über die neue Europäische Verfassung sollen die Bürgerinnen und Bürger der EU in einer

gemeinsamen europäischen Volksabstimmung entscheiden und damit die Grundlage für einen

föderal und dezentral verfassten Europäischen Bundesstaat schaffen. Dieser Weg ist das erklärte

Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung

eines zentralisierten europäischen Superstaats andererseits. Bis dahin möchten wir, dass parallel die

europäische Integration durch ein “Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten” vertieft wird.

Für ein starkes EU-Parlament und mehr Transparenz

Wir Freie Demokraten fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU.

Das Europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden

Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht

aufgewertet werden. Das Europäische Parlament soll einen festen Tagungsort haben und selbst über

seinen Sitz entscheiden können. Kommissionspräsidentin oder -präsident wird der Spitzenkandidat,

der im EU-Parlament eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereint. Das Parlament kann ihm mit der

Mehrheit seiner Mitglieder das Misstrauen aussprechen und eine andere Person zum

Kommissionspräsidenten wählen. Das Vorschlagsrecht für die übrigen Kommissarinnen und

52Kommissare liegt beim Kommissionspräsidenten, das Parlament muss die Vorschläge einzeln

bestätigen. Die EU-Kommission sollte auf höchstens 18 Kommissare verkleinert werden. Hierbei

müssen klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten

entsprechen. Der Rat der Europäischen Union und seine Untergruppierungen sollen öffentlich tagen.

Offene Strategische Souveränität der EU anstreben

Wir Freie Demokraten unterstützen das Ziel der Europäischen Union, eine größere strategische

Souveränität zu erreichen. Für uns bedeutet dies in erster Linie eigenständige Handlungsfähigkeit.

Mit den erforderlichen Mitteln ausgestattet, könnte die EU in Zukunft ihre eigenen Interessen und

Werte besser durchsetzen und in wichtigen Bereichen wie zum Beispiel Energieversorgung,

Rohstoffimporte und digitale Technologie weniger abhängig und verwundbar werden. In der

Handels- und Entwicklungspolitik muss die EU die eigenen Stärken strategischer einsetzen und in der

Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eigene militärische Fähigkeiten entwickeln. Das

steht nicht im Widerspruch zur transatlantischen Partnerschaft und zur NATO, sondern erhöht das

Gewicht der EU, als Partner auf Augenhöhe einen Beitrag zur liberalen Weltordnung zu leisten. Der

Wunsch nach strategischer Souveränität darf aber weder zu Protektionismus noch zu einer

Selbstisolation führen.

Echte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa

Wir Freie Demokraten wollen eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, die den

Namen auch verdient. Die Europäische Union muss international schneller handlungsfähig sein und

nach außen mit einer Stimme sprechen. Wir fordern deshalb, dass die Einstimmigkeit im EU-

Ministerrat in die qualifizierte Mehrheit überführt wird. Der Hohe Vertreter der EU für Außen- und

Sicherheitspolitik muss so gestärkt werden, dass er zukünftig als vollwertiger „EU-Außenminister“

agieren kann.

Für eine Europäische Armee

Wir Freie Demokraten wollen den Aufbau einer europäischen Armee unter gemeinsamem

Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle. Dazu streben wir eine schrittweise engere

Verzahnung und den Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte der integrationswilligen EU-

Mitgliedsländer an. Ziel ist die Schaffung einer Europäischen Verteidigungsunion als Zwischenschritt

zu einer zukünftigen europäischen Armee. Dafür wollen wir den bisherigen Ausbau der europäischen

Verteidigungsunion beschleunigen. So müssen europäische Kommandostrukturen und ein

gemeinsames militärisches Hauptquartier, aber auch Ausbildungseinrichtungen wie eine Europäische

Sicherheitsakademie, geschaffen werden. Den Austausch zwischen den europäischen Streitkräften

wollen wir durch ein Erasmus+-Programm für Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgradgruppen

intensivieren. Bei all diesen Schritten achten wir darauf, die Interoperabilität mit Kräften und

Instrumenten der NATO weiter zu verstärken.

Neue Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich

Wir Freie Demokraten begrüßen, dass es nicht zu einem harten Brexit gekommen ist. Die

beschlossenen Abkommen zum Handel, zur Zusammenarbeit bei ziviler Kernenergie und zur

Informationssicherheit begründen aber nur dann eine tragfähige zukünftige Partnerschaft, wenn die

vereinbarten Regeln auch eingehalten werden. Für uns müssen beim Freihandelsabkommen die

Freizügigkeit von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital sichergestellt sein, zugleich darf der

britische Zugang zum EU-Binnenmarkt nur bei vergleichbaren regulatorischen Standards möglich

53sein. Bei einer Weiterentwicklung der Verträge ist das Europäische Parlament als Vertreter der

Bürgerinnen und Bürger Europas einzubeziehen. Wir Freie Demokraten wünschen uns eine enge

außenpolitische Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich. Wir wollen die Tür für einen

zweiten Beitritt offenhalten, falls eine neue britische Generation den Brexit und seine nachteiligen

Folgen für beide Seiten überdenkt.

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden und ein neues Verhältnis zwischen der Türkei und

der EU

Wir Freie Demokraten erkennen die besondere Rolle der Beziehungen zwischen Deutschland und der

EU mit der Türkei. Sowohl die geographische Lage der Türkei als auch die große türkischstämmige

Community in Europa verpflichten uns zu einem Neuanfang im Verhältnis zur Türkei. Wir wollen die

EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei in der bisherigen Form beenden und die Beziehungen auf

eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit stellen. Eine

von Präsident Erdogan autoritär regierte Türkei kann für uns Freie Demokraten kein Kandidat für eine

Mitgliedschaft in der EU sein. Grundlage für diese sind und bleiben die Kopenhagener Kriterien.

Insbesondere die darin geforderten Bedingungen für einen funktionierenden Rechtsstaat und die

Achtung der Menschenrechte erfüllt die Türkei nicht, wie die Zunahme an willkürlichen Anklagen

auch gegenüber deutschen Menschenrechtsaktivisten und Journalisten zeigt. Die Türkei ist und bleibt

aber als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner,

weswegen wir uns dafür stark machen, die sicherheitspolitischen Spannungen im Bündnis

abzubauen. Es wird eine Türkei nach Präsident Erdogan geben. Schon heute müssen die

ökonomischen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zur Türkei die Grundlage

für diesen Zeitpunkt bilden.

Für eine gemeinsame und innovative EU-Energieaußenpolitik

Wir Freie Demokraten wollen eine gemeinsame EU-Energieaußenpolitik. Ziel ist es, der EU die

Diversifizierung ihrer Energiequellen zu ermöglichen und ihre Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten

zu reduzieren. Die Inbetriebnahme der Pipeline "Nordstream 2" muss in der EU gemeinsam

entschieden werden. Dabei müssen auch die Interessen der Ukraine als Transitland für Energie

berücksichtigt werden. Wir fordern ein Moratorium für den Weiterbau von "Nordstream 2", bis die

russische Führung im Fall Nawalny unabhängige und umfassende Ermittlungen gewährleistet und

sich die Menschenrechtslage bessert. Auch mit Russland sollte der Schwerpunkt unserer

Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe

liegen. Um eine kontinuierliche Versorgungssicherheit zu garantieren, sind die EU-Mitgliedstaaten

auch weiterhin auf Energieimporte angewiesen. Angesichts dieser Abhängigkeit ist Energiepolitik

immer auch Außen- und Sicherheitspolitik. Eine gemeinsame Haltung der EU-Mitglieder hinsichtlich

externer Bezugsquellen ist daher unverzichtbar.

Neuer Rechtstaatsmechanismus in der EU

Wir Freie Demokraten fordern ein neues Rechtstaatsinstrument, welches über den Beschluss von

2020 hinausgeht und das bisherige System des Art. 7 EUV, welches sich als nicht effektiv erwiesen

hat, ergänzt. Für uns Freie Demokraten steht fest, dass Länder, welche die Grundwerte der EU mit

Füßen treten, nicht mit vollen Händen aus EU-Geldern schöpfen sollen. Neben einer Ahndung solcher

Verletzungen durch die Kommission soll daher ein Rechtsstaatsmechanismus eingeführt werden, der

automatisch funktioniert. Zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir jedoch direkt unterstützen.

54Klare Regeln

Ein stabiler Euro ist Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in Europa. Im Alltag bringt er

Bürgerinnen und Bürgern sowie unserer Wirtschaft viele Vorteile. Um die Währungsunion für die

Zukunft krisenfest zu machen, müssen die Euro-Länder die Lehren aus vergangenen Krisen ziehen.

Wir Freie Demokraten setzen daher auf Stabilität, Eigenverantwortung und klare Regeln, die vor

allem auch eingehalten werden.

Lehren aus Wirecard-Skandal: BaFin neu aufstellen

Wir Freie Demokraten wollen die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) besser

regulieren und neu aufstellen. Der Fall Wirecard hat eklatante Vollzugsdefizite offengelegt. Auch die

beste Regulierung kann schwerste Schäden nicht verhindern, wenn sie nicht durchgesetzt wird.

Außerdem muss die Regulierung stets an neue Geschäftsmodelle angepasst werden. Die Vorgaben,

die dazu geführt haben, dass Unternehmen wie Wirecard nicht vollständig unter die Aufsicht der

BaFin fallen, müssen reformiert werden. Mit dem Markteintritt der BigTechs sowie anderer

Zahlungsdienstleister hat ein neues Maß der Digitalisierung Einzug in die Finanzbranche gehalten.

Deshalb wollen wir die BaFin zu einer besser handlungsfähigen, schlagkräftigen Finanzaufsicht

weiterentwickeln und so das Vertrauen in den Finanzplatz Deutschland zurückgewinnen.

Veräußerung staatlicher Beteiligungen im Bankensektor

Wir Freie Demokraten fordern, dass sich Bund und Länder nach Überwindung der Corona-Krise

vollständig aus den Bankenmärkten zurückziehen. Von Beteiligungen an im Wettbewerb stehenden

Banken wie zum Beispiel der Commerzbank oder den Landesbanken muss der Staat sich trennen. Wir

setzen uns für einen leistungsstarken europäischen Bankenmarkt ein, der durch Wettbewerb und

Vielfalt der Geschäftsmodelle geprägt ist. Aufgabe der Politik ist, gute und krisenfeste

Rahmenbedingungen auf europäischer Ebene zu setzen. Mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau

(KfW) und den – zusätzlich zu den Landesbanken bestehenden – Förderbanken der Länder stehen

genügend Möglichkeiten für die Wirtschaftspolitik zur Verfügung.

Gute und starke Regeln in der Bankenaufsicht

Wir Freie Demokraten wollen starke Regeln in der Bankenaufsicht. Diese Regeln sollten zugleich

möglichst einfach sein und die Beaufsichtigung der Banken sollte mit Augenmaß erfolgen.

Geschäftspolitische Entscheidungen müssen Sache der Banken selbst bleiben. Die Bankenaufsicht

muss wettbewerbsneutral sein und insbesondere auch den unterschiedlichen Geschäftsmodellen

Rechnung tragen. Damit wollen wir künftigen Krisen im Bankenbereich wirksam vorbeugen und ein

level playing field für alle Marktteilnehmer sicherstellen.

Keine Privilegierung von Staatsanleihen in der Bankenregulierung

Wir Freie Demokraten wollen die bevorzugte Behandlung von Staatsanleihen bei der europäischen

Regulierung von Banken und Versicherungen schrittweise beenden und durch marktorientierte

Ansätze ersetzen. Auch Staatsanleihen müssen risikoadäquat mit Eigenkapital unterlegt werden.

Zudem wollen wir die Großkreditgrenze, die Klumpenrisiken in den Bankbilanzen vorbeugen soll, auf

Staatsanleihen ausdehnen.

Erst Abbau von Bilanzrisiken - dann europäische Einlagensicherung

Wir Freie Demokraten wollen, dass die EU-Vorschriften zu Aufbau und Stärkung nationaler

Einlagensicherungssysteme eingehalten werden, damit Risiken in den Bilanzen der Banken dort

55abgebaut werden, wo sie eingegangen werden. Solange die Banken Europas nicht stabilisiert sind,

wären ansonsten die Sparer in Ländern mit stabileren Bankensystemen die Leidtragenden. Eine

gemeinsame europäische Einlagensicherung (EDIS) vor Abbau dieser Bilanzrisiken und einer

risikogerechten Bepreisung von Staatsanleihen würde die Probleme einiger nationaler

Bankensysteme auf die Gemeinschaft abwälzen und wird daher von uns abgelehnt.

Gläubigerbeteiligung bei Finanzierungskrisen einzelner Staaten in der Eurozone

Wir Freie Demokraten wollen ein Verfahren für geordnete „Staatsinsolvenzen“ schaffen. Damit

wollen wir private Gläubiger einzelner Staaten stärker in die Verantwortung nehmen. Bevor an ein

Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem Europäischen Währungsfonds (EWF) fließen, muss

es künftig eine Beteiligung der privaten Gläubiger dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben,

zumindest in Form einer Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staatsanleihen. Eine solche Beteiligung

des Privatsektors wäre gleichzeitig die wirksamste Krisenprävention, weil ein Staat sich dann in der

Regel gar nicht erst unangemessen hoch verschulden könnte. Auch müssen der EWF und der

Finanzstabilitätsrat mit ihrer analytischen Kompetenz bereits frühzeitig in die Krisenprävention

eingebunden werden.

Europäischer Währungsfonds als Wächter über Staatsfinanzen

Wir Freie Demokraten wollen den ESM zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen. Er

sollte die Ausgestaltung der makroökonomischen Anpassungsprogramme und die Kontrolle ihrer

Umsetzung in den Darlehen nehmenden Ländern übernehmen. Ebenso sollte er für die Überwachung

der Haushalts- und Wirtschaftspolitik der Programmländer zuständig sein. Dadurch wollen wir die

Überwachung der Euro-Rettungsprogramme entpolitisieren.

Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes („Maastricht 2.0“)

Wir Freie Demokraten fordern, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der für die Dauer der

Pandemie und angesichts der hieraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen faktisch ausgesetzt

wurde, nach der Krise wieder in vollem Umfang in Kraft gesetzt wird. Zu den Grundlagen der

europäischen Finanzpolitik zählen für uns Freie Demokraten unverändert die Begrenzung von

Haushaltsdefiziten und Schuldenstand der öffentlichen Haushalte in den einzelnen Ländern

(Maastricht-Kriterien). Außerdem streben wir eine Reform des Paktes an, indem die Sanktionen für

diejenigen Länder verschärft werden, die dauerhaft gegen die Prinzipien der öffentlichen

Haushaltsführung verstoßen.

Rückkehr zur schuldenfreien EU – ohne eigene Steuern

Wir Freie Demokraten wollen schnell zu einer schuldenfreien EU ohne eigene Steuern zurückkehren.

Eine Schuldenunion lehnen wir ab. In der Corona-Krise wurde 2020 der einmalige Einstieg in die

Schuldenfinanzierung des EU-Haushalts beschlossen. Wir wollen, dass der Rückgriff auf die

Schuldenpolitik einmalig bleibt, wie es die Bundesregierung den Bürgerinnen und Bürgern

versprochen hat.

Die Wirtschaftskrise in der EU gemeinsam überwinden

Wir Freie Demokraten wollen eine Neuaufstellung der europäischen Kohäsions- und

Innovationspolitik. Bewährte Instrumente wie Horizon 2020 oder auch die Europäische

Investitionsbank wollen wir schlagkräftiger machen. Die europäische Innovationspolitik soll gezielt

schwächeren Regionen zugutekommen, um dort ineffiziente Strukturen zu überwinden. Dabei muss

das europäische Prinzip gelten: Der Erfolg der Starken fördert das Aufholen der Schwächeren.

56Gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten

Weltkrieg sind für uns Teil des Friedensprojekts der europäischen Einigung. Die wirtschaftliche

Erholung aller Mitgliedsstaaten muss ein zentrales Ziel der europäischen Politik sein.

Für eine internationale Politik aus einem Guss

Der diplomatische Einsatz für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtstaatlichkeit gehört

für uns Freie Demokraten zum unverzichtbaren Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen

Außenpolitik. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wollen wir uns für die Bewahrung

unserer freiheitlichen Lebensweise in Europa und den Schutz von Frieden und Menschenrechten

international einsetzen. Die Stärkung der regelbasierten liberalen Weltordnung ist für uns dabei

zentral. Um den globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen, muss Deutschland

stärker als bisher seine Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Sinne des Vernetzten

Ansatzes neu ausrichten.

Für eine deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem Guss

Wir Freie Demokraten fordern eine deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik aus einem

Guss. Deutschland muss sein internationales Handeln strategisch und institutionell einheitlicher

aufstellen, um auf die komplexen globalen Herausforderungen reagieren und international mehr

Verantwortung in der Welt übernehmen zu können. Wir wollen deshalb, dass Deutschland stärker als

bisher den vernetzen Ansatz in seinem internationalen Handeln umsetzt. Hierfür wollen wir die

sicherheitspolitischen Entscheidungsstrukturen anpassen und die finanziellen Voraussetzungen

schaffen. Äußere und innere Sicherheitsbedrohungen sind zunehmend miteinander verbunden. Wir

fordern deshalb die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrats, der es ermöglicht, bei

internationalen Herausforderungen vorausschauender und schneller planen, entscheiden und

handeln zu können. Darüber hinaus braucht Deutschland eine politische Gesamtstrategie, die die

Ziele und Prioritäten unserer Außen-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik festlegt. Wir Freie

Demokraten wollen zudem, dass Deutschland im Sinne eines vernetzten Ansatzes drei Prozent seines

Bruttoinlandsprodukts in internationale Sicherheit (3D – defence, development and diplomacy)

investiert, so seine in der NATO eingegangenen Verpflichtungen erfüllt, seine Entwicklungspolitik

verstetigt und seine Diplomatie stärkt.

Digitalisierung trifft auf Diplomatie

Wir Freie Demokraten treten dafür ein, dass Deutschland nach dem Vorbild von Dänemark und

Frankreich sogenannte „Innovationsbotschafter“ aus den zuständigen Bundesministerien in die

Ballungszentren der IT- und High-Tech-Industrie entsendet. Wir wollen, dass Deutschland

diplomatisch aktiv dazu beiträgt, die Beziehungen und Netzwerke zwischen

Technologieunternehmen und Startups sowie Gründern und Entwicklern in der Bundesrepublik und

in Zentren wie dem Silicon Valley, Taiwan, Tel Aviv, Singapur, Shenzhen und Daejeon auszubauen.

Liberale Demokratien gegen Desinformation und Einflussnahme schützen

Wir Freie Demokraten wollen die liberalen Demokratien Europas dazu befähigen, Desinformation,

Fake-News-Kampagnen, Propaganda und Manipulationen aus dem In- und Ausland besser abwehren

zu können. Die Anstrengungen müssen gebündelt und unter Einbeziehung neuester

Forschungsergebnisse verstärkt werden. Die Wahlinfrastruktur aller EU-Mitgliedstaaten muss als

kritische Infrastruktur erheblich besser geschützt werden. Gegen verdeckte Parteienfinanzierung aus

dem Ausland muss auf europäischer Ebene einheitlich vorgegangen werden. EU-Kommission und

57Europäischer Auswärtiger Dienst müssen die Mitgliedstaaten beraten und eine Beeinflussung der

Willensbildungsprozesse und Wahlen in demokratischen Staaten aus autokratisch regierten Ländern

verhindern. Deutschland muss sich durch aktive Diplomatie, eine Bündelung der Zuständigkeiten bei

den zuständigen Nachrichtendiensten sowie die Arbeit der politischen Stiftungen besser schützen.

Zudem brauchen wir lebenslange Lernkonzepte zur Vermittlung von Digital- und Medienkompetenz,

sodass sich Personen jeglichen Alters sicher im Internet bewegen und Inhalte dem Zusammenhang

entsprechend verstehen und bewerten können. Ferner muss der deutsche Auslandsrundfunk in

Gestalt der Deutschen Welle gestärkt werden. Berichterstattung und Informationsangebote müssen

ausgebaut werden. Dazu gehört auch die stärkere Digitalisierung und Regionalisierung der Angebote

sowie der Aufbau weiterer fremdsprachlicher Programme.

Klares Bekenntnis zur NATO

Wir Freie Demokraten bekennen uns uneingeschränkt zur NATO. Denn die NATO ist ein

konkurrenzlos erfolgreiches Sicherheitsbündnis. Es soll auch in Zukunft als Garant für unsere

Sicherheit stehen. Die zentralen Beschlüsse der Allianz von Wales und Warschau tragen wir in vollem

Umfang mit: die Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO durch

Finanzmittel, Fähigkeiten und Beiträge, einhergehend mit gleichzeitigem Dialog mit Russland.

Darüber hinaus wollen wir das Bündnis strategisch weiterentwickeln und unterstützen den Prozess

zur Entwicklung eines neuen Strategischen Konzepts. Dazu gehört für uns eine klare Strategie im

Umgang mit der Volksrepublik China sowie die Kooperation und Zusammenarbeit der NATO mit

demokratischen Partnerstaaten im indo-pazifischen Raum.

Modernisierung der Bundeswehr – bessere Ausrüstung

Wir Freie Demokraten wollen die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr erhöhen und hierfür einen

klaren Modernisierungskurs einschlagen. Die Waffensysteme der Streitkräfte sind teilweise veraltet

oder nur bedingt einsatzbereit. Wichtige Beschaffungsvorhaben verzögern sich oder kommen erst

gar nicht zustande. Das muss sich ändern. Wir wollen, dass die Ausbildung und Ausrüstung unserer

Soldatinnen und Soldaten in Einklang mit den Aufträgen der Bundeswehr gebracht wird. Deshalb

müssen auch die bisher eingeleiteten Trendwenden einer Überprüfung unterzogen und der

Modernisierungsprozess der Bundeswehr langfristig finanziell abgesichert werden.

Neue Impulse für Rüstungskontrolle und Abrüstung

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum langfristigen Ziel einer atomwaffenfreien Welt und setzen

uns dafür ein, die andauernde Krise der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle zu überwinden.

Vor dem Hintergrund eines sich wandelnden Sicherheitsumfeldes zerfallen die bestehenden

Strukturen der Atomwaffenkontrolle. Gleichzeitig nimmt die Gefahr durch Nuklearwaffen in der

internationalen Politik wieder zu. Wir wollen deshalb, dass Deutschland und Europa starke

Impulsgeber sind, um die Instrumente von Abrüstung und Rüstungskontrolle für das 21. Jahrhundert

zu erneuern und neu zu denken. Wir sind überzeugt, dass wir neue atomare Aufrüstungsspiralen

dauerhaft nur verhindern können, wenn es gelingt, neben den Atommächten USA und Russland auch

Nuklearwaffenstaaten wie China an den Verhandlungstisch zu holen.

Klare Haltung gegenüber Russland

Für uns Freie Demokraten sind die Prinzipien des Völkerrechts, der Menschenrechte und der

europäischen Friedensordnung, zu denen sich auch Russland bekannt hat, nicht verhandelbar. Daher

sehen wir die derzeitige Politik der Russischen Föderation mit großer Sorge. Wir Freie Demokraten

58fordern ein unverzügliches Ende der Gewalt in der Ostukraine und der völkerrechtswidrigen

Annexion der Krim. Daher stehen wir ausdrücklich zu den von der EU verhängten Sanktionen. Im Fall

einer weiteren militärischen Eskalation in der Ukraine muss die EU diese verschärfen, denn sie sind

kein Selbstzweck, sondern dienen der Wiederherstellung der Friedensordnung. Dabei muss die EU

mit einer Stimme sprechen. Lockerungen oder gar eine Aufhebung der Sanktionsregelungen kann es

nur bei einer Umsetzung des Minsker Abkommens geben. Eine Unterstützung der russischen

Regierung für Autokraten wie etwa für den syrischen Diktator Baschar al-Assad ist ebenso

inakzeptabel wie vom Kreml gesteuerte Desinformationskampagnen und Hackerangriffe in Europa.

Die Ermordung von Boris Nemzow, gezielte Giftanschläge wie zuletzt auf Alexei Nawalny sowie die

massenhafte Inhaftierung friedlicher Demonstranten kritisieren wir scharf. Gleichzeitig gilt, dass

liberale Außenpolitik in der Tradition Walter Scheels und Hans-Dietrich Genschers Europa nicht an

der Außengrenze der EU enden kann: Russland bleibt Deutschland und Europa menschlich, kulturell

und wirtschaftlich eng verbunden. Wir Freie Demokraten wollen Gesprächskanäle, v.a. zu

Bürgerrechtsorganisation wie Memorial, offenhalten. Am Ziel des Wiederaufbaus von Vertrauen

halten wir fest. Auch wollen wir Reisen für die Zivilgesellschaft durch Visumserleichterungen

vereinfachen. Die russische Regierung muss zuvor aber zu Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der

Bürgerrechte und des Völkerrechts zurückkehren.

Eine demokratische Zukunft für ein unabhängiges Belarus

Wir Freie Demokraten stehen an der Seite der friedlichen demokratischen Proteste in Belarus, die

zurecht massive Wahlfälschungen und demokratische Defizite anklagen. Das brutale Vorgehen des

Regimes Lukaschenko gegen diese legitimen Proteste des belarussischen Volkes ist inakzeptabel. In

den belarussischen Gefängnissen herrschen Willkür und Folter. Wir fordern die umgehende

Freilassung aller politischen Gefangenen und baldige Neuwahlen als Ergebnis eines von der OSZE

vermittelten strukturierten Dialogs zwischen Opposition und Machthabern. Das von Lukaschenko

nun geplante „Verfassungsreferendum“ erfüllt diesen Anspruch nicht. Die russische Einmischung

zugunsten Lukaschenkos sehen wir mit Sorge. Die demokratische Opposition in Belarus wollen wir

durch verstärkte Informationsangebote der Deutschen Welle und durch finanzielle Unterstützung

zugunsten der Zivilgesellschaft sowie durch Visumserleichterungen unterstützen.

Für eine Wiederbelebung des Friedensprozesses im Nahen Osten

Wir Freie Demokraten setzen uns unvermindert für eine Fortsetzung des deutschen und

europäischen Engagements im Nahen Osten und eine Wiederbelebung des israelisch-

palästinensischen Friedensprozesses ein. Dabei bleibt die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als

jüdischer und demokratischer Staat für uns Staatsräson und damit Grundpfeiler einer liberalen

Außen- und Sicherheitspolitik. Wir treten daher für eine verhandelte Zweistaatenlösung als dem

bislang einzigen Weg ein, um einerseits dauerhaft die Sicherheit des demokratischen Staates Israels

zu garantieren und andererseits die Schaffung eines souveränen, demokratischen und lebensfähigen

Staates Palästina zu ermöglichen. Deshalb sehen wir mögliche Schritte, Teile des Westjordanlandes

völkerrechtswidrig zu annektieren, mit Sorge. Dies würde die Möglichkeit gefährden, im Rahmen von

zukünftigen Verhandlungen eine Zweistaatenlösung zu erreichen und umzusetzen.

Klarheit bei EU-China-Beziehungen

Wir Freie Demokraten wollen die EU-China-Beziehungen ungeachtet der Systemrivalität gezielt

weiterentwickeln und die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen vertiefen. Ein

engerer Austausch mit China kann aber nur auf der Grundlage und der Einhaltung des geltenden

59internationalen Rechts und insbesondere der Regeln der Vereinten Nationen, der WTO und der

Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erfolgen. Die kurz vor Ende der deutschen

Ratspräsidentschaft nach jahrelangen Verhandlungen am 30. Dezember 2020 erzielte Einigung über

das EU-China-Investitionsabkommen (CAI), das über den Investitionsschutz selbst noch keine

Regelung trifft, ist ein erster Schritt, der allerdings noch viele wichtige Rechtsfragen nicht

abschließend regelt. Für uns Freie Demokraten besteht hier deshalb noch in hohem Maße

Ergänzungs- und Umsetzungsbedarf, bevor das Abkommen ratifiziert werden kann. Dazu gehören

auch Chinas ungerechtfertigte Gegensanktionen gegen europäische Organisationen und Personen.

Gegenseitiger Marktzugang, Rechtssicherheit einschließlich der Unabhängigkeit der Gerichte und die

universelle Geltung der Menschenrechte sind untrennbarere Teile unseres multilateralen Werte- und

Regelsystems. Menschenrechtsverletzungen und die fehlende Rechtsstaatlichkeit dürfen nicht

schweigend hingenommen werden. Die beispiellose technische Überwachung der Bevölkerung sowie

Unterdrückung ethnischer und religiöser Minderheiten durch den chinesischen Staat steht im

Widerspruch zu Chinas völkerrechtlichen Verpflichtungen. Durch die Internierung und

Zwangssterilisierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten setzt sich China dem Vorwurf des

Völkermordes aus. All diese Themen müssen im Rahmen des EU-China-Dialogs mit Nachdruck

angesprochen werden. Das erwarten auch Chinas Nachbarn von uns, die oftmals einer Politik aktiver

chinesischer Einschüchterung unterliegen. Vor diesem Hintergrund unterstützen wir die

zielgerichtete die Verhängung von Sanktionen der EU gegen chinesische Offizielle, die für

Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind.

Das demokratische Taiwan unterstützen

Wir Freie Demokraten unterstützen die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung in Taiwan

als gelungenem Gegenentwurf zum autoritären Herrschaftssystem in der Volksrepublik China. Unter

Wahrung der „Ein-China-Politik“ befürworten wir die Bemühungen Taiwans um Einbindung in

internationale Organisationen – soweit dies unterhalb der Schwelle einer staatlichen Anerkennung

erfolgen kann. Wir wollen zudem, dass Deutschland und die EU den Ausbau der wirtschaftlichen,

wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen vorantreiben. Eine Vereinigung von China

und Taiwan kann nur im friedlichen Konsens erfolgen. Militärische Drohgebärden der Volksrepublik

China gegen Taiwan verurteilen wir aufs Schärfste.

Hongkong im Kampf um Freiheitsrechte nicht allein lassen

Wir Freie Demokraten stehen an der Seite der mutigen Bürgerinnen und Bürger Hongkongs, die für

ihre Freiheitsrechte eintreten. Wir verurteilen das Sicherheitsgesetz der chinesischen Führung, denn

es kriminalisiert die demokratischen Proteste in Hongkong, unterdrückt Menschen und setzt die

repressiven Standards Chinas in Hongkong um. Zusammen mit der EU, Großbritannien und den USA

muss Deutschland die Einhaltung der chinesisch-britischen Erklärung von 1984 einfordern, die das

Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ verankert. Mit dem „National Security Law“ wurde dieses Prinzip

nicht nur verletzt, sondern durch die massive Einflussnahme und willkürliche Interpretation

schwammiger Gesetzesbestimmungen in entscheidenden Rechtsgarantien außer Kraft gesetzt. Auf

diesen Bruch des Völkerrechts müssen Deutschland und die EU reagieren und personenbezogene

Sanktionen gegen die Verantwortlichen erlassen.

Transatlantische Partnerschaften erneuern

Wir Freie Demokraten sind überzeugte Transatlantiker und sehen uns der deutsch-amerikanischen

Freundschaft verpflichtet. Die Wahl von Joe Biden zum US-Präsidenten bietet die große Chance, die

60transatlantischen Beziehungen für das kommende Jahrzehnt zu erneuern. Wir wollen, dass

Deutschland und die EU diese Chance nutzen. Hierfür wollen wir Freie Demokraten den Dialog mit

den Vereinigten Staaten auf allen Ebenen intensivieren, die transatlantischen Handelsbeziehungen

vertiefen, den EU-US-Privacy Shield schnell neu verhandeln, um eine rechtssichere Lösung für den

transatlantischen Datenverkehr zu finden. Zudem wollen wir die europäische Handlungsfähigkeit

sowie den Zusammenhalt der NATO stärken und so dazu beitragen, die besonderen Beziehungen

zwischen Europa und den USA auf eine Grundlage zu stellen, die den aktuellen geopolitischen

Umbrüchen Rechnung trägt. Gleiches gilt für umfassende Beziehungen mit dem NATO-Partner

Kanada, wo wir das von der Großen Koalition noch immer nicht ratifizierte EU-Kanada

Handelsabkommen CETA schnellstens verabschieden wollen.

Die Vereinten Nationen reformieren

Wir Freie Demokraten wollen starke und handlungsfähige Vereinte Nationen (VN), die ihrer

weltpolitischen Verantwortung für Sicherheit und Frieden gerecht werden. 75 Jahre nach ihrer

Gründung müssen die Vereinten Nationen dringend reformiert werden. Insbesondere der

Sicherheitsrat der Vereinten Nationen muss an die veränderte Staatenwelt des 21. Jahrhunderts

angepasst werden. Im Rahmen einer VN-Reform setzen wir uns zudem für einen ständigen

europäischen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und den Ausbau des Konsens über die

Schutzverantwortung (Responsibility to Protect) ein.

Freiheit und Menschenrechte weltweit

Die universellen Menschenrechte sind die Grundlage jeder liberalen und freien Gesellschaft und

schaffen weltweit die Basis für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Gerade in Krisenzeiten

wie der aktuellen Covid-Pandemie geraten Menschrechte aber international stärker unter Druck. Wir

Freie Demokraten sind überzeugt, dass der Einsatz für Freiheit und Menschenrechte weltweit

dringender denn je ist. Wir wollen deshalb, dass Deutschland beim Schutz der Menschenrechte eine

Vorreiterrolle einnimmt und Führungsstärke zeigt. Für uns sind Menschenrechte nicht verhandelbar.

Menschenrechte im digitalen Zeitalter schützen

Wir Freie Demokraten wollen den Schutz der Menschenrechte im digitalen Zeitalter stärken. Hierfür

wollen wir Internetfreiheit und digitale Menschenrechte zu neuen außenpolitischen Schwerpunkten

machen. Denn die Digitalisierung birgt sowohl neue Chancen für den Schutz der Menschenrechte als

auch neue Herausforderungen. Beim Ausbau des Menschenrechtsschutzes im digitalen Zeitalter,

insbesondere durch das Recht auf Privatsphäre und den Schutz personenbezogener Daten, den

Schutz vor Massenüberwachung, das Recht auf Anonymität im Internet und das Recht auf

Verschlüsselung, muss Deutschland im Zuge einer effektiven Cyber-Sicherheitsstrategie in Europa

und international eine Führungsrolle einnehmen. Zum Schutz der Privatsphäre gehört auch, dass zur

Straf- und Zivilrechtsverfolgung von Persönlichkeitsrechtsverletzungen Anonymität aufgehoben

werden kann.

Frauenrechte sind Menschenrechte

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Frauen weltweit eine elementare Rolle in der

internationalen Friedenssicherung, Streitschlichtung und Krisenprävention spielen. Wir wollen

deshalb die Position von Frauen in der Krisen- und Konfliktbewältigung stärken. Deshalb fordern wir

eine stärkere Anstrengung bei der Positionierung von Frauen in Schlüssel- und Führungspositionen

bei der UNO, der EU und im Bund. Der Nationale Aktionsplan „Frauen, Frieden, Sicherheit“ und die

61entsprechende VN-Resolution 1325 müssen ambitioniert umgesetzt werden. Weltweit werden Krisen

und Konflikte in den kommenden Jahren zunehmen. Besonders Kinder, ältere Menschen und Frauen

sind in diesen Situationen besonders betroffen. Sexualisierte Gewalt wird systematisch als

Kriegswaffe eingesetzt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass diese Form der Kriegsführung geächtet

und sowohl die VN-Frauenrechtskonvention (CEDAW) als auch die Istanbul-Konvention von

Vertragsstaaten eingehalten und umgesetzt wird.

Stärkung von LSBTI-Rechten

Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland sich gemeinsam mit EU-Partnern konsequent für die

Stärkung von LSBTI-Rechten einsetzt, Menschenrechtsverletzungen an Lesben, Schwulen, Trans\*, Bi-

und Intersexuellen verurteilt und für die Abschaffung diskriminierender Gesetze eintritt. Bei

Strafverschärfungen gegen LSBTI muss Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit

Nichtregierungsorganisationen vor Ort auf den Prüfstand stellen, gegebenenfalls die Budgethilfe

streichen und die Zusammenarbeit mit staatlichen Einrichtungen beenden. Auf Ebene der Vereinten

Nationen fordern wir eine Konvention für LSBTI-Rechte nach dem Vorbild der

Frauenrechtskonvention. Nirgendwo dürfen homosexuelle Handlungen und die geschlechtliche

Identität kriminalisiert werden. In der EU soll die Bundesregierung auf einen europaweiten Schutz

von LSBTI-Rechten hinwirken. Angeblich "LGBT-freie Zonen" in Polen und der europaweite Anstieg

von Übergriffen gegen LSBTI sind mit europäischen Werten nicht vereinbar. Innerhalb der EU

geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen sollen mit allen Rechten und Pflichten anerkannt werden.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht in Unternehmen fördern

Wir Freie Demokraten setzen auf gelebte Eigenverantwortung von Unternehmen und Konsumenten

zum besseren Schutz der Menschenrechte. Denn gerade Letztere haben insbesondere durch ihre

Nachfragemacht großen Einfluss die Produktionsbedingungen. Gleichzeitig wollen wir daran

mitwirken, dass die Beachtung von Menschenrechten Unternehmen mehr Wettbewerbsvorteile als -

nachteile bietet. Daher treten wir für eine einheitliche europäische Regelung zur

menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht in der Lieferkette ein. Wir sind überzeugt, dass nur

gemeinsame europäische Standards dem Binnenmarkt gerecht werden und zu einer positiven und

nachhaltigen Wertschöpfungskette beitragen. Viele deutsche und europäische Unternehmen leisten

bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur schrittweisen Verbesserung der Lebensbedingungen und der

menschenrechtlichen und sozialen Lage in Entwicklungsländern. Sie haben allerdings weder die

Marktmacht noch das Personal, um weltweit die Einhaltung der Menschenrechte entlang ihrer

Lieferketten zu garantieren. Damit dieses Engagement nicht gefährdet wird, sollte die Haftung in der

Lieferkette nur auf den Bereich der direkten Kontrolle bezogen werden, ohne neue zivilrechtliche

Haftungsansprüche zu begründen. Wir schlagen einen risiko-, größen- und sektorspezifischen Ansatz

vor. Die Schaffung weiterer Dokumentationspflichten oder unnötiger bürokratischer Hürden lehnen

wir ab. Menschenrechtsbezogene Risiken von Tätigkeiten und Geschäftsbeziehungen werden

reduziert. Die Beachtung von sozialen und ökologischen Kriterien fördert zudem Investitionen von

verantwortungsbewussten Unternehmern. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollten bei

ihrem Engagement in Entwicklungsländern unterstützt werden.

Für eine Entwicklungspolitik der Chancen

Bildung, Teilhabe und eine wirtschaftliche Perspektive sind weltweit die zentralen Grundlagen für ein

selbstbestimmtes Leben. Wir Freie Demokraten setzen uns deshalb für eine werteorientierte

Entwicklungspolitik ein, die Chancen ermöglicht und Armut bekämpft. Dabei setzen wir auf Qualität

62statt Quantität der eingesetzten Mittel, um so auch Demokratie, gute Regierungsführung,

Rechtsstaatlichkeit und Soziale Marktwirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern.

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz - Agenda 2030 endlich umsetzen

Wir Freie Demokraten bekennen uns zu den 17 Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 der Vereinten

Nationen (SDGs) und dem Pariser Klimaabkommen. Wir fordern deshalb die Weiterentwicklung der

Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) entlang dieser Ziele und Indikatoren. Die globalen

Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie die aktuelle Covid-19-Pandemie, Klimaveränderungen

und Umweltzerstörung, armuts- und kriegsbedingte Fluchtbewegungen, zerfallende Staaten und

schlechte Regierungsführung verlangen einerseits ein besser abgestimmtes europäisches und

internationales Vorgehen und andererseits eine einheitliche deutsche Positionierung. Gegenwertig

agieren die Ressorts weder abgestimmt noch lässt sich eine politische Gesamtstrategie erkennen.

Entwicklungszusammenarbeit stärker europäisch und international koordinieren

Wir Freie Demokraten setzen uns für die Stärkung der europäischen und internationalen

Entwicklungszusammenarbeit ein. Bildung, Gesundheitsversorgung, sexuelle und reproduktive

Rechte, die Bekämpfung von Hunger und der Einsatz für den internationalen Klima-, Arten - und

Umweltschutz können wir nur gemeinsam mit unseren europäischen und internationalen Partnern

erreichen. Durch eine stärkere Kooperation und Koordination mit unseren europäischen und

internationalen Partnern wollen wir zusätzlich Synergien schaffen und die Wirkung der

internationalen Entwicklungszusammenarbeit deutlich steigern. Die Covid-19-Pandemie, die

insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern zu massiven sozialen und wirtschaftlichen

Verlusten geführt hat, erfordert besondere Anstrengungen. Gleichzeitig bietet sie die Chance,

sämtliche Entwicklungs- und Wiederaufbaumaßnahmen neben der Förderung von Wachstum und

Beschäftigung zwingend auch an die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen

Widerstandskraft in den Partnerländern zu binden. Hierzu wollen wir auch die multilaterale

Unterstützung für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) stärken und bis spätestens 2030 0,2

Prozent des BIP, vorrangig für multilaterale Initiativen, zur Verfügung stellen.

Für eine europäisch abgestimmte Afrikapolitik

Wir Freie Demokraten fordern eine europäisch und zwischen den europäischen Mitgliedstaaten

abgestimmte Afrikapolitik. Wir wollen die Staaten Afrikas partnerschaftlich bei der Stärkung von

Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft und, sofern geboten, der Sicherheitskräfte unterstützen. So

wollen wir nicht nur Europas historischer Verantwortung gerecht werden, sondern auch die

Integration Afrikas in regionale und globale Wirtschaftskreisläufe fördern. Dies trägt auch der

Tatsache Rechnung, dass gerade Subsahara-Afrika mehr und mehr zu einem echten

Wirtschaftspartner Deutschlands und Europas wird. Zudem wollen wir Anreize für gute

Regierungsführung schaffen. Die Freiheit zur Eigengestaltung, Beteiligungsrechte und gute

Regierungsführung sind Grundvoraussetzung für Wachstum und Entwicklung. Wir begrüßen, dass die

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit regionalen Gruppen von AKP-Staaten die

Handelsbeziehungen zwischen EU und Afrika auf eine WTO-konforme Rechtsgrundlage stellen und

allen afrikanischen Staaten einen erleichterten und bevorzugten Marktzugang bieten. Ziel muss

dennoch der vollständige Zugang zum EU-Binnenmarkt und der Abbau protektionistischer

Maßnahmen sein. Marktverzerrende Subventionen der EU insbesondere im Agrarbereich dürfen den

Aufbau wettbewerbsfähiger Märkte in Afrika nicht untergraben. Die EU muss die regionale

wirtschaftliche Integration innerhalb Afrikas und die nachhaltige Wertschöpfung vor Ort stärker

63unterstützen. Deshalb wollen wir die Afrikanische Union (AU) bei der Realisierung der kontinentalen

Freihandelszone (AfCFTA) aktiv unterstützen.

Einwanderung und Flucht

Deutschland braucht – wie alle klassischen Einwanderungsländer – klare Regeln für Einwanderung

nach eigenen Interessen, gebündelt in einem Einwanderungsgesetzbuch. Zugleich gilt es, die

humanitären Verpflichtungen gegenüber Schutzbedürftigen zu erfüllen. Wir wollen Humanität und

Ordnung miteinander verbinden. Wir Freie Demokraten wollen ein Einwanderungsrecht aus einem

Guss in Form eines zusammenhängenden Einwanderungsgesetzbuches schaffen.

Einwanderung in den Arbeitsmarkt steuern – Punktesystem einführen

Wir Freie Demokraten wollen die Einwanderung in den Arbeitsmarkt verständlich und einfach

steuern. Dazu fordern wir ein modernes Zwei-Säulen-System. Dieses besteht aus einer

überarbeiteten Blue Card als Kerninstrument der Fachkräfteeinwanderung mit Arbeitsplatzangebot,

die auch für nicht-akademische Fachkräfte geöffnet werden muss, und der Einführung einer

Chancenkarte für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild, um die Möglichkeit für Fachkräfte zu

schaffen, auch ohne Arbeitsplatzangebot zur Arbeitssuche nach Deutschland zu kommen. Die

Steuerung soll hier über Kriterien wie Bildungsgrad, Deutsch- oder auch gute Englischkenntnisse,

Alter, Berufserfahrung und den aktuellen Fachkräftebedarf am Arbeitsmarkt erfolgen. Mittelfristig

soll die Chancenkarte in einem europäischen Talentpool aufgehen, um Europas Attraktivität für

qualifizierte Fachkräfte und Studierende zu erhöhen und zu vereinheitlichen. Für beide Säulen muss

es für jeden Beruf eine einzige bundesweit zuständige Anerkennungsstelle geben, die die Prüfung

strukturiert und professionell vornimmt. Für gut integrierte geduldete Schutzsuchende muss es die

Möglichkeit eines „Spurwechsels“ in eine der beiden Säulen der Einwanderung in den Arbeitsmarkt

geben. Denn wer einer Erwerbstätigkeit nachgeht oder sich in einer Qualifikationsphase (zum

Beispiel Ausbildung oder Studium) befindet, sollte nicht ausgewiesen werden.

Flucht und Einwanderung klar unterscheiden

Für uns Freie Demokraten ist das Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte unantastbar. Dazu

gehört auch die politische Verfolgung aus religiösen Gründen oder aufgrund der sexuellen Identität.

Dabei wollen wir zwischen politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern

unterscheiden. Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen unbürokratischen

Status schaffen ─einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges

begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das

Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in

der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Die Kompetenzen von Bund und Ländern sollten klar

getrennt werden. Der Bund sollte für alle Fragen des Schutzstatus und der Beendigung des

Aufenthaltes einschließlich der Abschiebung zuständig sein, damit sich die Länder auf die Aufgabe

der Integration konzentrieren können. Zu einem geordneten Einwanderungsrecht gehört auch eine

konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht durch Abschiebung und die Schaffung von

ausreichend Abschiebehaftplätzen.

Verbindliche Verteilung von Schutzsuchenden

Wir Freie Demokraten fordern als Kern einer Fortentwicklung der Gemeinsamen Europäischen

Asylpolitik eine verbindliche Verteilung der Schutzsuchenden unter den EU-Staaten, es sei denn, sie

haben erkennbar keine Bleibeperspektive. Sollte eine Einigung auf EU-Ebene nicht in absehbarer Zeit

64gelingen, sollte Deutschland mit gleichgesinnten Staaten vorangehen. Staaten, die sich an dieser

"Koalition der Willigen" nicht beteiligen, müssen mit angemessenen Kürzungen aus Zuwendungen

aus dem EU-Haushalt rechnen, die dann zur Finanzierung der Kosten der Aufnahme von Flüchtlingen

verwendet werden.

Sekundärmigration verhindern

Wir Freie Demokraten wollen eine feste Zuständigkeit für 8 Jahre des EU-Mitgliedstaates, dem ein

Schutzsuchender zugeteilt wurde. Die Rücküberstellung in den zuständigen EU-Staat muss

vereinfacht werden. Hilfsleistungen soll der Schutzsuchende in der Regel nur im zuständigen EU-Staat

erhalten. Dabei muss gewährleistet sein, dass diese Hilfeleistungen in allen Mitgliedstaaten einem

europäischen Mindestniveau entsprechen. Damit wollen wir die Dublin-Regelungen

weiterentwickeln und Sekundärmigration wirksam verhindern.

Asylanträge in EU-Botschaften ermöglichen: Visum aus humanitären Gründen

Wir Freie Demokraten fordern, dass Asylanträge auch im Ausland in den Europäischen Botschaften

gestellt werden können. Es muss möglich sein, auf sicherem Wege nach Europa zu kommen ─ ohne

lebensgefährliche Reise und der Gefahr, in die Hände von Menschenhändlern zu geraten. Ein Visum

aus humanitären Gründen sollte ebenfalls erteilt werden, wenn im Einzelfall offensichtlich ist, dass

Leib und Leben der Antragstellerin oder des Antragstellers unmittelbar, ernsthaft und konkret

gefährdet sind. Dazu sollten im europäischen Recht eindeutige Regelungen verankert werden.

Frontex ausbauen für Außengrenze und Seenotrettung

Wir Freie Demokraten fordern einen schnelleren Ausbau der EU-Grenzschutzagentur Frontex auf die

vorgesehene Personalstärke von 10.000 Beamten, begleitet von einer strukturellen Reform, sowie

einer Erweiterung von Kontroll- und Transparenzmechanismen. Deutschland muss sich hieran stärker

beteiligen. Ein Raum ohne Binnengrenzen erfordert einen starken Schutz der Außengrenzen. Dies

können die Mitgliedstaaten vielfach nicht mehr alleine leisten. Eine starke europäische

Grenzschutzagentur, die sie hierbei unterstützt, ist damit im Interesse aller Mitgliedstaaten und

insbesondere im deutschen Interesse. Frontex sollte auch die Seenotrettung übernehmen, um

endlich das grausame Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden. Hierbei handelt es sich um eine

staatliche Aufgabe. Solange dies nicht gewährleistet ist, dürfen private Stellen, die diese Aufgabe

übernehmen, nicht behindert werden. So stärken wir den europäischen Grenzschutz und verbessern

die Seenotrettung.

Leitbild Grundgesetz

Wir Freie Demokraten fordern ein integrationspolitisches Leitbild. Dieses umfasst das Grundgesetz

mit seinem Grundrechtekatalog, ist religionsunabhängig und spiegelt die gesellschaftliche Vielfalt in

Einheit wider. Es soll die Prinzipien Weltoffenheit, Toleranz und Eigenverantwortung als Grundlage

der Integration betonen. Sprach- und Integrationskurse müssen daher vom ersten Tag an

flächendeckend und kostenlos angeboten, aber auch angenommen werden. Ziel der

Integrationskurse muss es vor allem sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu

vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann sowie die Toleranz gegenüber allen

Formen des Glaubens und des Nichtglaubens.

Integration fordern und fördern

Wir Freie Demokraten wollen eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt und daher Einwanderer

einlädt, Teil unserer Gesellschaft zu werden, ihnen aber auch eine eigene Integrationsleistung

65abverlangt. Wir wollen die Chancen der Einwanderung für Deutschland nutzen, denn unser Land ist

auf Einwanderung angewiesen. Integration ist der Schlüssel dafür, dass Einwanderer zu einem Teil

unserer Gesellschaft werden und zu ihrem Gelingen beitragen. Deshalb wollen wir Integration durch

Angebote zum Erlernen unserer Sprache und unserer Gesellschaftsordnung, Integrationspaten nach

kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, die sich gezielt an Frauen, Kinder

und Senioren, aber auch an besonders schutzbedürftige Personengruppen richten. Bürokratische

Hürden beim Einwanderungs- und Integrationsprozess sowie bei der Arbeitsaufnahme, wie die

Vorrangprüfung oder die Sperrfrist für Asylbewerber, müssen abgebaut und Partnerschaften mit

Herkunftsländern geschlossen werden. Mit ausgewählten Partnerländern sind Anwerbestrategien

vor Ort zu entwickeln, zum Beispiel mit Sprachkursen und Vorbereitungskursen auf das Leben in

Deutschland.

Für ein liberales Staatsangehörigkeitsrecht

Wir Freie Demokraten begreifen die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit als Ausweis einer

gelungenen Integration in die Gesellschaft. Daher müssen bei der Verleihung der Staatsangehörigkeit

klare Kriterien erfüllt sein. Es ist für das Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland

wertvoll, wenn Menschen, die in Deutschland geboren sind oder ihr ganzes Leben in Deutschland

verbringen werden, über eine Einbürgerung auch rechtlich Teil des Staatsvolkes werden. Das

deutsche Staatsangehörigkeitsrecht sollte auch die Mehrstaatigkeit im Falle einer Einbürgerung

grundsätzlich zulassen. Ab der Enkelgeneration der Ersteingebürgerten sollten sich Menschen dann

für eine Staatsangehörigkeit entscheiden müssen, außer wenn mit dem Verlust der Aufgabe der

zweiten Staatsangehörigkeit rechtliche oder wirtschaftliche Nachteile verbunden sind, sie nicht auf

sie verzichten können oder es sich um die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates handelt. Wir

fordern für Einwanderer zudem einen vereinfachten Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit nach

insgesamt vier Jahren. Eine Niederlassungserlaubnis soll bereits nach drei Jahren gewährt werden,

wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller in dieser Zeit mit gültigem Aufenthaltstitel straffrei in

Deutschland gelebt hat und Sprachkenntnisse sowie die vollständige Deckung des Lebensunterhaltes

auch der Familie nachweisen kann. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit soll unabhängig

vom Einwanderungsweg möglich sein, wenn zusätzlich ein Einbürgerungstest und das Bekenntnis zur

Rechtsordnung unseres Grundgesetzes ablegt wird. Der Entzug der doppelten Staatsangehörigkeit

darf kein Mittel zur Gefahrenabwehr oder Bestrafung sein. Sonst wären Bürger mit einer weiteren

Staatsangehörigkeit nur Bürger zweiter Klasse. Für alle Neubürgerinnen und Neubürger wollen wir

die flächendeckende Durchführung von Einbürgerungsfeiern unter Verwendung der Symbole der

Bundesrepublik.

Für ein ganzheitliches Energiesystem

Wir Freie Demokraten wollen die Energiewende stärker innovativ, international und als

Gesamtsystem denken. Denn es geht nicht nur um Strom, sondern auch um Wärme und Kälte für

Gebäude, Industrieprozesse sowie Kraftstoffe für den Verkehr. Wir werden die Klimaschutzziele nicht

erreichen, indem wir nur auf direkte Elektrifizierung auf Basis erneuerbaren Stroms in Deutschland

setzen. Unser Ziel ist ein kosteneffizientes, sicheres und weltweit vernetztes europäisches

Gesamtsystem „Energieversorgung“. Wir wollen eine naturwissenschaftlich fundierte Energiepolitik,

die auf Innovation, Wettbewerb und hohe gesellschaftliche Akzeptanz setzt.

66Energie bezahlbar machen - EEG-Umlage abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen die Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend

reformieren. Denn aktuell hat Deutschland die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle

Verbrauchergruppen. Dazu wollen wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die EEG-

Umlage wollen wir schrittweise abschaffen, indem die Förderzusagen aus der Vergangenheit

weitestgehend aus den Einnahmen der CO2-Bepreisung finanziert werden und keine neuen

Fördertatbestände geschaffen werden.

Erneuerbare Energien marktwirtschaftlich ausbauen

Wir Freie Demokraten wollen erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb überführen und

die Förderung nach dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) beenden. Gesetzlich vorgegebene

Ausbaupfade für einzelne Technologien und staatlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ab.

Deutsche Stromkunden haben den Ausbau erneuerbarer Energien bereits mit über 200 Milliarden

Euro gefördert. Sie stehen heute für rund die Hälfte der Stromerzeugung in Deutschland und können

künftig mehr Systemverantwortung übernehmen. Ein steigender CO2-Preis wird fossile Energie

weiter unattraktiv machen und dazu führen, dass der Zubau erneuerbarer Energien stärker

nachfragegetrieben erfolgt. Auch die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom und die

marktwirtschaftliche Nutzung von Strom aus Altanlagen, die aus der 20-jährigen EEG-Förderung

fallen, wollen wir vereinfachen.

Energieversorgung sichern – regelmäßiger Stresstest

Wir Freie Demokraten wollen ein regelmäßiges Monitoring (Stresstest) für Versorgungssicherheit mit

Energie und dazu klare Kriterien gesetzlich festschreiben. Denn die sichere und zuverlässige

Versorgung mit Strom, Wärme, Kälte und Kraftstoff zu jeder Zeit an jedem Ort hat für uns Priorität.

Sie darf durch klima- und energiepolitische Maßnahmen nicht gefährdet werden. Kohle- und

Atomausstieg und die zunehmende Einspeisung aus zeit- und wetterabhängig schwankender Wind-

und Sonnenenergie stellen unser Energiesystem vor enorme Herausforderungen.

Mehr Tempo beim Wasserstoff

Wir Freie Demokraten wollen Wasserstoff als zweite Säule des künftigen Energiesystems neben

Strom aufbauen und den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft schnellstmöglich vorantreiben.

Klimaneutraler Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe können fossile Brennstoffe in der Industrie

ersetzen, Autos, Schiffe und Flugzeuge antreiben oder Gebäude heizen. Der volatile Strom aus Sonne

und Wind wird durch chemische Umwandlung in Wasserstoff speicherbar und leichter über weite

Strecken transportierbar. Für den Hochlauf setzen wir neben grünem Wasserstoff aus erneuerbaren

Energien auch auf klimaneutralen „blauen“ und „türkisen“ Wasserstoff aus Erdgas, bei dessen

Herstellung der enthaltene Kohlenstoff gespeichert wird und nicht in die Atmosphäre gelangt. Nur so

erreichen wir kurzfristig große Mengen zu bezahlbaren Preisen.

Europäische Wasserstoffunion

Wir Freie Demokraten wollen die Gründung einer Europäischen Wasserstoffunion voranbringen.

Denn Deutschland importiert heute rund 70 Prozent seines Energiebedarfs und wird trotz aller

Anstrengungen auf dem Heimatmarkt auch künftig auf die Einfuhr von Energieträgern angewiesen

sein. Daher müssen wir jetzt eine europäische Strategie für den Import klimaneutraler Gase und

Kraftstoffe schaffen. Eine Europäische Wasserstoffunion verbindet Klimaschutz mit einer

zukunftsfähigen Industrie und sicherer Energieversorgung. Wasserstoffprojekte, zum Beispiel aus

67Solarenergie an günstigen Produktionsstandorten in Südeuropa, können helfen, wirtschaftliche

Ungleichgewichte innerhalb der EU zu mindern.

Für eine digitale Energiewende

Wir Freie Demokraten wollen die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland schneller und

unbürokratischer voranbringen. Denn die Verbesserung der Energieeffizienz, die Flexibilisierung des

Verbrauchs und der Tarife sowie die Sicherstellung der System- und Versorgungssicherheit kann nur

durch konsequente Digitalisierung gelingen. Smarte Anwendungen können dazu beitragen, den

Wandel von einer zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung weiter voranzutreiben. Wir

möchten den Rollout intelligenter Messsysteme (smart meter) vereinfachen als Voraussetzung für

Smart Grids und Automatisierung durch künstliche Intelligenz. Dabei müssen IT- und Datensicherheit

ein Grundpfeiler zum Schutz dieser kritischen Infrastruktur sein. Neue Chancen und Innovationen

können sich durch vermehrt datengetriebene Geschäftsmodelle ergeben. Auch im privaten Bereich

lassen sich durch Digitalisierung enorme Energieeffizienzpotentiale heben - zum Beispiel bei der

Wärme- und Beleuchtungssteuerung und beim autonomen Fahren.

Bürokratie im Energierecht abbauen – unnötige Bremsen lösen

Wir Freie Demokraten wollen das inzwischen kaum mehr zu überblickende und parlamentarisch

immer schwieriger zu kontrollierende Energierecht entbürokratisieren sowie Planungs- und

Genehmigungsverfahren entschlacken und digitalisieren. Wir wollen durch Bürokratieabbau nicht

nur mehr Ressourcen für Innovationen und Wachstum in den Unternehmen schaffen. Wir sehen ihn

auch aus demokratischer Sicht als dringend geboten. Schnellere Verfahren erleichtern den

marktgetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien und die schnelle Realisierung der dafür nötigen

Strom- und Gasnetze.

Akzeptanz der Energiewende stärken

Wir Freie Demokraten wollen die Akzeptanz der Energiewende vor Ort durch frühzeitige

Bürgerbeteiligung, einen klugen Ausgleich mit Anwohnern und transparente rechtsstaatliche

Verfahren stärken. Denn die Unterstützung für den Ausbau erneuerbarer Energien und Netze ist

grundsätzlich hoch. Auch immer mehr Unternehmen möchten auf erneuerbare Energien setzen. Bei

der konkreten Umsetzung vor Ort stoßen wir allerdings zunehmend an Grenzen der

Flächenverfügbarkeit und Akzeptanz, die von der Politik zu berücksichtigen sind. Eine Energiewende

hin zu weitgehender Stromversorgung aus Sonne und Wind ist nur dann machbar, wenn sie auch für

die unmittelbar Betroffenen mehrheitlich akzeptabel ist.

Landwirtschaft

Deutschland braucht eine zukunftsorientierte Landwirtschaft, die sich rechnet. Nur dort, wo die

Menschen Geld mit ihrer Arbeit verdienen können, werden modernste Produktionsmethoden

eingesetzt. Wir Freie Demokraten wollen den Landwirten Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg,

digitalen Fortschritt und eine eigenverantwortliche Risikovorsorge gegen zunehmende

Witterungsrisiken ermöglichen.

Unabhängigkeit der Landwirtschaft stärken

Wir Freie Demokraten wollen Landwirte unabhängig von Agrarzahlungen machen und sie von

überbordender Bürokratie entlasten. Die europäische Agrarpolitik braucht ein Update. Wir wollen

weg von flächenbezogenen Direktzahlungen und hin zu mehr zukunftssichernder

Investitionsförderung und Forschung. Wir wollen einheitliche Wettbewerbsstandards in der EU. Das

68Genossenschaftsrecht wollen wir reformieren. Nur mit fairen Wettbewerbsbedingungen für alle im

gemeinsamen Binnenmarkt können wir die Abwanderung der landwirtschaftlichen Produktion und

der Weiterverarbeitung der Lebensmittel ins Ausland verhindern. Bei landwirtschaftlichen

Erzeugnissen brauchen wir eine marktwirtschaftliche Preisbildung in der gesamten

Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Einzelhandel. Die fortschreitende Konzentration von

Marktmacht schadet dem Wettbewerb. Handelshemmnisse für Landwirte und Weinbauern wollen

wir darüber hinaus abbauen.

Waldschutzoffensive für artenreiche Wirtschaftswälder

Wir Freie Demokraten wollen artenreicher Wirtschaftswälder erhalten. Mit einer

Waldschutzoffensive wollen wir die Schadholzbergung, Schädlingsbekämpfung und schnelle

Aufforstung mit klimaresilienten und wirtschaftlichen Baumarten forcieren. Einschränkung der

Bewirtschaftung und Stilllegung von Wäldern sind kontraproduktiv und müssen beendet werden. Wir

wollen die Gemeinwohlleistungen der Wälder marktorientiert honorieren. Forstwirtschaftliche

Zusammenschlüsse und damit auch Kleinprivatwälder wollen wir stärken. Zudem wollen wir die

Forschung zum Einsatz nachwachsender Rohstoffe ausweiten. Der Wald hat vielfältige Funktionen als

Lebens- und Erholungsraum, Treibhausgassenke und Rohstofflieferant für eine moderne und

innovative Holzwirtschaft, die wichtige Arbeitsplätze sichert.

Landwirtschaft an Trockenheit anpassen

Wir Freie Demokraten wollen der Land- und Forstwirtschaft die Anpassung an Klimaveränderungen

erleichtern. Dazu setzen wir auf Hilfe zur Selbsthilfe. Wir wollen es den Betrieben der Land- und

Forstwirtschaft wollen wir ermöglichen, mit steuerbefreiten Risikoausgleichsrücklagen in guten

Jahren besser für Dürren und andere Folgen des Klimawandels vorzusorgen. Auf diese Weise werden

sie unabhängiger von staatlichen Notprogrammen. Zudem wollen wir einen Paradigmenwechsel im

Wasserbau, um zukünftig ausreichende Wasservorräte für das Pflanzenwachstum verfügbar zu

halten. Dazu werden wir einen Nationalen Aktionsplan für Gewässer und Wassermanagement

erarbeiten.

Europaweites Tierwohllabel für Transparenz und verantwortungsvolle Haltung

Wir Freie Demokraten treten für eine verantwortungsvolle Haltung von Nutztieren ein. Dabei setzen

wir auf rechtsstaatliche Kontrollen und wirksame Modernisierungsschritte in der Tierhaltung, die

auch kleine und mittlere Betriebe mitgehen können. Damit auch die Verbraucherinnen und

Verbraucher beim Kauf tierischer Erzeugnisse Verantwortung übernehmen können, müssen

Haltungsbedingungen klar erkennbar sein. Um dies zu gewährleisten, setzen wir uns für ein

einfaches, transparentes und verpflichtendes Tierwohllabel in der gesamten Europäischen Union und

mittelfristig europaweit einheitliche Tierschutzstandards ein. Die Tierschutzstandards auf Höfen

müssen regelmäßig und mindestens alle fünf Jahre kontrolliert werden. Damit Landwirte

Investitionsentscheidungen für mehr Tierwohl planen können, brauchen sie zudem verlässliche

Rahmenbedingungen. Widersprüche zwischen konkurrierenden Rechtsbereichen wie zwischen

Tierwohl und Immissionsschutz müssen aufgelöst werden. Die überholte Anbindehaltung wollen wir

schrittweise überwinden.

Information und Innovation gegen Lebensmittelverschwendung

Wir Freie Demokraten wollen transparente Nährwertinformationen und frühzeitige

Ernährungsbildung in Kindertagesstätten und Schulen. Zudem wollen wir prüfen, bei welchen

69Produkten das starre Mindesthaltbarkeitsdatum durch ein dynamisches Verderbslimit ersetzt werden

kann. Intelligente Verpackungen und eine Haftungserleichterung für Lebensmittelspenden können

dabei helfen, die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren

Nachhaltige Nutzung der Fischbestände sichern

Wir Freie Demokraten wollen jegliche Fischerei konsequent an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit

orientieren. Dabei sind Umweltverträglichkeit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität

absolut gleichrangig zu sehen. Nur so kann sie ihre wichtige Rolle für die Welternährung auch in

Zukunft spielen. Dazu wollen wir die Grundschleppnetz-Fischerei beschränken und Fangtechniken

artenspezifisch anpassen, beispielsweise durch die Vergrößerung der Maschenweite von Fangnetzen.

Beifang soll bei den Fangquoten angerechnet werden.

Jagd als Naturschutz – Wildtiermanagement ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen ein modernes Wildtiermanagement, das eine Bejagung von Wolf,

Kormoran, Nandu und Biber ermöglicht. Zur Seuchenprävention und Wildschadenminimierung ist die

Jagd unerlässlich. Wir wollen den Einsatz von Schalldämpfern und Nachtzielgeräten zur

Lärmreduktion und für eine genauere Treffpunktlage für Jägerinnen und Jäger ermöglichen. Wir

stehen zu den Jägerinnen und Jägern in Deutschland als aktive und staatlich geprüfte Naturschützer.

Digitale Landwirtschaft – Smart Farming

Wir Freie Demokraten wollen die Chancen der Digitalisierung für die Landwirtschaft nutzen. Smart

Farming sehen wir als ein Werkzeug, dass Landwirten dabei hilft, ihre Betriebe zu optimieren und

damit Tierwohl, Umwelt- und Arbeitsabläufe zu modernisieren. Wir wollen eine moderne

Agrarpolitik, die nicht gängelt, sondern Lösungen forciert und Einkommen steigert.

Nachhaltige Landwirtschaft durch neue Technologien

Wir Freie Demokraten wollen Technologieoffenheit für die nachhaltige Landwirtschaft der Zukunft.

Für gentechnisch veränderte Nutzpflanzen müssen daher aktuelle und wissenschaftlich basierte

Zulassungskriterien gelten. Grüne Gentechnik eröffnet neue Möglichkeiten, um Böden zu schonen,

Biodiversität zu fördern und die Effizienz des Betriebsmitteleinsatzes zu erhöhen. Ebenso setzen wir

uns für die zügige Zulassung von In-vitro-Fleisch in der EU ein. Neue Möglichkeiten in der

Futterversorgung für Nutztiere wie Insekten- und Tiermehl wollen wir unter Berücksichtigung

gesundheitlicher Belange auch zulassen. Bedenken in der Bevölkerung muss mit Aufklärung begegnet

werden.

Wohnen

Der Wohnraum in unseren Städten wird knapper, die Mieten steigen immer weiter. Dagegen hilft vor

allem eins: Mehr Bauen. Enteignungen, Mietpreisbremse oder Mietendeckel sorgen letztlich für

weniger Wohnraum. Auch der Traum vom Eigenheim rückt durch hohe Kosten für immer mehr

Menschen in weite Ferne. Wir Freie Demokraten wollen dafür sorgen, dass Wohnen auch in Zukunft

bezahlbar bleibt und sich der Traum vom Eigenheim für mehr Menschen erfüllen lässt.

Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer – Wohneigentum fördern

Wir Freie Demokraten wollen die Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb von selbstgenutztem

Wohneigentum entlasten. Dazu wollen wir bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag von bis zu

500.000 Euro für natürliche Personen einführen. Der Freibetrag soll wiederauffüllbar sein, damit er

bei einem Verkauf für einen neuen Erwerb wieder zur Verfügung steht. Dadurch erleichtern wir es

70den Menschen, ihren Traum vom eigenen Haus oder der eigenen Wohnung zu verwirklichen und

zugleich für das Alter vorzusorgen.

Bündnis für selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Wir Freie Demokraten fordern mehr barrierefreien oder -armen Wohnraum in Bestand und Neubau.

So wollen wir Menschen ermöglichen, möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld

leben zu können. Ein breites Bündnis von Bund, Ländern, Kommunen, aus Wissenschaft und Praxis,

Politik und Gesellschaft soll das Thema „Wohnen im Alter“ mehr in das Bewusstsein aller Akteure

rücken und Lösungen erarbeiten. Bestehende Förderungen sollen zusammengeführt werden.

Anreizmodelle sollen den Lock-In-Effekt verhindern, damit sowohl ältere Menschen als auch junge

Familien passenden Wohnraum finden.

Baukosten-TÜV

Wir Freie Demokraten wollen Bauen günstiger machen. Durch die Vielzahl von Vorschriften

entstehen massive Kosten. Daher wollen wir einen Baukosten-TÜV einführen, der neue Regelungen

auf ihre Kosten für Bauen und Wohnen ermittelt. Unser Ziel ist es, kostenverursachende Normen zu

vermeiden und den Entscheidern eine transparente Grundlage für ihr Handeln zur Verfügung zu

stellen. Insbesondere EU-Richtlinien dürfen nicht über das erforderliche Maß hinaus umgesetzt

werden. Die Empfehlungen der Baukostensenkungskommission müssen konsequent umgesetzt

werden.

Vorrang für Wohnungsbau – Mietendeckel abschaffen, Abschreibung erhöhen

Wir Freie Demokraten wollen die Mietpreisbremse und den Mietendeckel abschaffen. Die

Möglichkeiten zur Abschreibung für Wohnungsbauinvestitionen wollen wir verbessern. Die lineare

Abschreibung muss von zwei auf drei Prozent erhöht werden. Darüber hinaus ist die Aktivierung von

Bauland notwendig, beispielsweise durch eine stärke Zusammenarbeit der Länder mit der

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA). Mietpreisbremse und Mietendeckel schaffen

nachweislich keine neuen Wohnungen und haben sogar zu einer Verknappung des Angebots geführt.

Auch die zahlreichen Regelungen im Rahmen so genannter Erhaltungsverordnungen oder das immer

komplexer werdende Mietrecht machen die Vermietung von Wohnraum unnötig kompliziert.

Baugenehmigungen beschleunigen

Wir Freie Demokraten wollen die Genehmigungsverfahren vor dem Bauen beschleunigen. Dazu

wollen wir die Chancen des seriellen und modularen Bauens nutzen sowie ein digitales und

teilautomatisiertes Baugenehmigungsverfahren. Die Bauordnungen aller Länder müssen

harmonisiert werden, sodass dort einheitliche Anforderungen an den modularen und seriellen Bau

enthalten sind. Ferner muss die so genannte Genehmigungsfiktionen gesetzt werden: Legt der

Bauherr alle Unterlagen vor, reagiert die Behörde aber innerhalb eines bestimmten Zeitraums nicht

auf den Antrag, so gilt der Antrag als genehmigt und die Bautätigkeit kann beginnen.

Baulückenkataster erstellen, Dachausbau fördern, Innenentwicklung forcieren

Wir Freie Demokraten wollen ein Baulücken- und Potentialflächenkataster einführen. Auf dessen

Grundlage können die Gemeinden mit angespannten Wohnungsmärkten konkrete Zeit- und

Maßnahmenpläne zur Bebauung dieser Flächen entwickeln. Der Bund muss die Länder im Rahmen

der Bauministerkonferenz außerdem zu einer Entbürokratisierung des Dachausbaus und der

Dachaufstockung, etwa bei der Stellplatz- und Aufzugspflicht, anhalten und mittels der KfW ein

entsprechendes Förderprogramm auflegen.

71Digitaler Bauantrag

Wir Freie Demokraten wollen den digitalen Bauantrag einführen, um die Bearbeitung zu

vereinfachen, zu beschleunigen und teilweise zu automatisieren. Denn die Arbeitsabläufe und

Verfahren in den Genehmigungsbehörden sind aus der Zeit gefallen. Wie bei der Steuererklärung

wollen wir für alle Antragsteller ein bundesweit zentrales digitales Portal schaffen, mit dem digitale

Bauanträge eingereicht werden können.

Soziales Wohnen

Wir Freie Demokraten wollen einen echten Zugang zu günstigem Wohnraum für Menschen mit

niedrigem Einkommen schaffen. Dazu muss sich die gesamte soziale Wohnraumversorgung am

potenziellen Mieter und nicht am Bau von neuen Sozialwohnungen orientieren. Wir wollen die

Berechtigung auf Bezug einer Sozialwohnung auf diejenigen Bevölkerungskreise begrenzen, die auf

dem freien Wohnungsmarkt auch mit einem Wohngeldanspruch erfolglos bleiben, weil Vermieter sie

trotz ihrer Zahlungsfähigkeit nicht akzeptieren.

Liberales Bürgergeld

Jeder Einzelne soll die Chance haben, beruflich und privat aufzusteigen. Der moderne Sozialstaat

muss ein Sprungbrett sein. Er muss ermutigen, Potentiale freisetzen und Anstrengung auch wirklich

belohnen. Ziel muss es sein, dass Menschen möglichst schnell berufliche Fortschritte machen

können. Wir Freie Demokraten wollen Chancen durch Freiräume eröffnen – für ein selbstbestimmtes

Leben.

Liberales Bürgergeld einführen

Wir Freie Demokraten wollen das Liberale Bürgergeld. Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen

wie das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder das

Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen, auch im Sinne einer

negativen Einkommenssteuer. Selbstverdientes Einkommen soll geringer als heute angerechnet

werden. So möchten wir das Steuer- und Sozialsystem verbinden. Die Grundsicherung muss

unbürokratischer, würdewahrender, leistungsgerechter, digitaler und vor allem chancenorientierter

werden. Daneben sollte der Passiv-Aktiv-Tausch weiterentwickelt werden, bei dem Gelder, die ein

Leistungsempfänger erhält, in Lohnkostenzuschüsse für einen sozialversicherungspflichtigen

Arbeitsplatz umgewandelt werden können.

Bessere Hinzuverdienstregeln beim ALG II

Wir Freie Demokraten wollen bessere Hinzuverdienstregeln beim Arbeitslosengeld II bzw. beim

angestrebten liberalen Bürgergeld. Die aktuellen Regeln sind demotivierend und belohnen kaum,

durch eigene Arbeit die Grundsicherung Schritt für Schritt zu verlassen. Bessere Hinzuverdienstregeln

ermöglichen aber genau das, sie bilden eine trittfeste Leiter, die aus Hartz IV herausführt. Das

Einkommen von Jugendlichen aus Familien, die ALG II beziehen, soll bis zur Höhe eines Minijobs gar

nicht angerechnet werden.

Schonvermögen erhöhen

Wir Freie Demokraten wollen das Schonvermögens in der Grundsicherung ausweiten. Das betrifft

insbesondere das Altersvorsorge- Vermögen, die selbst genutzte Immobilie und das für die

Erwerbstätigkeit benötigte angemessene Kraftfahrzeug. Wir wollen Menschen davor bewahren, ihre

72auch abseits der staatlichen Förderung eigenverantwortlich und hart erarbeitete Altersvorsorge

auflösen zu müssen. Wir wollen, dass sich Eigenverantwortung und Anstrengung auszahlen.

Arbeitslosengeld II entbürokratisieren – mit einheitlichem Satz

Wir Freie Demokraten wollen einen einheitlichen Satz für alle erwachsenen Leistungsbezieher beim

Arbeitslosengeld II bzw. beim angestrebten liberalen Bürgergeld. Bei Rückforderungen durch die

Jobcenter führen wir eine Bagatellgrenze für Kleinstbeträge ein. Beide Maßnahmen verringern den

Verwaltungsaufwand und sorgen für eine transparentere, bürgernähere Grundsicherung. Dies

erspart allen die teilweise entwürdigende Überprüfung der Wohn- und Familienverhältnisse.

Enkelfitte Rente

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen des demographischen Wandels und des Wandels am

Arbeitsmarkt ist es zwingend, das Altersvorsorgesystem zu modernisieren, nachhaltig finanzierbar zu

gestalten und den kapitalgedeckten Teil der Altersvorsorge zu stärken. Wir Freie Demokraten wollen

so die Rente enkelfit machen.

Altersvorsorge nach dem Baukastenprinzip ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen die Altersvorsorge dabei nach dem Baukastenprinzip organisieren. So

können Bausteine aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Altersvorsorge je nach Lebenslage

flexibel kombiniert und an moderne Lebensläufe angepasst werden. Alle Ansprüche aus diesem

„Rentenbaukasten“ sollen bei Wechseln zwischen Arbeitgebern oder zwischen Beschäftigung und

Selbstständigkeit flexibel mitgenommen werden können.

Flexiblen Renteneintritt ermöglichen

Wir Freie Demokraten wollen das Renteneintrittsalter nach schwedischem Vorbild flexibilisieren. Wer

früher in Rente geht, bekommt eine geringere, wer später geht, eine höhere Rente. Wer das 60.

Lebensjahr und mit allen Altersvorsorgeansprüchen mindestens das Grundsicherungsniveau erreicht,

soll selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt. Zuverdienstgrenzen schaffen wir ab, Teilrenten

sind unkompliziert möglich. Das sorgt zum einen für mehr finanzielle Stabilität, weil die Menschen im

Schnitt länger im Beruf bleiben. Zum anderen passt ein flexibler Renteneintritt besser zu vielfältigen

Lebensläufen. Die Erwerbsminderungsrente stärken wir. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht

mehr arbeiten kann, braucht eine starke Unterstützung.

Gesetzliche Aktienrente einführen

Wir Freie Demokraten fordern die Einführung einer Gesetzlichen Aktienrente. Daher schlagen wir

vor, die verpflichtende erste Säule unseres Rentensystems künftig auf zwei Pfeiler zu stellen, so

endlich für Demographiefestigkeit zu sorgen und langfristig das Rentenniveau dort wieder zu

steigern. Dabei wird genau derselbe Anteil wie bisher für die Altersvorsorge aufgewendet – wie

üblich aufgeteilt in Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeitrag. Neu ist, dass neben dem größeren Betrag,

der weiter in die umlagefinanzierte Rentenversicherung fließt, ein kleinerer Betrag von zum Beispiel

zwei Prozent des Bruttoeinkommens in eine langfristige, chancenorientierte und kapitalgedeckte

Altersvorsorge angelegt wird, die als Fonds unabhängig verwaltet wird, eben die Gesetzliche

Aktienrente. Schweden macht uns seit Jahren vor, wie Aktien-Sparen so erfolgreich und risikoarm

organisiert werden kann. Durch unser Modell erwerben zukünftig alle Beitragszahlerinnen und

Beitragszahler – und insbesondere auch Geringverdiener – echtes Eigentum für ihre Altersvorsorge

und erhalten höhere Altersrenten.

73Basis-Rente einführen – Altersarmut gezielt bekämpfen

Wir Freie Demokraten wollen eine Basis-Rente einführen. Wer gearbeitet und eingezahlt hat, muss

im Alter immer mehr haben als die Grundsicherung und auch mehr als derjenige, der das nicht getan

hat. Dies erreichen wir durch einen Freibetrag bei der Grundsicherung im Alter für Einkünfte aus der

gesetzlichen Rentenversicherung. Beantragung und Auszahlung der Basis-Rente wollen wir unter

dem Dach der Rentenversicherung zusammenführen. Der Gang zum Sozialamt entfällt, Altersarmut

wird fair und gezielt bekämpft.

Betriebliche Altersversorgung verbessern – Doppelverbeitragung abschaffen

Wir Freie Demokraten wollen die betriebliche Altersvorsorge stärken und die gesetzlichen

Regelungen attraktiver machen. Die Möglichkeit zu breiteren Anlageformen und insbesondere

höheren Aktienquoten haben nur tarifgebundene Unternehmen. Wir wollen allen Unternehmen die

Möglichkeit einer „reinen Beitragszusage“ (höheren Aktienanteil) und des automatischen Einbezugs

ganzer Belegschaften (mit Opt-Out-Möglichkeit für den einzelnen Beschäftigten) geben. Zudem muss

die Doppelverbeitragung in der Krankenkasse für alle Wege betrieblicher und privater Vorsorge

beendet werden, denn sie untergräbt das Vertrauen in die Verlässlichkeit der Politik.

Altersvorsorge-Depot einführen

Wir Freie Demokraten wollen ein „Altersvorsorge-Depot“ einführen. Ohne obligatorischen

Versicherungsmantel vereinen wir so das Beste aus Riester-Rente (Zulagen-Förderung), Rürup-Rente

(steuerliche Förderung) und dem amerikanischen Modell „401K“ (Flexibilität und Rendite-Chancen).

Ansprüche aus der Altersversorgung müssen übertragbar (Portabilität) und ein Anbieterwechsel

möglich sein. Dies stärkt den Wettbewerb und macht private Altersvorsorge für alle attraktiver.

Bessere Investitionsmöglichkeiten für Altersvorsorge – Anlagevorschriften öffnen

Wir Freie Demokraten wollen es Lebensversicherern, Pensionskassen und Versorgungswerken

ermöglichen, vermehrt und einfacher in Wagniskapital, Startups, Aktien oder Infrastrukturprojekte zu

investieren. Auch die Anlagevorschriften bei der staatlich geförderten Altersvorsorge, zum Beispiel

bei Riester-Verträgen, wollen wir öffnen. Der Wohn-Riester bleibt erhalten. Die Sparer sollen selbst

über Renditechancen, Anlageformen und Anlagedauer entscheiden. Das öffnet auch die europaweite

Altersvorsorge (PEPP) für die staatliche Förderung in Deutschland. Dabei bieten Aktien und

alternative Anlageformen gerade bei langen Anlagezeiträumen höhere Renditechancen bei geringem

Risiko. Zudem muss die geförderte Altersvorsorge einfacher und verbraucherfreundlicher werden.

Fairness für alle Generationen

Eine weitsichtige Finanz- und Sozialpolitik, die morgen und übermorgen im Blick hat, ist entscheidend

für die Zukunftschancen des ganzen Landes. Daher machen wir uns stark für zukunftsfeste

Sozialsysteme und Fairness für alle Generationen.

Schuldenbremse 2.0 für Sozialversicherungen

Wir Freie Demokraten wollen eine „Schuldenbremse 2.0“ für die Sozialversicherungen. Sie soll

festschreiben, dass versicherungsfremde Leistungen künftig vollständig aus dem Bundeshaushalt

finanziert werden müssen. Dies ist notwendig, um die nachhaltige Finanzierung der

Sozialversicherungen zu sichern. Dabei streben wir keine Kürzung der Leistungen an, sondern deren

korrekte Zuordnung. Im Gegenzug muss der Bund ihnen aber die Kosten erstatten.

Generationengerechtigkeit in der Rentenanpassungsformel

74Wir Freie Demokraten wollen wirksame demographische Faktoren in der Rentenanpassungsformel

für einen gerechten Ausgleich zwischen den Generationen. Dazu muss neben anderem auch der

Nachholfaktor in der Rentenanpassungsformel reaktiviert werden. Dieser wurde 2008 eingeführt und

sorgte für Gleichklang bei der Entwicklung von Löhnen und Renten, bis ihn die Große Koalition

ausgesetzt und damit der jüngeren Generationen Zusatzlasten aufgebürdet hat. Ohne Nachholfaktor

müssen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler finanzieren, dass die Renten langfristig stärker

steigen als die Löhne.

Digitalisierung für Ältere vorantreiben – Förderprogramm für Wohnheime

Wir Freie Demokraten wollen ein zweites Bildungssystem schaffen, mit dem sich Menschen auch im

Ruhestand unbürokratisch weiterbilden können. Ältere Menschen sollen auch in Alten- oder

Seniorenwohnheimen Zugang zum schnellen Internet haben.

Diskriminierende Altersgrenzen abschaffen

Wir Freie Demokraten fordern die Abschaffung diskriminierender Altersgrenzen. Gesetze und

Satzungen mit beschränkenden Altersgrenzen sollen auf ihren möglichen diskriminierenden

Charakter hin überprüft und eine Aufhebung oder Anpassung nach sach- und leistungsgerechten

Kriterien vorgenommen werden.

75